

38. Sitzung

am Dienstag, dem 14. Juni 2022

Inhalt

Fragestunde

- Anfrage 1: Renovierung der Eisenbahnbrücke über der Hermann-Fortmann-Straße**
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Anja Schiemann, Falk-Constantin Wagner, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 4. Mai 2022 2076
- Anfrage 2: Das Lernhaus Kattenturm: Wie ist der aktuelle Stand der Planungen?**
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Mai 2022 2077
- Anfrage 3: Gedenktafel zum neonazistischen Brandanschlag auf Schwachhausener Geflüchtetenunterkunft**
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 10. Mai 2022 2080
- Anfrage 4: Sozialleistungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge**
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 11. Mai 2022 2081

- Anfrage 5: Unterbringung, Versorgung und amtliche Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 11. Mai 20222082
- Anfrage 6: Wie geht der Senat mit dem Bearbeitungstau bei den Kitazuwendungen um?**
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 12. Mai 20222083
- Anfrage 7: Coronaschutzmaßnahmen an Schulen von der Bildungsbehörde nicht mehr gewollt?**
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 13. Mai 20222085
- Anfrage 8: Zweiter Bibliotheksbus für die Stadtbibliothek Bremen**
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 24. Mai 20222086
- Anfrage 9: Schwimmkurse für Kinder im Grundschulalter**
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 30. Mai 20222087

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde**Kitanotlage in Bremen – Senat kann Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht sicherstellen**

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)	2089
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2093
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)	2095
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD)	2095
Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen).....	2098
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	2100
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2104
Senatorin Sascha Karolin Aulepp	2105

Kulturflächenentwicklungsprogramm auflegen: Kulturangebote quartiersnah etablieren, Ansiedlungsbedingungen von Kulturnutzungen verbessern
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 24. Mai 2022
(Drucksache 20/704 S)

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE).....	2108
Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD).....	2109
Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen).....	2110
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU)	2111
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP)	2112
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE).....	2114
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte	2115
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU)	2116
Abstimmung	2117

Inklusion in der Kindertagesbetreuung sicherstellen: Schwerpunktgruppen absichern!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 1. Juni 2022
(Drucksache 20/707 S)

Inklusion innerhalb der Kindertagesbetreuung kann nur zielgerichtet und mit entsprechender Ressourcensteuerung gelingen
Antrag der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2022
(Drucksache 20/711 S)

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)	2117
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD)	2118
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE)	2119
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU).....	2121
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2122
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD)	2123
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2123
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU).....	2124
Senatorin Sascha Karolin Aulepp	2125
Abstimmung	2126

Eigene Ziele verbindlich festschreiben – Mobilitätsgesetz für Bremen erarbeiten
Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2022
(Drucksache 20/709 S)

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU)	2126
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2127
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	2128
Abgeordnete Anja Schiemann (SPD)	2130
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)	2131
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU)	2133
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	2134
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	2135
Abstimmung	2138

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 27 vom 9. Mai 2022
(Drucksache 20/701 S)

Abgeordnete Yvonne Averwieser (CDU)	2138
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2139
Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE)	2140
Abgeordneter Thomas Pörschke (Bündnis 90/Die Grünen)	2142
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)	2143
Abstimmung	2143

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 28 vom 10. Juni 2022
(Drucksache 20/710 S)..... 2144

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfrage aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 14. Juni 2022 2146

**Anfrage 10: Ukraine-Flagge an
Fahrzeugen der BSAG**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas
vom Bruch, Hartmut Bodeit, Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 31. Mai 20222146

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Mazlum Koc, Silvia Neumeyer, Mustafa Öztürk,
Ute Reimers-Bruns und Sükrü Senkal.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 38. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde die Tagesordnungspunkte 15, 16, 17 und 13 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 18 und 19.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Renovierung der Eisenbahnbrücke über der Hermann-Fortmann-Straße Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Anja Schiemann, Falk-Constantin Wagner, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 4. Mai 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Konnte wie geplant die zweite Bauphase, der eigentliche Bau der Eisenbahnbrücke, begonnen werden, wird diese planmäßig fertiggestellt werden – die zweite Bauphase war geplant zwischen März 2022 und Dezember 2023 –, traten bisher Komplikationen auf, und wenn ja, welche Komplikationen sind aufgetreten, und wie wurden diese behoben?

2. Wie wird der Fuß-, Rad-, Pkw- und Lkw-Verkehr möglichst komplikationsfrei während der Bauzeit ermöglicht, und welche Auswirkungen haben die Baumaßnahmen auf den lokalen Einzelhandel und den Lieferverkehr?

3. Wie wird vonseiten der DB Netz AG sichergestellt, dass der Bau der Eisenbahnbrücke fristgemäß nach knapp vierjähriger Bauzeit zum 31. März 2025 fertiggestellt sein wird?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Renovierung der Eisenbahnbrücke über der Hermann-Fortmann-Straße wird in der Verantwortlichkeit der DB Netz AG durchgeführt. Nach Aussagen der DB Netz AG konnte die zweite Bauphase – wie geplant – begonnen werden. Die Arbeiten befinden sich vollumfänglich im Zeitplan.

Zu Frage 2: Der Fuß-, Rad-, Pkw- und Lkw-Verkehr wird entsprechend dem Verkehrskonzept, welches Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens war, ermöglicht. Einschränkungen und Umleitungen sind in Abhängigkeit der Bauphasen nicht zu vermeiden. Während in der ersten Bauphase ein Passieren der Arbeitsstelle für den Fuß- und Radverkehr möglich war, wird in der zweiten Phase der

Fuß- und Radverkehr über den Warnemünder Weg und der Kfz-Verkehr inklusive ÖPNV über die Uthoffstraße umgeleitet.

Der lokale Einzelhandel und der Lieferverkehr sind von der Sperrung insofern betroffen, als teilweise Umwege in Kauf genommen werden müssen. Jegliche Geschäfte sind weiterhin über das öffentliche Straßennetz zu erreichen.

Zu Frage 3: Die termingerechte Fertigstellung der Baumaßnahme inklusive der Leitungsverlegung der Leitungsbetreiber wird durch ein aktives Termin- und Risikomanagement seitens der DB Netz AG sichergestellt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 2: Das Lernhaus Kattenturm: Wie ist der aktuelle Stand der Planungen?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 9. Mai 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Auf welchem konkreten Stand befindet sich die konzeptionelle Planung für das Lernhaus Kattenturm als Kooperationsprojekt zwischen dem Kinder- und Familienzentrum und der Grundschule Stichnetstraße, und aus welchem Grund kam es immer wieder zu Verzögerungen?

2. Zu wann kann mit der Fertigstellung des Gebäudes und dem Start des Lernhauses Kattenturm gerechnet werden, und was sind die aktuellen Planungen in Bezug auf die konkrete Nutzung des Hauses, etwa der Einrichtung weiterer Kitaplätze in dem Gebäude?

3. Was ist mit den Planungsmitteln geschehen, die im Haushalt für das Lernhaus Kattenturm vorgesehen waren?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und

Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zum Lernhaus wird derzeit zusammen mit Immobilien Bremen und dem Architekturbüro Ruwe die Bedarfsplanung erarbeitet. Um die fachlichen Inhalte abschließend festzulegen, wird es zur Aufarbeitung der Phase null am 1. Juni 2022 einen Workshop zusammen mit Teilnehmenden aus dem Stadtteil geben.

Über Immobilien Bremen wird begleitend die Standortanalyse durchgeführt. Der bisher favorisierte Standort – Spielplatz neben der Kita – erwies sich bei näherer Überprüfung nicht mehr als geeignet und konnte unter anderem aufgrund städtebaulicher Bedenken, der Leitungsführung einer Fernwärmetrasse und der Erhöhung des Raumprogramms auch durch eine zusätzliche Kitagruppe nicht weiter beplant werden. Der Alternativstandort befindet sich auf dem Gelände der Schule an der Stichnetstraße. Zudem mussten im Laufe des Verfahrens Finanzierungen der Planungsschritte neu geregelt werden.

Zu Frage 2: Immobilien Bremen geht entsprechend dem Regelablauf nach RL Bau von einer Planungs- und Bauzeit von etwa fünf Jahren nach Abschluss der Bedarfsplanung aus. Die Bedarfsplanung wird voraussichtlich im September 2022 abgeschlossen sein.

Das Lernhaus wird nach aktuellem Planungsstand aus einer viergruppigen Kindertagesstätte, Räumlichkeiten für die Schule an der Stichnetstraße sowie Räumlichkeiten für niedrigschwellige Angebote für den Stadtteil Obervieland bestehen. Die Angebote sollen sich nach den Bedarfen der vor Ort lebenden Familien richten.

Zu Frage 3: Die Planungsmittel sind für das Vorplanungskonzept vorgesehen. Immobilien Bremen hat bereits im Januar 2022 Mittel für die Bedarfsplanung und das Vorplanungskonzept abgerufen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir hatten eine Frage zum Lernhaus Kattenturm schon vor einem Jahr hier im Haus, und da hat der damalige Staatsrat, Herr Stöß, sehr zuversichtlich geäußert, dass die Bedarfsplanung bald abgeschlossen ist. Jetzt steht hier „September“, es

ist also noch einmal zu ordentlichen Verzögerungen gekommen, die ja in der Antwort auch angesprochen werden. Mich würde jetzt noch einmal grundsätzlich interessieren, wie der Senat das Lernhaus Kattenturm und die Bedeutung für den Stadtteil/für das Quartier sieht und ob dort bei den Planungen in Zukunft mit mehr Tempo zu rechnen ist.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Vielleicht kann ich noch einmal sagen, ich musste da beim Vorlesen der Antwort auch ein bisschen schmunzeln, also der Workshop hat natürlich schon stattgefunden und wird nicht mehr stattfinden. Da sind die Akteure noch einmal zusammengekommen, und das, was ja in der Phase null schon diskutiert, besprochen und erarbeitet wurde, ist noch einmal durchgegangen worden, insbesondere auch mit den Mitgliedern des Beirats, mit dem Beiratssprecher, dem Ortsamtsleiter und den beteiligten Akteuren, insbesondere KiTa Bremen und der Grundschule Stichnathstraße, Immobilien Bremen, aber auch dem Träger QUIRL, der da auch kurzfristig Angebote realisieren möchte.

Um noch einmal ganz klar und deutlich zu machen, das ist ein Projekt, das hohe Priorität hat, und ja, ich kann ja nur sagen, was am 1. Juni noch einmal wieder deutlich betont worden ist. Mir ist natürlich auch der Inhalt der Erörterungen in der Fragestunde vor einem knappen Jahr bekannt, und ich wäre auch sehr froh, wenn ich jetzt nicht hier stünde, sondern wenn klar wäre, das ist alles in dem Jahr so vorangegangen. Wie es aber jetzt – . Da kann ich auch nur sagen, ich bin zuversichtlich angesichts dessen, wie alle Akteure sich da jetzt auch darauf einlassen/vorangehen, dass wir da tatsächlich auch zügig in die Umsetzung kommen und dass wir im September, also nach den Sommerferien, dann in einem zweiten Workshop auch tatsächlich über die konkrete Bedarfsplanung reden und dass es dann auch tatsächlich losgeht.

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Im Jahr 2022 sage ich, Herr Eckhoff,

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

aber meine beiden eigenen Hände würde ich dafür vielleicht nicht ins Feuer legen, aber ich kann zumindest zusagen, dass ich da mit beiden Händen anpacken möchte.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben das Treffen am 1. Juni angesprochen. Wenn ich das jetzt richtig der Antwort entnehme, ging es da vor allem um die Bedarfsplanung, die dann im September abgeschlossen werden soll. Wie sieht es denn mit der Planung des pädagogischen Konzepts aus, und was sind dann die nächsten Schritte, die jetzt auf uns zukommen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Es ist Ihnen ja vermutlich bekannt, dass auch da im Stadtteil um den Jahreswechsel herum Verunsicherung entstanden ist bei der Frage, was soll denn da eigentlich werden, und wollt ihr wirklich, dass es tatsächlich ein Angebot für die Familien vor Ort im Hinblick auf Kinder ist, aber eben nicht, dass es nur eine Kita gibt und eben kein Lernhaus, kein Quartiersbildungszentrum, das es ja inhaltlich werden soll. Das ist auch noch einmal diskutiert und an der Stelle ausgeräumt worden, und natürlich geht es dann darum, auch zu entscheiden, wie geht es eigentlich inhaltlich weiter, und was soll in diesem Quartiersbildungszentrum passieren. Mir wäre es auch deutlich lieber, es wäre nicht erst in fünf Jahren fertig, sondern vielleicht schon in zwei oder drei Jahren.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sind denn jetzt schon konkrete weitere Schritte für die Planung angedacht, also gibt es schon weitere Treffen, die terminiert wurden, oder ist das jetzt alles noch unklar, wann es weitergeht?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Wenn die Bedarfsplanung vorliegt, soll natürlich mit den Trägern in die konkrete Planung eingestiegen werden, in Zusammenarbeit mit der Grundschule und dem Kinder- und Familienzentrum, also KiTa Bremen, um da weiterzugehen. Die Termine stehen noch nicht fest, genauso wie auch der Termin im September noch nicht feststeht, also noch kein fixes Datum.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Die Koalition hatte ja bereits im Jahr 2020 Mittel für eine Personalstelle bereitgestellt, weil wir der Auffassung sind, dass man auch, wenn es das Gebäude noch nicht gibt, durchaus schon Arbeit aufnehmen kann im Sinne von Koordination von Bildungsprojekten. Jetzt, wo wir sehen, dass das Gebäude

wahrscheinlich noch weitere fünf Jahre auf sich warten lassen wird, bietet es sich dann nicht an zu sagen, okay, aber dann fangen wir jetzt schon sehr zeitnah an, dieses Projekt zumindest personell schon einmal zu beleben und mit einer Personalstelle aktiv in den Stadtteil hineinzuwirken?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Was ich dazu sagen kann, ist, dass ja die beteiligten Akteure, insbesondere KiTa Bremen, die Grundschule an der Stichnathstraße und auch QUIRL als Träger und natürlich auch die Mitarbeitenden des Gesundheitsressorts und auch meines Hauses da schon in diese Richtung arbeiten, auch schon Angebote im Stadtteil machen und da tatsächlich auch koordinierend wirken, aber natürlich ist es wichtig, das fortzusetzen, um da die Angebote zu machen, auch wenn das neue Haus – da stehen ja schon Gebäude – noch nicht fertig ist.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Mir war bisher nur bekannt, dass der Senat, wenn er von hoher Prioritätensetzung spricht, 20 Jahre braucht, um eine Autobahn zu bauen, dass es jetzt 20 Jahre braucht, um ein Lernhaus zu bauen, ist mir neu. Vielleicht können Sie mir an der Stelle erläutern, warum es jetzt noch einmal wieder zu diesen Verzögerungen gekommen ist und warum der Bau, den wir ja alle wollen, der im Jahr 2026 eigentlich stehen sollte, jetzt noch einmal fünf Jahre länger braucht.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Es sind nicht noch einmal fünf Jahre länger, also nicht 2026 und dann noch einmal fünf Jahre darauf – deswegen sind wir ja auch nicht bei 20 Jahren in diesem Bereich –, aber, Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen versichern, dass das eine Situation ist, mit der weder ich zufrieden bin noch der Senat, und deswegen habe ich auch gesagt, es wäre schön, wenn wir an der Stelle auch tatsächlich schneller mit dem Bau vorankommen könnten.

Ich habe ja gerade schon gesagt, dass die Frage, wo wäre denn eigentlich ein solches Lernhaus auf diesem Gelände optimal verortet, auch noch einmal in der Diskussion gewesen ist und dass auch die Frage ist, was ist eigentlich mit den Ergebnissen aus der Phase null, wo es ja auch um inhaltliche Arbeit, um die pädagogischen Ansätze gegangen ist, die in diesem Lernhaus stattfinden sollen. Um Verunsicherungen und Fragen auszuräumen, war es da auch noch einmal notwendig, noch einmal alle

Akteure auch aus dem Stadtteil an einen Tisch zu holen und das noch einmal miteinander zu diskutieren. Das hat am 1. Juni stattgefunden, auch da wäre es schön gewesen – -. Klar, es ist immer schön, wenn etwas schon früher stattgefunden hätte, aber jetzt sehen wir zu, dass wir da zügig vorankommen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Senatorin, losgelöst davon, dass das weit über zehn Jahre gedauert hat, stellt sich mir die Frage, wie wir den Kindern vor Ort tatsächlich helfen können. Sind Sie bereit, zusätzliche Gelder in die Hand zu nehmen, um dort die Koordination entsprechend voranzutreiben und das Lernhaus virtuell vor 2027 umzusetzen, sodass zumindest die Bedarfe der Kinder, die vorhanden sind, abgedeckt werden, und könnten Sie uns dazu im September einen Zwischenbericht in der entsprechenden Bildungsdeputation geben mit dem, was bis dahin dann auch noch an anderen Themen abgearbeitet wurde?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Wie Sie wissen, Frau Abgeordnete, liegt es mir auch besonders am Herzen, den Kindern, die jetzt aktuell in den Stadtteilen und insbesondere eben auch im Stadtteil Kattenturm leben, Angebote zu machen, bevor sie in die Grundschule kommen. Auch die Grundschule engagiert sich ja nicht nur für die eigenen Kinder, sondern nicht nur in diesem Prozess auch insgesamt für die Kinder im Stadtteil und bei der Frage, wie schaffen wir es, den Kindern in unserem Stadtteil gerecht zu werden. Das gilt auch für das Kinder- und Familienzentrum.

Ich bewege mich in einem beschlossenen Doppelhaushalt, deswegen kann ich sagen, das, was wir an der Stelle tun können, um Kindern schnell Angebote zu machen – -. Auch an der Stelle, das habe ich ja schon gesagt, macht QUIRL das, was sozusagen schnell möglich ist und mögliche Angebote sind, sie engagieren sich da. Das unterstützen wir natürlich, und ich will dazu gern im September in der Deputation auch noch einmal einen Zwischenbericht geben.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Herzlichen Dank!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Gedenktafel zum neonazistischen Brandanschlag auf Schwachhausener Geflüchtetenunterkunft
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 10. Mai 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, am Ort des Brandanschlags auf eine Geflüchtetenunterkunft vom 3. Oktober 1991 eine Gedenktafel anzubringen?
2. Mindestens einer der Täter ist auch heute noch Teil der rechten Szene in und um Bremen. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, im Rahmen einer Gedenktafel auch auf Kontinuitäten rechter Gewalt in und um Bremen hinzuweisen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, über eine Gedenktafel hinaus die Erinnerung an den neonazistischen Brandanschlag in Schwachhausen von vor 30 Jahren aufrechtzuerhalten?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 2: Der Senat ist bis heute erschüttert, dass ein solcher Brandanschlag in Bremen begangen wurde. Vor diesem Hintergrund wird der Senat prüfen, ob eine Gedenktafel am Ort des Brandanschlags angebracht werden und wie genau ein Text auf einer solchen Tafel lauten könnte.

Ob in diesem Zusammenhang auf Kontinuitäten rechter Gewalt hinzuweisen ist, muss vor dem Hintergrund aller einzubeziehenden Aspekte bewertet werden. Hierzu gehört es, neben der Abscheulichkeit der Tat selbst auch die Resozialisierung als Gebot des Strafprozessrechts und insbesondere des Jugendstrafrechts zu würdigen.

Zu Frage 3: Der Brandanschlag ist Teil der jüngeren bremischen Geschichte, der wegen der bis heute an vielen Orten in Deutschland zu verzeich-

nenden rassistischen, antisemitischen und allgemein rechten Gewalt einer besonderen Beachtung bedarf. Dies gilt sowohl für die Aufarbeitung in Schulen wie auch in Veröffentlichungen und der Arbeit zur politischen Bildung in Bremen. In der Erinnerungskultur zu den Verbrechen des Nationalsozialismus ist die Frage der Kontinuitäten heute bereits fest verankert, wird aber natürlich immer wieder neu zu bearbeiten sein.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Bürgermeister! Können Sie schon abschätzen, wie lange die Prüfung ungefähr dauern wird? Gehen Sie davon aus, wenn sich der Brandanschlag in diesem Jahr jähren wird, dass es dann vielleicht schon erste Ergebnisse geben wird?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Wir bemühen uns natürlich, die Prüfung so schnell wie möglich vorzunehmen. Es tut mir aber leid, dass ich jetzt noch keine ganz konkrete Prüfungsdauer nennen kann. Wir werden uns zeitnah daransetzen, aber einen konkreten Termin kann ich leider noch nicht nennen, Frau Abgeordnete.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sieht der Senat die Möglichkeit, auch gemeinsam mit den Initiatorinnen, die im vergangenen Jahr eine Gedenkveranstaltung ausgerichtet haben, ins Gespräch zu kommen über Möglichkeiten des Gedenkens und Erinnerns?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Zum Vorgehen des Senats gehört ja immer, sich auch intensiv mit der Zivilgesellschaft, mit Initiativen auszutauschen. Je nach Thema sind das unterschiedliche Stellen, und ich gehe einmal davon aus, dass wir auch in diesem Fall die Diskussion suchen werden. Ob das in einem organisierten Prozess sein wird oder in einem bilateralen Austausch, steht noch nicht fest. Insgesamt sind wir immer gut damit gefahren, das Thema Erinnerungskultur breit zu diskutieren.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sieht der Senat die Möglichkeit, dann auch zivilgesell-

schaftliche Gedenkveranstaltungen zu unterstützen, die möglicherweise auch in Zukunft entstehen werden?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Das muss man von Veranstaltung zu Veranstaltung entscheiden. Da kann ich jetzt natürlich keinen Blankoscheck ausstellen, denn das hängt ja von der inhaltlichen Konzeption und von der Zielstellung ab. Es gibt eine ganze Reihe von Veranstaltungen. Einige werden öffentlich organisiert, andere sind privat oder jedenfalls von nicht öffentlichen Trägern organisiert, die aber durch Anwesenheit von Rednerinnen und Rednern des Senats oder durch sonstige Förderung unterstützt werden. Grundsätzlich ist so etwas natürlich immer möglich. Ob das im konkreten Fall sinnvoll ist, kann man immer nur in Ansehung des konkreten Falles entscheiden.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 4: Sozialleistungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 11. Mai 2022

Bitte, Herr Beck!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Ich frage den Senat:

1. Wie viele ukrainische Kriegsflüchtlinge sind derzeit in der Stadt Bremen registriert, wie viele der Erfassten beziehen inzwischen Sozialleistungen, und durch welche Behörde wird überprüft, ob die Zuwendungsempfänger nicht bereits wieder aus dem Bundesgebiet ausgereist sind?

2. Für wie viele ukrainische Kriegsflüchtlinge werden Sozialleistungen bereits auf private Konten externer Dritter überwiesen, und welche behördliche Stelle überprüft, ob diese Sozialleistungen auch den tatsächlichen Anspruchsberechtigten erreicht?

3. In welchen Intervallen werden Flüchtlinge aus der Ukraine in ihren zuständigen Sozialzentren verpflichtend vorstellig, um zu überprüfen, ob die finanziellen Zuwendungen noch begründet sind?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zum Stand 31. Mai 2022 wurden über das offizielle Verteilsystem, FREE, 8 393 Ukrainer:innen im Land Bremen registriert. In staatlicher oder privater Unterkunft in der Stadt Bremen befinden sich derzeit 5 815 Personen. Davon befanden sich, Stand 27. Mai 2022, 5 751 Personen im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Anzahl der Personen, welche sich in Bremen aufhalten, privat untergebracht sind und keine Leistungen beziehen, ist nicht bekannt.

Eine Grenzkontrolle im Bundesgebiet obliegt der Bundespolizei und nicht den bremischen Behörden. Sozialleistungsempfänger:innen sind jedoch mitwirkungspflichtig und müssen ein Verlassen des Bundesgebietes anzeigen.

Zu Frage 2: Zahlungen für den Lebensunterhalt an Dritte erfolgen – mit Ausnahme der Überweisung der Kosten der Unterkunft direkt an Vermieter – nur selten. Diverse Geldinstitute haben die Einrichtung von Konten für geflüchtete Menschen aus der Ukraine schnell möglich gemacht. Im Grundsatz lässt sich sagen, dass die Menschen ihre Zahlungen direkt erhalten. Wenn kein eigenes Konto vorhanden ist, wird der nachfragenden Person ein Barscheck zum Auszahlungstermin am Monatsende ausgehändigt.

Zu Frage 3: Es gibt keine festgelegten Intervalle, zu denen sich Menschen mit Leistungsanspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz obligatorisch bei dem für sie zuständigen Standort des Amtes für Soziale Dienste melden müssen. Die Leistungsberechtigung im Asylbewerberleistungsgesetz gilt unabhängig von der Herkunft der Menschen, und die Leistungsgewährung betreffende Entscheidungen, wie etwa eine Befristung, werden nur mit Sachgrund gefällt.

Grundsätzlich gibt die Befristung im Aufenthaltsstatus den Zeitpunkt vor, zu dem in jedem Fall eine Vorsprache im Amt notwendig ist. Im Fall der geflüchteten Menschen aus der Ukraine wurde eine Befristung von sechs Monaten in allen Fällen eingerichtet.

Durch den gesetzlich beschlossenen Rechtskreiswechsel von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu Leistungen nach SGB II und SGB XII werden die Menschen über ein mit dem Jobcenter vereinbartes Hand-in-Hand-Verfahren

im Überleitungszeitraum vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 im Amt vorstellig werden. Im Regelfall geschieht dies deutlich vor Ablauf des sechsmonatigen Bewilligungszeitraums. Personen, die kein eigenes Konto haben, bekommen im Rahmen der Auszahlung der Leistungen einen Termin am Monatsende und sind so zumindest einmal im Monat präsent vor Ort. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Sie sagten gerade, dass die Grenzkontrollen, ob Leute ein- und ausreisen, der Bundespolizei obliegen. Wir befinden uns aber im Schengenraum, und an der deutsch-polnischen Grenze finden keine Grenzkontrollen statt, wie man das eigentlich gewohnt wäre.

(Zuruf CDU)

Wie machen Sie fest – –? Wir hören ja immer öfter, dass ukrainische Kriegsflüchtlinge zurück in die Ukraine gehen. Wie und durch wen wird Ihnen mitgeteilt, dass diese tatsächlich das Bundesgebiet verlassen haben?

Staatsrat Jan Fries: Mir ist keine gesetzliche Grundlage bekannt, auf der eine entsprechende Mitteilung, ob durch die Bundespolizei oder entsprechende andere europäische Grenzschutzbehörden, an uns möglich ist, sondern die Frage – . Von daher erreichen uns solche Mitteilungen nicht automatisiert.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Es hat sich jetzt noch eine weitere Frage ergeben, und zwar haben Sie ja selbst gesagt, dass viele ukrainische Kriegsflüchtlinge inzwischen hier bei deutschen Geldinstituten ihre eigenen Konten haben, auf die die Sozialleistungen überwiesen werden. Wenn diese ukrainischen Kriegsflüchtlinge nun zurück in die Ukraine ausreisen und das hier nicht angeben, dann besteht ja die Möglichkeit, dass sie in der Ukraine leben und mit ihren EC-Karten in der Ukraine ihre Sozialleistungen weiterhin abheben. Ist das so richtig?

Staatsrat Jan Fries: Das ist sozusagen längstens bis Ende des Bewilligungszeitraums beziehungsweise

des genannten Umstellungstermins theoretisch so möglich.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 5: Unterbringung, Versorgung und amtliche Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 11. Mai 2022

Bitte, Herr Beck!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Ich frage den Senat:

1. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus der Ukraine sind in Bremen registriert, und wo werden diese untergebracht?
2. Für wie viele der unter Ziffer 1 genannten Flüchtlinge gibt es bereits amtliche Vormünder?
3. Werden diese minderjährigen ukrainischen Flüchtlinge bereits durch PiB in Bremen in Pflegefamilien vermittelt, und wenn ja, wie viele Vermittlungen sind bereits erfolgt, und werden diese Minderjährigen überwiegend in russischsprachige Pflegefamilien vermittelt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Mit Stand vom 9. Juni 2022 sind beim Jugendamt Bremen 36 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine registriert, darunter 16 Mädchen. Elf dieser jungen Menschen sind in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht, acht gemeinsam mit ihrem Fluchtverband in staatlicher Unterkunft sowie 17 weitere in privatem Wohnraum.

Zu Frage 2: Mit Stand vom 9. Juni 2022 wurden für sechs der oben genannten 36 jungen Menschen Amtsvormundschaften eingerichtet, darunter für drei Mädchen.

Zu Frage 3: Mit Stand vom 9. Juni 2022 wurden durch PiB noch keine unbegleiteten ukrainischen

Geflüchteten in Pflegefamilien vermittelt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Bevor wir zur nächsten Anfrage kommen, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Gruppe des Begegnungszentrums Helga-Jansen-Haus in Huchting.

Herzlich willkommen bei uns im Haus!

(Beifall)

Anfrage 6: Wie geht der Senat mit dem Bearbeitungstau bei den Kitazuwendungen um?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 12. Mai 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

1. In welcher Höhe erwartet der Senat im Jahr 2022 Einnahmen aus der Rückforderung zu viel gezahlter Zuwendungen der Senatorin für Kinder und Bildung im Bereich Kindertagesstätten der Jahre 2017 bis 2021 – bitte einzeln nach Jahren der Zuwendungsgewährung aufschlüsseln –?

2. Bis wann beabsichtigt der Senat, die Prüfung der Verwendungsnachweise für Zuwendungen der Senatorin für Kinder und Bildung im Bereich Kindertagesstätten der einzelnen Jahre 2017 bis 2021 jeweils abzuschließen?

3. Inwieweit nutzt die Senatorin für Kinder und Bildung Unterstützungsleistungen anderer Ressorts und externer Beratungsunternehmen zur Abarbeitung des Bearbeitungsstaus?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Aus den verschiedenen Sitzungen der Bildungsdeputation, des Unterausschusses Frühkindliche Bildung und des Haushalts- und Finanzausschusses,

der Akteneinsichtnahme von Abgeordneten und transparenter öffentlicher Berichterstattung ist bekannt, dass der Zuwendungsbereich des Haushaltsreferats der Senatorin für Kinder und Bildung bis zum Sommer 2021 fehlerhaft gearbeitet hat. Es bedurfte hier Prozessanpassungen und auch der Umsetzung von personellen Konsequenzen, die allerdings zugleich zur Folge hatten, dass das entsprechende Sach- und Erfahrungswissen nicht mehr zur Verfügung steht. Mit zahlreichen personellen Einzelmaßnahmen wie Einstellungen, Abordnungen und Versetzungen aus anderen Ressorts, zum Beispiel des Senators für Finanzen, wird graduell die Arbeitsfähigkeit des Zuwendungsbereichs wiederhergestellt.

Zu Frage 1: Für die Jahre 2017 und 2018 sind weitestgehend alle Verwendungsnachweise bearbeitet und die Rückforderungen abgeschlossen. Im Haushaltsjahr 2022 werden aus den Jahren 2017 bis 2018 keine Einnahmen aus der Rückforderung zu viel gezahlter Zuwendungen erwartet, da diese bereits in den Vorjahren eingenommen wurden. Für 2019 und 2020 sind die Verwendungsnachweisprüfungen aufgrund der bereits beschriebenen Personalsituation bislang nicht abschließend erfolgt. Deshalb kann noch keine finale Aussage über die Höhe der möglichen Einnahmen aus Rückforderungen gemacht werden.

Für die richtlinienfinanzierten Einrichtungen ist die Verwendungsnachweisprüfung für 2019 abgeschlossen, und für 2020 ist die Prüfung weitestgehend abgeschlossen. Hier werden zum jetzigen Stand keine Einnahmen aus der Rückforderung zu viel gezahlter Zuwendungen erwartet. Für die referenzwertfinanzierten Einrichtungen ist die Verwendungsnachweisprüfung für die Jahre 2019 und 2020 noch nicht erfolgt. Hier kann zum jetzigen Stand noch keine verlässliche Aussage getroffen werden.

Zu Frage 2: Aktuell steht mithilfe der Einsetzung einer siebenköpfigen Taskforce die zügige Abarbeitung der Zuwendungsanträge von Kitaträgern im Vordergrund, um deren Arbeitsfähigkeit und damit die Versorgung mit Betreuungsplätzen nicht zu gefährden. Erst anschließend können mit dem gleichen Nachdruck die Verwendungsnachweise der Vorjahre geprüft werden. Hierfür wurde bereits eine zusätzliche qualifizierte Mitarbeiterin, die sich in der Einarbeitungsphase befindet, eingestellt.

Zu Frage 3: Nachfragen zur Unterstützung wurden und werden auch gegenüber anderen Ressorts gestellt. Es wird geprüft, ob externe Beratungs- oder

Personalvermittlungsunternehmen in Anspruch genommen werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Sie sagten gerade, dass Sie seit Sommer 2021 wissen, dass fehlerhaft gearbeitet wurde, das ist jetzt ein Jahr her. Wir sind jetzt ab dem 21. Juni im Sommer 2022, und Sie prüfen immer noch, ob Sie zusätzlich – so die Antwort zu Frage 3 – Personen einstellen oder nicht. Bis wann wollen Sie das denn noch prüfen? Wie wäre es denn mit Taten?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wie ich ja in der Einleitung, bevor ich Frage 1 beantwortet habe, dargelegt habe, haben wir zusätzliche Einstellungen vorgenommen und haben auch Abordnungen und Versetzungen aus anderen Ressorts erbeten und auch erhalten. Der Senator für Finanzen ist gerade nicht da, sonst würde ich mich da auch noch einmal ausdrücklich für die Unterstützung aus seinem Haus bedanken.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sagen das gern weiter!)

Das ist nett, Herr Kollege Fecker! Von daher: Ja, es sind Taten erfolgt, aber an der Stelle sagen wir natürlich, wir brauchen noch weitere Unterstützung, weil das vergangene Jahr gezeigt hat, dass da tatsächlich noch erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Da Sie selbst schon Handlungsnotwendigkeit festgestellt haben: Bis wann wird Ihre Prüfung abgeschlossen sein, um die Handlungsnotwendigkeit in weitere Taten in Form von zusätzlichem Personal umzusetzen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich kann Ihnen versichern, dass wir nach wie vor zum Beispiel auch mit dem Ressort des Senators für Finanzen im Gespräch sind bei der Frage, wie weitere Unterstützungen aussehen können, um hier zu einer zügigeren Bearbeitung zu kommen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ich hatte die Frage gestellt, Frau Senatorin, bis wann Sie das abgeschlossen haben und bis wann Sie uns Antworten geben können. Ich würde darum bitten, dass Sie mir da zumindest einen Zeithorizont nennen können.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Unterstützungen um zusätzliches Personal werden im Moment angefragt, das wird gar nicht mehr geprüft, sondern da sind wir in der Erörterung mit den Ressorts. Wir prüfen, ob darüber hinaus auch externe Beratungs- und Personalvermittlungsunternehmen in Anspruch genommen werden. Da kann ich Ihnen sagen, dass wir diese Prüfung natürlich zügig abschließen werden, um dann entsprechend solche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn am Ende dieser Prüfung steht, dass es Kapazitäten bei diesen Personalvermittlungsunternehmen oder auch externen Beratungsunternehmen gibt, die uns in dieser konkreten Situation helfen können, weil natürlich auch die Frage ist, welche besondere Sach- und Fachkompetenz man da braucht, um da zügig und schnell zu einer Abarbeitung zu kommen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Nach unserem Kenntnisstand sind Zuwendungsbescheide bis sechs Wochen vor Beginn eines Bewilligungszeitraums zu erstellen – gesetzlicher Anspruch –, und der Verwendungsnachweis des laufenden Kalenderjahres muss vorher abschließend geprüft sein. Das ist ja nicht erfolgt. Jetzt frage ich noch einmal: Bis wann wollen Sie das Gesetz, das ganz klare Prüfungskriterien vorschlägt und vorsieht, in Ihrer Behörde tatsächlich umsetzen? Ab wann wird es rechtskonform?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich kann an der Stelle sagen, wir werden da so schnell wie möglich handeln. Oberstes Ziel ist im Moment, die Kinderbetreuung durch die Kitaträger tatsächlich sicherzustellen und deren Arbeitsfähigkeit und die Versorgung der Kinder in der Stadtgemeinde Bremen mit Betreuungsplätzen nicht zu gefährden. Deswegen werden jetzt in erster Linie und vorrangig die Zuwendungsanträge von Kitaträgern bearbeitet und beschieden, um eben entsprechend finanzielle Mittel auskehren zu können. Da sind wir im laufenden Austausch sowohl mit der Senatskanzlei als auch mit dem Senator für Finanzen und tun alles, um das so schnell wie möglich tatsächlich zu bearbeiten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ich habe noch eine Bitte: Wären Sie bereit, in der Bildungsdeputation im September über den bisherigen Erfolg zu berichten? Dann hoffen wir, dass wir gemeinsam zur Rechtskonformität zurückkehren können.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sie wissen, dass ich immer sehr gern die Berichtsbitten der Kinder- und Bildungsdeputierten aufnehme und natürlich entsprechend auch in den Deputationen berichte, gegebenenfalls zu Zwischenständen, aber am allerliebsten in dieser Sache natürlich zu einem endgültigen Stand.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

**Anfrage 7: Coronaschutzmaßnahmen an Schulen von der Bildungsbehörde nicht mehr gewollt?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 13. Mai 2022**

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche Coronaschutzmaßnahmen – insbesondere die Wartung von Luftfiltern, das heißt, Filterwechsel, sowie die Ausstattung mit Schnelltests, medizinischen Masken und zusätzlichen Desinfektionsmitteln – werden an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen seit dem 1. Mai 2022 weiterhin finanziert und umgesetzt?

2. Falls diese Schutzmaßnahmen nicht mehr in der Fläche von der Bildungsbehörde finanziert beziehungsweise in den Schulen umgesetzt werden, wer hat wann hierüber entschieden, und wie wird diese Entscheidung begründet?

3. An welchen beziehungsweise wie vielen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen wurden die oben genannten Coronaschutzmaßnahmen eingestellt, und wie bewertet der Senat dies unter dem Gesichtspunkt des Infektionsschutzes und der Sicherstellung des Präsenzunterrichts?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 2: Der Senat hat in der Senatssitzung am 8. März 2022 über das Ende der Maskenpflicht an Grundschulen zum 14. März 2022, über die Abschaffung der Maskenpflicht an weiteren Schulformen zum 20. April 2022 und über das Ende der Testpflicht an Schulen zum 1. Mai 2022 entschieden. Gleichwohl werden den Schulen für anlassbezogene oder auch freiwillige Testungen Schnelltests kostenlos zur Verfügung gestellt. Hierfür stehen pro Schüler:in zwei Tests pro Woche bereit.

Die Beschaffung von medizinischen Masken sowie Desinfektionsmitteln und die Wartung von Luftfiltern/Wechsel von Luftfiltern ist durch Schulen eigenständig durch das Schulbudget zu finanzieren. Den Schulen steht hierfür das sogenannte Hygienebudget zur Verfügung. Die Besonderheit des Hygienebudgets ist, dass dieses durch SKB ausgeglichen wird, sofern für die Schulen am Ende des Haushaltsjahres die Notwendigkeit zur Überziehung dieses Budgets festgestellt wird.

Zu Frage 3: Durch die Hygienebudgets obliegt die Umsetzung der Maßnahmen den Schulen selbst. Etwaige Verpflichtungen ergeben sich aus den jeweils gültigen Coronaverordnungen der Freien Hansestadt Bremen sowie den einschlägigen gesetzlichen Regelungen des Bundes. Entsprechend den aus den Verordnungen resultierenden Maßnahmen kann die Finanzierung über eine Anpassung des Hygienebudgets gesteuert sowie über zentral vorhandene Schnelltests ergänzt werden.

Eine Abfrage an den Schulen zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen war aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich. Der Verlauf der Neuinfektionen an Schulen und in Kitas sinkt weiterhin deutlich ab. Waren es in Kalenderwoche vier dieses Jahres noch 1 049 Neuinfektionen von Schüler:innen, betragen die Neuinfektionen in Kalenderwoche 21 dieses Jahres nur noch 19 Neuinfektionen von Schüler:innen. Gleichzeitig sind in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen die coronabedingten Einschränkungen weitestgehend entfallen. Auch die Hospitalisierungsrate aufgrund von Coronainfektionen nimmt im Land Bremen weiter ab. Damit ist das gesellschaftliche Leben weitestgehend zur Normalität zurückgekehrt, und eine Maskenpflicht beschränkt sich derzeit ausschließlich auf sensible medizinische Bereiche.

Aus den Schulen sind der Behörde keine Herausforderungen bei der Beschaffung von medizinischen Masken, Desinfektionsmitteln oder auch bei der Umsetzung von Hygienestandards bekannt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 8: Zweiter Bibliotheksbus für die Stadtbibliothek Bremen
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Was hat der Senat unternommen, nachdem nach jahrelanger Diskussion über die Anschaffung eines zweiten Bibliotheksbus für die Stadtbibliothek Bremen die Stadtbürgerschaft dazu zu Beginn des Frühjahrs einen Beschluss gefasst hat?

2. Wann ist mit der Inbetriebnahme der zweiten Busbibliothek für die Stadtbibliothek Bremen zu rechnen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Beschluss der Stadtbürgerschaft am 22. März 2022 hat sich der Senat umgehend mit der Leitung der Stadtbibliothek Bremen darüber abgestimmt, wie die Beschaffung des zweiten Bibliotheksbus durchzuführen und der Ablauf zu planen ist; die Stadtbibliothek Bremen hat direkt mit den Vorbereitungen begonnen. Außerdem hat der Senat den Betriebsausschuss am 17. Mai 2022 und zuvor bereits am 1. März 2022 mit der Thematik inhaltlich ausführlich befasst.

Zu Frage 2: Sobald alle Beschlüsse der Gremien für die Finanzierung der Beschaffung des zweiten Bibliotheksbus vorliegen, kann die europaweite Ausschreibung erfolgen. Parallel beginnt die Sondierung und Suche nach einem neuen Standort samt Magazin und Büro für beide Busbibliotheken

gemeinsam. Nach Durchführung der Ausschreibung wird einem Lieferanten der Zuschlag erteilt.

Unter Beachtung der derzeitigen Lieferfristen wird es circa zwölf bis 18 Monate dauern, bis der Bibliotheksbus einsatzbereit ist. Zu berücksichtigen ist die momentan herrschende Unwägbarkeit angesichts bestehender Störungen von Lieferketten weltweit. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Vielen Dank, Herr Kultursenator! Wir haben darüber, wie Sie ausgeführt haben, natürlich auch im Betriebsausschuss gesprochen. Da der Betriebsausschuss naturgemäß nicht öffentlich tagt, bietet diese Fragestunde in der Stadtbürgerschaft ja noch einmal die Gelegenheit, nachzufragen. Vor dem Hintergrund, dass wir jetzt frühestens im Jahr 2025 – –, nach den Fristen, die Sie genannt haben, ist das der frühestmögliche Zeitpunkt, wann der Bus einsatzbereit sein könnte. Wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund die Notwendigkeit, das von der Koalition damals nachrangig dringlich behandelte Konzept Open Library in der Zwischenzeit zu nutzen, damit das Bibliotheksangebot in Bremen vor Anschaffung des zweiten Busses 2025 weiter verbessert werden kann?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Erst einmal werden wir uns natürlich bemühen, die Lieferzeiten und Fristen, die wir genannt haben, so kurz wie möglich zu halten. Zwölf bis 18 Monate sind ja ein gewisser Zeitraum, und der wesentliche Teil entfällt auf die Lieferfristen, und natürlich muss es auch Teil der Ausschreibung sein, wie lang die Lieferfristen sind, da ist erhebliches Optimierungspotenzial. Wenn wir dann die Ausschreibung und die Angebote haben, dann wird man viel genauer abschätzen können, wie lang die Frist tatsächlich ist, und vor diesem Hintergrund wird man dann natürlich auch genauer beurteilen können, ob man Zwischenlösungen braucht, wie aufwendig sie sind und ob es sich tatsächlich für die Zeit lohnt. Wenn es eher 18 Monate sind, liegt der Gedanke näher, als wenn wir es nachher doch auf eine deutlich kürzere Zeit reduzieren können. Das muss dann also parallel zur Durchführung der Ausschreibung und der Auswertung der Angebote beurteilt werden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Würden Sie proaktiv die Deputation für Kultur darüber informieren, Herr Senator?

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Natürlich! Jederzeit zu Wünschen, Herr Abgeordneter!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 9: Schwimmkurse für Kinder im Grundschulalter

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 30. Mai 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Welche zusätzlichen Angebote mit wie vielen Plätzen zum Schwimmenlernen bieten die Bremer Grundschulen im Jahr 2022 an, um die durch die Coronapandemie entstandenen Lücken bei den Schwimmkenntnissen auszugleichen?

2. Welche zusätzlichen Angebote zum Schwimmenlernen mit wie vielen Plätzen bieten die Bremer Bäder, die DLRG, die Schwimmvereine und weitere Einrichtungen in der Stadtgemeinde Bremen zu diesem Ziel an?

3. Sieht der Senat weitere Bedarfe über die bestehenden Angebote hinaus, und falls ja, in welchem Umfang, und wie lange sollen diese vorgehalten werden?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Auftrag der Senatorin für Kinder und Bildung fand in den Bremer Bädern 2022 das Ferienschwimmen in den Osterferien statt. Angemeldet waren 217 Schüler:innen aus dritten Klassen. Geplant ist, das Ferienschwimmen auch wieder in den Sommer- und Herbstferien zu ermöglichen. Damit können insgesamt in den schulbezogenen Intensivkursen rund 1 000 Plätze von Drittklässler:innen – beziehungsweise nach Abschluss

der dritten Klasse im Sommer – belegt werden. Die Intensivkurse werden aus dem Landesprogramm „Schüler:innen stärken – aufholen nach Corona“ finanziert.

Zu Frage 2: Neben den Grundschulen, der Bremer Bäder GmbH, den Schwimmvereinen und der DLRG bieten unter anderem auch der Verein für Hochschulsport, der Verein Schwimm mit e. V. und private Anbieter wie „SWYM - die Schwimmschule Bremen“ unterschiedliche Angebote zum Schwimmenlernen an. Dazu können die aufgeführten Organisationen und Institutionen in einem idealtypischen Jahr ohne Einschränkungen durch die Coronapandemie oder den Ausfall von Bädern oder Lehrschwimmbecken jährlich Schwimmkurse mit insgesamt bis zu 14 000 Plätzen anbieten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Schwimmkurse nicht immer vollumfänglich ausgelastet sind und Bäder temporär nicht zur Verfügung stehen. Die detaillierte Auflistung der Kurse wird der städtischen Deputation für Sport im Juni zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Zu Frage 3: Der Senat prüft derzeit, in welchem Umfang über die bestehenden Angebote hinaus weitere Bedarfe bestehen. Mit dem Ziel, die bestehenden Bedarfe zu konkretisieren und bedarfsgerechte Lösungen zu ermöglichen, hat sich unter Federführung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport im Mai 2022 eine Arbeitsgruppe mit den unter Frage 2 aufgeführten Organisationen sowie der Senatorin für Kinder und Bildung gebildet. Ein erster Sachstandsbericht wird für die Sitzung der städtischen Deputation für Sport am 28. Juni 2022 vorbereitet.

Für den Schulbereich wären eine Wassergewöhnung und Maßnahmen zum Schwimmenlernen auch in weiterführenden Schulen insbesondere in den fünften und sechsten Klassen sowie den Vorkursen wünschenswert. Dieser Bedarf wird sicherlich – angesichts der weiter ankommenden Geflüchteten – auch in den kommenden Jahren vorhanden sein und steigen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Zu diesen 217, die sich angemeldet haben! Erstens, war das jetzt zusätzlich, denn in der Vergangenheit hat es auch Ferienschwimmkurse gegeben? War das ein zusätzliches Angebot, und warum 217, und aus welchen Stadtteilen kamen dann diese 217?

Staatsrat Jan Fries: Diese Form von Schwimmkursen, die von der Senatorin für Kinder und Bildung finanziert wird, haben wir im Rahmen der Coronapandemie eingeführt. Sie sind nicht 2022 neu, aber sozusagen eine Reaktion auf Corona und den ausgefallenen Schwimmunterricht. Diese werden grundsätzlich allen Schülerinnen und Schülern der entsprechenden Klassen angeboten, die die entsprechenden Schwimmqualifikationen nicht haben, und die Zahl kommt aus den Rückmeldungen der Eltern zustande. Viele sind in den Ferien teilweise nicht da, dass sie es nicht sicherstellen können, oder sie kümmern sich nicht ausreichend, so dass es da nicht immer die Auslastung gibt, die wir uns wünschen. Trotzdem ist das insgesamt ein Erfolgsmodell, weil wir dadurch Kindern eine Möglichkeit geben, die entsprechenden Qualifikationen zu erlangen, wenn das im Schulunterricht nicht möglich war.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Gab es dann mehr als diese 217 Plätze? Sie haben ja gesagt, dass sie schwimmen gelernt haben. Bedeutet das, dass die 217 jetzt alle den Freischwimmer bekommen haben, also Bronze, oder Seepferdchen?

Staatsrat Jan Fries: Über die Erfolge dieses Schwimmunterrichts ist mir nichts bekannt, das kann ich in der Deputation gern nachliefern. Ich glaube aber, dass man die Erwartungen an eine Woche Schwimmunterricht nicht übersteigern kann. Das heißt, es wird sicher welche geben, die mehr nur Wassergewöhnung in dieser Zeit hatten und damit eine Grundlage für weiteren Schwimmunterricht hatten, anderen ist ermöglicht worden, dass Seepferdchen zu machen, und wiederum anderen das Silberzeichen, aber das Ziel ist, dass alle Kinder die entsprechende Qualifikation von Silber haben, weil Seepferdchen noch nicht ausreicht, damit Schülerinnen und Schüler schwimmen können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Bei diesen 217 Kindern, ob jetzt Wassergewöhnung oder Schwimmenlernen: In welchen Schwimmbädern hat das stattgefunden, und gibt es bestimmte Stadtteile, auf die wir dann auch ein besonderes Augenmerk haben müssten? Gibt es da ein besonderes Konzept, dass da auch bestimmte Stadtteile bevorzugt werden, weil in den Schulen unter anderem auch in der Vergangenheit sehr viele Kinder

nicht die Möglichkeit hatten, schwimmen zu lernen?

Staatsrat Jan Fries: Ich schlage vor, dass wir noch einmal eine genaue Aufschlüsselung dieser 217 Kinder vornehmen – aus welchen Schulen sie kamen, wo das stattgefunden hat und welche Schwimmabzeichen sie erlangt haben – und dass wir das in der Deputation berichten.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt.

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Kann das Ressort einschätzen, wie viele Kinder es gibt, die ohne Schwimmkompetenz sind, die sich durch die zwei Jahre Corona aufgebaut haben, also wie groß die Anzahl ist?

Staatsrat Jan Fries: Ich habe die Zahlen nicht im Kopf, aber wir haben ja jetzt in verschiedenen Deputationen Vorlagen, und ich weiß, dass die Schwimmquote nach der dritten Klasse Teil einer Vorlage ist, die der Bildungsdeputation vorgelegt worden ist. Das können wir auch gern der Sportdeputation darlegen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Das heißt, in der Sportdeputation bekommen wir jetzt ein umfassendes Bild dazu, auch dazu, wer welche Schwimmkurse abhält, also Bremer Bäder mit wie viel Teilnehmenden, die Sportvereine mit wie viel Teilnehmenden und auch die privaten Anbieter?

Staatsrat Jan Fries: Genau! Wir haben einen Bericht aus der in Antwort 3 genannten Arbeitsgruppe in Vorbereitung, der für alle Akteure darstellt, was sie mit welcher Zielgruppe in welchem Umfang machen, und dann kann man sehen, wie sich diese 14 000 Plätze auf die Akteure aufschlüsseln, und das ist scharf auf die Akteure dargestellt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Ich habe eine weitere Frage, die sich auf die Abschlüsse bezieht: Könnten Sie bitte auch noch einmal sagen, wie lange Sie denn ungefähr meinen, dass Kinder brauchen, um ein Schwimmabzeichen

Bronze zu erlangen? Ich glaube, es wäre ganz hilfreich, das einmal zu erfahren, weil mein Eindruck ist, dass manche Kinder sehr viele Kurse belegen müssen und ich mir immer gar nicht vorstellen kann, dass die Kinder so wenig sportlich begabt wären.

Staatsrat Jan Fries: Ich bin selbst kein Trainer im Bereich des Schwimmenlernens, ich glaube, es hängt auch davon ab, wie viel paralleles Engagement der Eltern es gibt, und wenn sozusagen das Problem ist, wenn es Eltern gibt, die sich überhaupt nicht um die Schwimmausbildung kümmern, dann ist eine ganze Menge an Schwimmkursen erforderlich, um das zu kompensieren, weil eine Mischung aus Schwimmunterricht und dann vertiefender eigener Praxis sinnvoll ist, aber es müssen auch die Kinder schwimmen lernen, wo sich die Eltern nicht kümmern.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wie kommt man denn an die Personengruppe, oder was unternimmt der Senat, um dann genau an die Personengruppe heranzukommen, die Sie bezeichnen als die, wo sich die Eltern wenig kümmern, insbesondere, wenn Sie sagen, das ist ja nun gerade die Gruppe, die ganz besonders viel Übung braucht, damit sie zum Schwimmen kommen? Welchen Ansatz gibt es da?

Staatsrat Jan Fries: Der Ansatz ist die Zusammenarbeit mit dem Bildungsressort und die Identifikation derjenigen Schülerinnen und Schüler, die noch nicht die entsprechenden Schwimmabzeichen haben, und denen Angebote zu unterbreiten; und auch bei denjenigen, wo sich die Eltern kümmern, es ist ja notwendig, noch organisierten Schwimmunterricht dabei zu haben, und dann ist es ja sinnvoll, ihnen in der Folge so lange Kurse anzubieten, bis das Schwimmziel erreicht ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Werden denn dann von diesen Gruppen diese Angebote auch angenommen? Angebote sind ja immer etwas Freiwilliges und setzen voraus, dass man darauf auch reagiert. Werden die dann auch angenommen, oder müsste man dann über andere Formen nachdenken, damit man sicherstellen kann, dass sie schwimmen können?

Staatsrat Jan Fries: Mir ist außerhalb des Schulunterrichts kein Instrument zum verpflichtenden Schwimmunterricht bekannt, und selbst Schule kommt da an die Grenzen. Von daher ist es richtig, dass der erste Ort für das Schwimmenlernen die Schule ist, aber wir wissen auch, dass in dem engen Zeitfenster allein die Schwimmqualifikation – siehe, wie viel Zeit brauche ich? – schwerlich ausreicht, um das Ziel zu erreichen. Von daher ist der Idealfall ein Ineinandergreifen. Ansonsten ist die Erfahrung, wir erreichen welche, aber wir erreichen selbstverständlich nicht alle. Da sind wir auch für gute Ideen dankbar.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. (Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 2146.](#))

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Kitanotlage in Bremen – Senat kann Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht sicherstellen

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man könnte es ja einfach abtun und sagen: Täglich grüßt das Murmeltier. Wie jedes Jahr stellt die Regierung weder für alle Kinder ab einem Jahr einen Krippenplatz noch für alle Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, einen Kindergartenplatz, um den sie sich beworben haben. Wie jedes Jahr gehen zwischen 1 000 und 3 000 Familien leer aus. Wir als CDU-Fraktion werden das aber nicht zum Normalfall werden lassen und zur Tagesordnung übergehen.

Es ist unglaublich, was hier passiert: Es trifft die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft in den soziokulturell benachteiligten Quartieren. Es trifft Frauen, die dadurch ihre Arbeit verlieren, es stürzt Alleinerziehende und Familien in Armut. Damit geben wir uns nicht zufrieden!

(Beifall CDU)

Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt nämlich voraus, dass ich zunächst einen Platz im Bereich der frühkindlichen Bildung in Bremen habe. Nehmen Sie Ihren eigenen Koalitionsvertrag ernst, meine Damen und Herren! Die Überwindung der sozialen Spaltung beginnt mit der frühkindlichen Bildung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; sie beginnt mit Taten, nicht mit Worten!

(Beifall CDU)

Am 23. Juni 2020 hatten wir 2 500 unversorgte Kinder und Familien – da hatten wir auch schon eine Debatte in der Bremischen Bürgerschaft –, davon fast 50 Prozent über drei Jahre, die ohne einen Platz ausgingen. Nun schockte uns die Bildungssenatorin in der letzten Zeit gleich zweimal mit neu vorgelegten Zahlen: Im März dieses Jahres erklärte sie uns etwas verduzt aussehenden Abgeordneten, dass 696 Vorschulkinder da sind, die nächstes Jahr in die Schule kommen und noch keinen Kitaplatz haben. Die mit dem Primo-Test auf Sprachauffälligkeiten getesteten Kinder, die dabei da waren, zeigten zu 87 Prozent eine Sprachauffälligkeit. Frau Dr. Eschen nannte es in ihrer Pressemitteilung einen „traurigen Standard“, dass jedes Jahr – Tendenz steigend – Hunderte von Kindern mangels Platz von frühkindlicher Bildung ausgegrenzt bleiben.

Doch das reichte noch nicht als Schock. Ende Mai kam dann die Senatorin mit dem nächsten Ei um die Ecke: Die Zielerreichungsquoten der letzten Jahre für Krippe und Kita waren massiv geschönt worden. Die Zahlen des Bundes, die uns seit Jahren vorgelegt worden sind, sind nämlich doch korrekt, und die Bremer Zahlen sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Konkret bedeutet das, dass man leider vergessen hat, eine halbe Jahreshälfte – und zwar in Zahlen 3 000 Kinder – in dem Bedarf für Elementarplätze mitzuzählen: den halben Altersjahrgang der Sechsjährigen. Damit fehlen dann bis 2025 nicht mehr, wie am 18. Mai zunächst mitgeteilt, nur 3 516 Krippen- und Kitaplätze, nein, es fehlen mindestens 6 500 Plätze bis zum Jahr 2025. Das sind alles übrigens noch Zahlen ohne die vie-

len Kinder der Geflüchteten aus der Ukraine, denen wir als CDU-Fraktion auch ein Platzangebot machen wollen und die auch einen Rechtsanspruch darauf haben, einen Platz zu erhalten.

(Beifall CDU)

Bei jetzt schon 42 Prozent Kinderarmut im Land Bremen sind Teilhabechancen und damit frühkindliche Bildung der Schlüssel, um aus Armut herauszukommen. Doch gerade hier in Ihrer angeblichen Kernkompetenz versagen Sie vollständig.

(Beifall CDU)

Die Tendenz in der Kinderarmut steigt dafür in Bremen munter seit Jahren. Beim Bremer Bildungsmonitor im November 2019 hat der Sozialforscher Dr. Günter Warsewa vom Institut für Arbeit und Wirtschaft deutlich gemacht, dass die Probleme schon vor der Schule entstehen. Er plädiert dafür, die frühkindliche Bildung nicht nur mit der Sprachförderung zu sehen, sondern als ersten Einstieg. Aber genau da versagen Sie: kein Platzangebot in Krippen oder Kitas, keine Flexibilität bei den Tagesbetreuungszeiten, die insbesondere nicht so hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen dringend benötigen. Sie manifestieren Kinderarmut. Sie verhindern die Aufnahme von Arbeit, und Sie treffen insbesondere Frauen und Alleinerziehende ganz massiv, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Dieser Trend der Benachteiligung von Frauen und Alleinerziehenden ist noch einmal wie mit einem Brennglas durch Corona/durch die Pandemie verstärkt worden, und Sie stellen dem nichts entgegen!

(Beifall CDU)

Auch von den Eltern, die es in die Tagesbetreuung geschafft haben, hören wir immer wieder, die Personaldecke ist zu kurz, zu dünn und zu löchrig. „Morgens geht der erste Blick“ – laut „buten und binnen“ vom 9. Juni – „zu meinem Handy, ob ich mein Kind heute in die Kita bringen kann oder ob die Betreuung wieder ausfällt. Ich habe Angst, meinen Arbeitsplatz zu verlieren.“ Das sind die Aussagen, die wir immer häufiger hören und die jetzt inzwischen auch immer häufiger Eingang und Einfluss in die Medien finden, und das kann es nicht sein, das haben Bremer Kinder und ihre Familien nicht verdient!

(Beifall CDU)

Auch dieser Umstand ist übrigens nicht neu, er bestand schon vor der Coronapandemie. Wir waren nämlich im Februar 2020 mit allen bildungs- und jugendpolitischen Sprechern inklusive der damaligen Senatorin zum kinderpolitischen Gipfel der Zentralelternvertretung beim Kita-Krisengipfel eingeladen. Da hat man uns das alles schon mitgeteilt. Es gab zehn Beispiele aus zehn verschiedenen Kitas, die einen wirklich zu Tränen gerührt haben. Es ist mit Wissen, Willen und Vorsatz nicht behoben worden, meine Damen und Herren, und ich bin es leid, das Mantra zu hören: Wir haben ja 5 000 Kitaplätze geschaffen. Es stimmt, Sie haben 5 000 Plätze geschaffen, aber die Kinderzahlen sind um 6 000 gestiegen, und ja, Sie haben es mit Wissen, Willen und Vorsatz über die vielen Jahre nicht genügend vorangetrieben.

2012 musste ich mit Frau Vogt noch darum kämpfen, dass aus Finanzgründen Erzieherklassen nicht geschlossen wurden. 2012, 2014 und 2017 mussten sich DIE LINKE und ich, damals gemeinsam vereint im Kampf um Kitaplätze, anhören, man habe genügend Erzieherinnen ausgebildet, und wir hätten keine Ahnung. Die Zahlen würden stimmen. Selbst 2019 lehnten Sie unseren Antrag auf eine umfassende Evaluation nach tatsächlichen Bedarfen und Bedarfszahlen für Erzieher ab mit der Begründung, wir haben 450 ausgerechnet, das reicht, mehr bilden wir ja sowieso noch aus, und wir kommen dicke mit den Zahlen hin.

Und jetzt der Kracher: Uns fehlen bis zum Jahr 2025 6 500 Plätze. Das sind – nur einmal in Zahlen, auch für die Finanzpolitiker hier unter uns – 390 Gruppen, 65 Kitas, wenn Sie bei dem Standard einer sechstruppigen Einrichtung bleiben. Bei Kosten von fünf Millionen Euro pro Kita, die nur die Privatinvestoren hinbekommen – öffentlich kostet es zwei Millionen Euro mehr –, kommen wir also bei 65 Kitas auf einen Finanzbedarf von 325 Millionen Euro Minimum.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das ist eine Menge Geld, nicht?)

Das ist Geld!

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Und dann haben wir noch nicht einmal das Personal! Wir brauchen daher wesentlich mehr Kitaneu-

bauten, denn es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres, den wir auch umsetzen müssen.

(Beifall CDU)

Wir brauchen daher massive Hilfeleistung für Investoren, um uns in Bremen überhaupt noch irgendwie dem zu nähern, was die Familien hier in Bremen erreichen müssen, nämlich ihren Kitaplatz oder ihren Krippenplatz. Wir brauchen eine richtig große Fachkräfteoffensive und nicht das Klein-Klein der letzten Tage. Es kann nicht sein, dass wir uns immer wieder anhören müssen, jetzt sind 380 Plätze fertig gebaut und können nicht besetzt werden, zurzeit sind es gerade 560, Tendenz steigend. Ich habe keine Lust mehr, über das Klein-Klein zu reden! Das mache ich nicht mehr! Im Jahr 2025 fehlen uns 6 500 Kitaplätze. Das ist die Zielmarke, die es zu erreichen gilt, und dafür erwarten wir Konzepte von Ihnen als Regierung.

(Beifall CDU)

Es braucht aus Sicht der CDU-Fraktion drei Dinge – jetzt kommen wir zu unseren Vorschlägen –: Es braucht ein kurzfristiges Konzept und eine gemeinsame Kraftanstrengung aller betroffenen Akteure, die zusätzlich einige Plätze in der Kindertagesbetreuung, ohne das System zu überlasten, vielleicht stellen können. Es braucht eine Fachkräfteoffensive, die diesen Namen auch verdient. Es ist ein Witz, wenn man uns bei der letzten Großen Anfrage – Drucksache [20/1023](#), wer Lust hat, nachzulesen! – mitteilt, dass wir es doch tatsächlich geschafft haben, seit 2014 im Jahr 2020 188 Erzieher:innen mehr auszubilden. Toll! Bei 5 000 Plätzen, die wir zusätzlich haben, kann ich Ihnen gleich sagen, in die Decke haben Sie Löcher hineingeschnitten, da haben Sie nichts drangeklebt. Das geht so nicht, und Sie haben es gewusst, und Sie haben uns die Unwahrheit gesagt und gesagt, es reicht aus. Das, meine Damen und Herren, nehmen wir als CDU-Fraktion nicht mehr hin!

(Beifall CDU)

Es braucht eine echte Taskforce Kitaausbau mit Vertretern aller beteiligten Behörden, wie zum Beispiel Bau, Brandschutz, Unfallkasse, SKB. Ich kann es nicht mehr hören, dass Frau Dr. Wehrmann jeden Tag mantraartig – ich weiß nicht, wie oft – in der Presse erzählt hat: Wir kommen nicht weiter, es hakt im Getriebe, es gibt überall Sand. Nehmen Sie sie ernst! Nehmen wir das, was sie uns an Verbes-

serungsvorschlägen gerade wieder in einem zweiseitigen Papier vorgelegt hat, ernst, und sorgen wir dafür – denn anscheinend ist sie ja die Einzige, die den Kitaausbau hier in Bremen hinbekommt –, dass es tatsächlich zu Plätzen für Krippe und Kita und für die Kinder in Bremen kommt!

(Beifall CDU)

Nun zum kurzfristigen Konzept! Es braucht ja ein Alle-Mann-Manöver oder Alle-Frau-Manöver, um überhaupt noch etwas hinzubekommen. Wir wissen, dass ganz viele Kitas in Bremen weit über das Limit hinaus belastet sind. Wir wissen aber auch, dass es noch einzelne Kitas gibt, die sich auf freiwilliger Basis – nicht mit Zwang und auch nur dann, wenn es eine vernünftige zusätzliche Ressourcenausstattung gibt – durchaus noch etwas vorstellen können, weil sie eben von den Kindern her denken und sagen, wir haben auch eine Verantwortung, wir wollen etwas tun.

Wir brauchen ein gutes Finanzierungskonzept mit mehr mittelbarer Arbeitszeit, mehr Leitung und Verwaltungsarbeit, die bezahlt wird bei dem Träger, um auf freiwilliger Basis mit Einverständnis von Eltern Platzsharing in den Krippen anzubieten. Wir brauchen ein attraktives Anreiz- und Finanzkonzept, welches Träger, die bereit wären, und zwar nur freiwillig, zusätzliche Kinder – und das machen einige ja tatsächlich schon – in ihren bestehenden Einrichtungen aufzunehmen, finanziell massiv unterstützt mit verbesserter Personal- und Sachausstattung,

(Beifall CDU)

zusätzlichen Anleiterstunden, Geld für Kitaassistenten und anderen Zusatzkräften.

Wir müssen Tagespflegepersonen einbinden, völlig klar, das bedeutet aber auch, sie als Allererstes einmal angemessen zu bezahlen.

(Beifall CDU)

Es muss aufhören, dass sie noch Geld mitbringen sollen, um den Platz zur Verfügung zu stellen, damit die Stadt ihren eigentlichen Rechtsanspruch umsetzt. Die Sachkostenpauschale ist seit dem Jahr 2008 nicht angepasst worden, und wie die Energiekosten gestiegen sind, das brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht zu erzählen, das haben wir hier hinreichend debattiert.

Es braucht ein unverzügliches Konzept, wie wir die Ausbildung für Tagespflegepersonen von Anfang an vergüten und sie dann als Teilzeitausbildung und Vollzeitausbildung nicht wie bisher über zwei Jahre nebenbei am Wochenende laufen lassen, sondern komprimiert in drei bis sechs Monaten durchziehen mit einer massiven zusätzlichen Werbekampagne, sich als Tagespflegeperson zur Verfügung zu stellen, gut vergütet, sodass wir dann relativ schnell Tagespflegepersonen zur Verfügung haben.

Wir müssen ihnen die Verwaltungsaufgaben abnehmen. Bei den Elternvereinen haben wir es vorgemacht, Elternvereine haben eine Stelle bekommen. PiB könnte hier eine zusätzliche Abrechnungsstelle aufbauen, die die ganzen Abrechnungen und den ganzen Verwaltungskram für die Tagespflegepersonen übernimmt, damit sie die Möglichkeit haben, sich um das Eigentliche zu kümmern – nämlich um die Kinder in dieser Stadt – und die pädagogische Arbeit machen zu können. Damit können wir es schaffen, bis zum Ende des Jahres, wenn wir noch zusätzlich Räume für Großtagespflege über unsere Wohnungsbaugesellschaften BREBAU und GEWOBA finden, noch das eine oder andere aufzufangen.

Natürlich müssen wir den Tagespflegepersonen die Möglichkeit geben, sich in den nächsten Jahren entsprechend weiterzubilden, um dann auch Erzieherin zu werden, und wir müssen auch wieder über Bindungsverträge nachdenken, wenn wir die Ausbildung vergüten, wenn wir das Ganze entsprechend machen, dass sie sich zur Verfügung stellen, diese Plätze für die Stadtgemeinde Bremen für einen gewissen festgelegten Zeitraum auch anzubieten. Darüber hinaus brauchen wir langfristig eine echte Ausbildungsinitiative, und ich rede hier nicht von zehn Plätzen für Weiterbildung hier und 25 da, spanische Fachkräfte und jetzt vielleicht noch neu 30 aus Griechenland. Das reicht nicht. Das reicht nicht einmal annähernd, meine Damen und Herren, wir müssen uns tatsächlich über die Novellierung der Ausbildung Gedanken machen.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

PiA-Absolventinnen bleiben zu 98 Prozent in den Einrichtungen, die Absolventinnen öffentlicher Fachschulen verlassen den Ausbildungsträger wesentlich öfter. Wir können es uns nicht leisten, weiterhin 25 Prozent der Erzieher:innen zu verlieren oder dass sie innerhalb von fünf Jahren das Berufs-

feld dauerhaft verlassen oder gar nicht erst in Vollzeit anfangen. Um das zu verhindern, müssen wir vielleicht tatsächlich noch einmal in unsere eigenen Ideen schauen und überlegen. Wir hatten als CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Antrag gestellt für drei Millionen Euro für 125 zusätzliche Plätze für die Ausweitung der PiA-Ausbildung.

Wir müssen richtig Geld in die Hand nehmen, und wir müssen überlegen, wie wir vielleicht doch in eine weitergehende Dualisierung der Ausbildung hineingehen und das nicht alles auf das Meister-BAföG schieben. Die Vergangenheit hat uns gezeigt, das reicht nicht aus, um die Ausbildungszahlen zu erreichen, die wir brauchen, um 6 500 Kindern in dieser Stadtgemeinde Bremen tatsächlich einen entsprechenden Kita- oder Krippenplatz zu bringen.

Aus den eben angeführten Ideen werden wir jetzt auch nicht nur hier so bleiben, sondern wir werden dazu konkrete Anträge vorliegen, denn eines haben Sie in der Vergangenheit gezeigt: Sie konnten es nicht. Sie wollten es auch nicht, das haben Sie nun erstmalig auch für jeden sichtbar offengelegt.

(Glocke)

Wir als CDU-Fraktion wollen eine klare Alternative stellen, und darüber werden wir im Zuge von Anträgen hier gemeinsam debattieren und abstimmen. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute eine Aktuelle Stunde der CDU, die sie knapper kaum hätte begründen können: In Bremen können 564 Plätze aufgrund eines Mangels an Fachkräften nicht besetzt werden. Aha! Ja, am 9. Juni gab es eine aktuelle Presseberichterstattung dazu, wie auch im Dezember 2021, wie im Februar und auch wie im April. Das Thema ist nämlich keineswegs so aktuell, wie es uns die CDU heute glauben machen möchte.

(Beifall SPD – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Stimmt!)

Schon bei den letzten Kitaeröffnungen ist immer wieder thematisiert worden, dass nicht alle Gruppenräume genutzt werden können, weil Personal fehlt. Das Thema begleitet uns als Dauerthema in der Bildungsdeputation, im Jugendhilfeausschuss, im Unterausschuss frühkindliche Bildung und so weiter.

Ja, wir wissen es: Wir haben in dieser Stadt einen Mangel an Betreuungsplätzen, wir haben ihn im U3-Bereich, wir haben ihn im Ü3-Bereich, und wenn wir unseren Rahmenplan Entwicklung Kinder null bis zehn ernst nehmen, haben wir ihn fortschreitend auch im Grundschulbereich. Der nahende Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz wird ein Verstärker der Problemlage im frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsbereich werden. Die Gründe, das wissen wir auch, sind viel sehr vielseitig. Dass der Senat den Ausbau auch in der letzten Legislaturperiode oder in den letzten Legislaturperioden verschlafen hat, das wissen wir, dass die bisherigen Koalitionspartner der SPD nicht ausreichend Druck aufgebaut haben, um das rote Ressort dazu zu bringen, wirklich problemlösungsorientiert zu arbeiten, das wissen wir auch, genauso wissen wir aber auch, dass dennoch in den letzten Jahren aufgeholt worden ist. Nicht zuletzt stehen deswegen jetzt auch Räume da und leer.

Jetzt sortieren wir noch einmal ein bisschen die Problemlage: Uns fehlen also nach wie vor Räume, in denen Kinder untergebracht werden können. Zwar spricht der Statusbericht I nach wie vor von – wir haben es gehört – 1 500 fehlenden Plätzen, die Senatorin für Kinder und Bildung hat diese Zahl aber wohl dank eigener Recherchen nach dem gescheiterten Start der Onlineanmeldung in Bremen inzwischen deutlich nach oben korrigiert. Vor zwei Wochen sprach sie von 3 000 und heute Morgen im „Weser-Kurier“ von 4 500 Plätzen, und will man tatsächlich jedem Kind die Chance auf frühkindliche Bildung geben, dann sind wir bei den Zahlen von Frau Ahrens: 6 000 bis 6 500! Dazu kommen die ukrainischen Kinder und andere.

Nach der Lektüre des „Weser-Kurier“ heute Morgen bin ich trotz der dramatischen Situation und dem Wissen, wie vielen Kindern der Staat frühkindliche Bildung vorenthält, vorsichtig optimistisch. Wir alle kennen die Forderungen der Expertin Wehrmann, dass es für den Ausbau der Kitalandtschaft eine Taskforce braucht, in der die Prozesse eng zusammenlaufen. Sie hat sie schon 2019 formuliert und sie dem rot-grün-roten Senat während der Koalitionsverhandlungen in die Agenda geschrieben, und dass sich nun endlich positive

Signale abzeichnen und letztlich wie beim Impfzentrum auch eine privatwirtschaftliche Kooperation möglich wird, ich muss sagen, das beruhigt mich.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Die findet doch schon längst statt!)

Immerhin kann der „Weser-Kurier“ dieses Mal nicht nur von Forderungen der Expertin berichten, sondern auch von Gesprächen mit der Senatorin, dass auch Folgegespräche anvisiert werden, und das lässt mich vorsichtig optimistisch bleiben. Wir werden nachfragen und unterstützen als Freie Demokraten den eingeschlagenen Kurs. So viel zur Raumsituation!

Aber wir haben ja ein weiteres großes Problem, und es gibt jetzt Leute, die sagen, wieso reden wir überhaupt über Bauten, wo ja doch die Menschen fehlen, die den schönen Erzieherberuf ausüben. Ich gestehe zu, dass das im Moment vielleicht auch ein bisschen komisch klingen mag, aber bei den aktuellen Vorlaufzeiten bis zur Einweihung einer Kita finde ich es genau richtig, dass die Senatorin weiterhin auf den Ausbau setzt, denn wenn wir erst mit dem Ausbau anfangen, wenn wir die Menschen haben, dann werden wir die aktuelle Problemlage einfach länger in die Zukunft fortschreiben.

(Beifall FDP)

Deswegen ist es gut und richtig, beide Problemfelder – Bau einerseits und Personal andererseits – immer wieder zu denken.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Aber das ist auch nichts Neues! Das passiert schon die ganze Zeit! – Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Wir haben die Aktuelle Stunde nicht beantragt!)

Wir haben zum Glück heute Morgen einen aktuellen Kitabericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands lesen können, der auch die Debattenqualität vielleicht ein bisschen beeinflussen kann und die Bremer Problemlage im Kontext einer bundesweiten Zustandsbeschreibung einordnen und auch besser verstehen helfen kann. Bundesweit, so heißt es im Bericht, bleiben in jeder zweiten Kita Plätze unbesetzt, weil es an Personal fehlt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens?

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Nein!

(Zurufe SPD)

Frau Ahrens hat ja nachher noch Zeit, zu sprechen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Das hat sie nicht mehr, ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ich würde jetzt gern meine Gedanken entfalten! Zwei Drittel der Befragten, vor allem aus dem Westen, verweisen auf das unzureichende Angebot der Kinderbetreuung, und gleichzeitig verhindert natürlich der Personalmangel eine stärkere Belegung genauso wie eine bessere Betreuungsquote. Die Situation sei aufgrund von Arbeitsbelastung und Personallage angespannt, und unabhängig von der Pandemie fehle es besonders für Kitas in benachteiligten Sozialräumen – wir kennen das! – an gezielter Unterstützung.

Defizite sieht der Bericht bei der Sprachförderung, der Finanzierung, was Neuanschaffungen zum Beispiel schwierig macht, und – auch das ist hoch alarmierend! – dass die Finanzmittel für eine ausgewogene Ernährung nicht ausreichend sind. Nach unserer Großen Anfrage zu freien Trägern wissen wir, auch für Bremen sind das alles Themen, die der rotgrün-rote Senat dringend angehen muss, aber das werden wir zu gegebener Zeit debattieren.

Kitaleitungen bleibt zu wenig Zeit für die pädagogische Leitung ihrer Einrichtung. Sie verbringen ganz viel kostbare Zeit mit Organisation und Kommunikation, in Bremen verstärkt durch das schlechte Funktionieren der Onlineanmeldung. Wir Freien Demokraten haben immer wieder einmal Sekretariats- und Verwaltungsstellen ähnlich wie an Schulen in die Diskussion gebracht, denn das schafft Kapazitäten für die eigentliche Aufgabe der Leitung und die so wichtigen Stunden am Kind. Zwei Drittel der an der Studie beteiligten Bremerinnen und Bremer sind mit den landesrechtlichen Vorgaben für Zeitkontingente von Leitungskräften unzufrieden und fordern die Behörde auf, ein zusätzliches Leitungsbudget einzuführen. Hier liegt der Ball bei Ihnen, liebe Koalition, die Ideen sind da.

Ein weiteres Problem im Alltag ist die sehr hohe Personalfuktuation. In 80 Prozent der Kitas wurde

mindestens eine Stelle neu besetzt. Das bringt immer wieder Unruhe, persönliche Beziehungen zu den Kindern werden unterbrochen, und natürlich leidet auch die pädagogische Arbeit. Dringend also braucht es eine aktuelle Befragung in den Einrichtungen, woran es den Kolleginnen und Kollegen vor Ort am meisten fehlt, damit man dem begegnen kann. KiTa Bremen hat das schon einmal versucht, und ich finde, das sollten wir im gesamten Stadtgebiet wiederholen, und dann sollten Sie die Agenda, die Alltagsexperten vor Ort für uns erarbeiten, auch ernst nehmen und möglichst umsetzen, denn Personalkarussell, das ist immer Alltagsalbtraum in Kitas.

Ein Punkt, dem wir vielleicht alle zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben, betrifft den Themenbereich Teilzeit-/Vollzeitarbeit. Mehr als 60 Prozent der pädagogischen Fachkräfte in Kitas arbeiten Teilzeit. Im Vergleich zu anderen Branchen fällt das richtig auf. Hier schlummert im Personalstamm sozusagen jeder einzelnen Einrichtung ein Stück des Weges aus der Betreuungsmisere heraus. Mehr Anreize zur Vollbeschäftigung könnten den Personalmangel lindern. Daran lässt die Auswertung der Bertelsmann Stiftung keinen Zweifel, und deswegen würde es sich doch lohnen, hier in die Problemanalyse zu investieren, warum Menschen nicht Vollzeit arbeiten wollen. Haben sie vielleicht keine Betreuung für die eigenen Kinder? Vielleicht kann der Träger Abhilfe schaffen. Braucht es mehr Zeit für Erholung, Vorbereitungen oder Fortbildungen? Hier sollten Sie den Dialog mit den Mitarbeitervertretungen suchen. Thüringen konnte, um nur ein Beispiel zu nennen, den Anteil der Vollzeitbeschäftigten signifikant erhöhen. Vielleicht fragen wir dort einmal nach, wie es gelungen ist!

Zum großen Thema Fachkräftegewinnung durch Ausbildung komme ich in meiner zweiten Runde noch einmal. – Ansonsten bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens zu einer Kurzintervention.

(Zurufe – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Kann ich Ihnen einen Tee anbieten zur Beruhigung?)

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Nein! Nach der Rede, das gebe ich zu, musste ich doch erst einmal schlucken. Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich habe mir die aktuellsten Zahlen angesehen. Gestern gab es eine Veröffentlichung der Bundesregierung, „Kindertagesbetreuung Kompakt“, die die Zahlen für alle Bundesländer offengelegt hat, und nach den Zahlen haben wir im U3-Bereich die zweithöchste Betreuungslücke mit 16,8 Prozent nach dem Bundesland Rheinland-Pfalz, mit weitem Abstand zu allen anderen 14 Bundesländern, und im Bereich der über Dreijährigen, also der Elementarkinder, haben wir wieder einmal die rote Laterne: 9,4 Prozent zu wenig!

Wir haben nur für 86,4 Prozent dieser Alterskohorte einen Platz, kein anderes der 15 anderen Bundesländer hat auch nur annähernd einen solchen Wert. Das sind die Zahlen, die tatsächlich existieren, und wie man da als FDP eine solche Rede halten kann, da kann ich ehrlicherweise nur den Kopf schütteln. Das zeigt, dass Sie sich damit nicht wirklich auseinandergesetzt haben. – Danke schön!

(Beifall CDU – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Also so wie immer!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Versorgung mit Kitaplätzen ist nicht gut, und ich muss auch sagen, als zumindest ehemalige betroffene Kitaleitung geht es mir sehr nahe, dass wir so vielen Kindern bisher keine Möglichkeit eröffnen konnten, sie alle in Betreuung und Begleitung bringen zu können. Wir wollen an dieser Stelle überhaupt nichts beschönigen, und wir haben das auch in den Debatten vorher nie getan –.

(Heiterkeit Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Nein, das haben wir nicht, Herr Strohmann! Wir haben immer gesagt, es ist schwierig, und wir machen und wir werden –. Wir haben immer versucht, hier auch Klartext zu reden, und wir haben Maßnahmen genannt, die wir angehen wollen und auch angegangen sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben, nachdem die Abteilung „Kinder“ beim SKB deutlich gemacht hat, wo die Senatorin ja zum

Glück alle noch einmal mit der Nase darauf gestoßen hat und wir jetzt mit ehrlichen Zahlen agieren können – –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Aah!)

Ja, die Zahlen sind ehrlich! Herr de Olano hat doch im Jugendhilfeausschuss genau erklärt, welche Kohorten nicht mitgerechnet wurden in den ganzen Jahren! Das erklärt für mich auch, warum diese Statistiken immer nie kompatibel waren mit dem, was wir an Wahrnehmung alle hatten, was an Plätzen eigentlich benötigt wird.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Genau! – Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Also uns war das schon klar! – Zurufe CDU)

Wir wissen aber auch einmal, dass die Sechsjährigen länger in der Kita bleiben, dass mittlerweile mehr Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt werden, weil sie noch nicht schulfähig sind, richtig ist aber auch, dass Eltern ihre Kinder längst nicht mehr als sogenannte Kannkinder für die Schule anmelden, also alle Kinder, die im dritten und vierten Quartal sechs Jahre alt werden. Dies ist uns ja in der letzten Woche im Jugendhilfeausschuss genau vorgerechnet worden. Meine eigene Empirie bestätigt die Aussage, dass gerade viele dieser Kinder gar nicht eingeschult werden, also erst, wenn sie schon fast sieben Jahre alt sind. Das heißt, die Sechsjährigen sind vorher bei „Schule“ in der Statistik gemeldet worden, und bei „Kita“ ging es bis fünf.

Die Nachfrage nach Kitaplätzen ist aber auch weiterhin in den letzten Jahren enorm gestiegen, was wir natürlich sehr begrüßen, ebenso die Nachfrage nach Ganztagsplätzen. Wir haben in den letzten Jahren so viele neue Plätze geschaffen, was total enorm ist, und ich kann das auch immer nur wiederholen: Ich finde, 5 000 Plätze und mehr als 5 000 Plätze sind eine enorme Leistung,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

das sind fast 30 Prozent mehr.

Dass diese Anzahl an Kitas noch nicht ausreicht, das wissen wir alle, und wir wissen, dass diese Kitas auch in riesiger Anzahl bei den freien und den weiteren Trägern durch deren Engagement mit entstanden sind, und wir schmälern an dieser Stelle überhaupt nicht das Engagement. Im Gegenteil, wir können nur sagen, danke auch an die Träger, die neben KiTa Bremen am Ausbau groß beteiligt

waren, eben die freien Träger und weitere Träger, und dass sie auch Bauherren gefunden haben, die sie darin unterstützen.

(Beifall SPD, DIE LINKE, FDP)

Wir brauchen aber nach wie vor sehr viel mehr Kitas, und wir brauchen dafür vor allem die Unterstützung aller.

Probleme gibt es aber nach wie vor bei der Umsetzung von Kitabauten. Auch da sehe ich natürlich Luft nach oben. Das alles dauert mir viel zu lange, und uns allen auch. Es muss einfach noch viel mehr ressortübergreifend gearbeitet werden, also auch gedacht, und ich will jetzt gar nicht Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer hier jetzt persönlich anmachen, aber es ist auch so, dass aus der Baubehörde heraus ja auch Schwierigkeiten bestehen.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Nein! Das weise ich zurück!)

Okay! Wenn dem nicht so ist – –.

(Zuruf Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer)

Gut! Wenn Sie das nicht bestätigen, dann kann ich nur sagen, okay, dann müssen wir mit anderen Ressorts wohl irgendwie – –. Dann muss es auch noch besser klappen.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Aber die Meinung von Frau Krümpfer bestätigt – –. – Zurufe CDU – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das muss man schon sagen, da hat Frau Krümpfer recht! – Unruhe – Glocke)

Wir haben von verschiedenen Trägern auch gehört, dass es Schwierigkeiten mit der Bauverwaltung gibt, und das nehme ich jetzt erst einmal mit,

(Zuruf CDU: Das ist auch kein Geheimnis!)

und wenn dem nicht so ist, dann bin ich ja froh, dass es nicht so ist, aber dann muss es ja offensichtlich woanders hängen, und das muss man vielleicht noch einmal herausfinden.

(Beifall CDU)

Weil wir aber eben weitere Kitas brauchen, müssen wir auf jeden Fall vorübergehend alle Mobilbauten für die Betreuung von Kindern weiter nutzen können und dafür sorgen, dass sie auch nutzbar bleiben können. Alle Träger von Einrichtungen, nicht

nur KiTa Bremen, bitten wir zu schauen, welche Räume für die Angebote mit Kindern nutzbar gemacht werden können, um auch soziales Lernen im Quartier zu ermöglichen.

Eine weitere Herausforderung ist selbstverständlich der Fachkräftemangel, den wir beheben müssen. Wir haben auch in den letzten Jahren ordentlich nachgesteuert. Das haben wir hier schon lange und breit diskutiert und debattiert, und ich habe mich sehr gefreut, Frau Ahrens, als Sie am letzten Freitag im Betriebsausschuss bei KiTa Bremen gesagt haben, wir bilden wie die Weltmeister aus. Das hat mich sehr gefreut, dass Sie diese Aussage dort getroffen haben.

(Beifall SPD)

Es ist gelungen, mehr Klassen für die Ausbildung zur fpA einzurichten, auch in berufsbegleitenden Formen. Quereinsteigerprogramme, PiA haben wir weiter forciert, InRA, die Integrierte Regelausbildung an den Fachschulen, mit der Möglichkeit des Meister-BAföG ist fest installiert. Nun können wir alle eine Weiterbildung anbieten, die auch ein Einkommen sichert, und ja, auch hier müssen wir unbedingt weiter diese Aus- und Weiterbildung bewerben, damit wir viele Menschen für die Arbeit in der Kindertagesbetreuung gewinnen. Hier müssen wir unsere Anstrengungen nochmals weiter ausweiten. Quereinstiege müssen erleichtert werden, und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen muss einfach schneller gehen.

(Beifall SPD)

Es müssen alle Möglichkeiten der kurzfristigen Mobilisierung zusätzlicher personeller Ressourcen genutzt werden. Auch bei der individuellen Stundenaufstockung bei vorhandenen Beschäftigten muss noch mal geschaut werden, inwieweit Träger und Einrichtungsleitungen bereits Beschäftigte motivieren können, mehr Stunden zu arbeiten. Das ist vielleicht auch abhängig davon, welches Gesundheitsmanagement sie ihren Kollegen vielleicht auch mit anbieten können. Auch da, finde ich, müssen die Träger mit der senatorischen Behörde in Verhandlung kommen, inwieweit so etwas mit unterstützt werden kann, aber ich finde, man sollte schon schauen, dass da weiter die Motivation dafür aufrechterhalten werden kann.

Was wir allerdings auch unterstützen, ist, dass erleichtert wird, Menschen mit anderen beruflichen

Qualifikationen und dann mit gleichzeitiger Weiterbildung – -. Es gibt Einrichtungen und Träger, die sagen, wir würden das auch machen,

(Beifall FDP)

und ich finde, daran soll man sie auch nicht hindern. Wir möchten, dass diese Maßnahmen nur passieren, wenn sie im Einvernehmen mit den Beschäftigten und den Trägern erfolgen. Ich sage hier niemandem etwas Neues, wenn ich noch einmal deutlich mache, dass der Fachkräftebedarf in allen Bereichen und in allen Branchen eine riesige Herausforderung ist und der Wettbewerb um die jungen Menschen schon längst läuft. Mit dem schrecklichen Krieg in der Ukraine haben bereits viele Menschen auch in Bremen einen Zufluchtsort gefunden. Für unsere Stadtgesellschaft bedeutet es, dass wir zunächst alle humanitären Hilfestellungen geben, die notwendig sind, und genau schauen müssen, welche berufliche Integration wir anbieten können.

Für viele Kinder und Jugendliche müssen wir Schul- und Kitaplätze schaffen. Letzteres stellt die Behörde und die Träger vor weitere Herausforderungen. Nun sind schon an vielen verschiedenen Orten in der Stadt Bremen kleinere und größere Angebote des sozialen Miteinanderseins, des gemeinsamen Spielens und vieles mehr durch verschiedene Träger entstanden. Auch im Rahmen von niedrigschwelligen Angeboten können jetzt schon circa 300 Kinder diese nutzen. Ungefähr 170 geflüchtete Kinder aus der Ukraine sind bereits im Kitaportal mit einer ID hinterlegt, und einige haben auch schon einen Platz bekommen.

Auch in den Gemeinschaftsunterkünften sollen noch weitere Angebote entstehen. Wir möchten, dass Träger und Behörde beziehungsweise der Senat sich weiter auch in Gesprächen darauf verständigen, durch welche Möglichkeiten sie weitere Plätze schaffen können. Das alles, das wissen wir, reicht noch nicht, und wir als SPD wollen in keinem Fall ein Kind zurücklassen.

(Beifall SPD)

Wir möchten, dass jedes Kind einen Platz bekommt.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das möchten wir alle!)

Kinder nicht zu betreuen ist keine Alternative. Wir müssen deshalb, und das sage ich hier noch einmal

ausdrücklich, im Einvernehmen mit Beschäftigten und Trägern – und zwar nur dann – weitere Formen der Betreuung ermöglichen. Wir unterstützen unsere Senatorin Frau Aulepp in jedem Fall in allen Bemühungen, die sie anstrebt. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung, der seit 1996 bundesweit für Kinder ab drei Jahren besteht und im Jahr 2013 erweitert wurde auf Kinder ab einem Jahr, war und ist ein Versprechen an Eltern, und es ist ein Versprechen, das wir in Bremen – das ist leider korrekt – nicht einlösen können für alle, da gibt es nichts zu beschönigen, und das tun wir auch nicht. Aus heutiger Sicht muss man konstatieren, dass es viele Versäumnisse gegeben hat. Zu spät wurde erkannt, dass Eltern das Versprechen auch zunehmend einlösen möchten, und zu Recht tun sie das, denn das war ja auch Sinn der Sache, das war ja Sinn dieser Regelung.

Man muss anerkennen, dass in den letzten Jahren viele Kitaplätze neu geschaffen wurden, aber es reicht noch nicht. Die für das kommende Kitajahr bekannten 1 400 fehlenden Plätze sind ja, wie wir wissen, noch lange nicht alle, die die Eltern durch das Versprechen einfordern könnten. Wenn wirklich alle Eltern mit Kindern ab einem Jahr dieses Versprechen einlösen wollten, hätten wir noch eine weit größere Lücke, und hierzu möchte ich auch ausdrücklich noch einmal Danke sagen, dass jetzt realistischere Zahlen auf dem Tisch liegen.

Allerdings, auch heute hier im Hause hat es Verwirrung zu diesen Zahlen gegeben, denn es sind ja nicht plötzlich doppelt oder dreifach so viele Eltern, die jetzt ganz aktuell ihr Kind noch für dieses Kitajahr angemeldet haben, sondern die Zahl von 1 400 fehlenden Plätzen als Diskrepanz zwischen aktuellem Angebot und der Nachfrage, die aktuell da ist, hat sich nicht geändert. Natürlich kommen da noch Einzelne dazu, es kommen noch Menschen dazu, die aus der Ukraine hierher geflüchtet sind und so weiter, aber grundsätzlich ist diese hohe Zahl an Plätzen erst einmal nicht das, was jetzt diese Diskrepanz plötzlich von einem Tag auf den anderen explodieren lässt.

Wir haben aber eben bisher offensichtlich eine sehr hohe Zahl an Plätzen, die nicht einkalkuliert wurde und die immer noch bereitgestellt werden muss, die von den Eltern eingefordert werden könnte, und ich wünsche mir auch, dass diese Plätze eingefordert werden. Ich gehe sogar so weit, dass ich sagen würde, wir müssen Familien motivieren, diese Plätze einzufordern, denn wir alle wissen ja, dass die frühkindliche Bildung einen hohen Stellenwert hat.

Was zeigt uns nun das Zahlenwirrwarr an dieser Stelle? Zu lange wurde mit theoretischen Zahlen operiert. Dabei muss man einfach mal konstatieren – auch, wenn sich das jetzt vielleicht ein bisschen albern anhört –, eigentlich ist es ja eine ganz simple Rechnung: Ein Kind wird geboren und wird ein Jahr später ein Jahr alt.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Seit wann predigen wir das?)

Mit diesem einen Jahr beginnt der Rechtsanspruch, und der Rechtsanspruch auf so einen Kitaplatz beginnt nicht zum Kitajahr, sondern er beginnt, wenn das Kind ein Jahr alt ist, und hier offenbart sich auch noch einmal, dass unser System in Bremen mit dem Kitajahr nicht wirklich der aktuellen Zeit entspricht. Das Kitajahr ist ein rückständiges System,

(Beifall CDU)

denn der Rechtsanspruch ist systemimmanent nicht gewährleistet, wenn mein Kind nicht im Juni, Juli, August oder September geboren ist und dann zufällig genau in diesen Zeitrahmen passt, wo nach zwölf oder 14 Monaten die Elternzeit endet und ich dann zum Glück nahtlos zufällig oder auch nicht zufällig zum Kitajahr passend mit der Kita für mein Kind starten kann. Sie werden es nicht glauben: Geburtenplanung nach Kitajahr, es gibt sie! Das ist eigentlich ein sehr erstaunlicher Zustand.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Erschreckend!)

Jetzt stehe ich also hier und erzähle, eigentlich ist es alles noch schlimmer, als wir bisher eingeplant haben. Das ist natürlich nur bedingt hilfreich, aber es ist dennoch wichtig, sich das alles vor Augen zu führen, denn es zeigt, wir müssen unser System von Grund auf neu denken, wir müssen die Bedarfe und Rechtsansprüche realistisch einkalkulieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Der Aufhänger für diese Aktuelle Stunde sind ja Kitaplätze, die zwar baulich vorhanden sind, aber aufgrund von Fachkräftemangel in aktuell dreistelliger Zahl nicht besetzt werden können. Beim Ausbau der Kindertagesbetreuung ist also im Moment nicht vorrangig der Bau das Problem, auch wenn wir da dranbleiben müssen, da gebe ich allen recht, die das gesagt haben, sondern das Problem ist der Fachkräftemangel, ein Fachkräftemangel, der bundesweit besteht, in jedem Bundesland – natürlich hier besonders hoch, das kann man nicht von der Hand weisen –, aber, liebe Abgeordnete der CDU, dieser Fachkräftemangel besteht auch in CDU-regierten Ländern; leider,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

denn viel schöner wäre es ja, es wäre nicht der Fall. Viel schöner wäre es ja, jemand hätte schon die Patentlösung in einem anderen Bundesland. Ich würde keine Sekunde zögern, diese Patentlösung auch für unser Bundesland einzufordern.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Schauen Sie nach Hamburg, Frau Kollegin!)

Wichtig ist, bei diesem Thema auch einmal auf die aktuelle Situation der Kinder mit einem Kitaplatz einzugehen. Wir haben im Moment Kinder, die immer und immer wieder gar keine Betreuung haben oder zu großen Teilen keine Betreuung haben, obwohl sie einen Kitaplatz haben. Dabei ist auch hier der Rechtsanspruch klar definiert. § 24 SGB VIII formuliert den Anspruch auf Förderung – den Anspruch auf Förderung! – und nicht den Anspruch auf einen Kitaplatz nur auf dem Vertragspapier. Das heißt also, wenn jemand einen Kitaplatz hat, dann ist der Rechtsanspruch dann noch erfüllt, wenn diese Betreuung nicht stattfindet. Das ist ein Punkt, den wir uns sehr genau ansehen müssen. Klar ist, es muss schnellstmöglich gehandelt werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Tarifeinigung für den Sozial- und Erziehungsdienst ist ein guter erster Schritt in dieser aktuellen Lage, aber es muss einfach noch früher angesetzt werden, um Menschen überhaupt für diesen Beruf in der Kindertagesbetreuung gewinnen zu können. Ich habe kürzlich noch einmal alle Fachschulen und auch die privaten Bildungsträger besucht, die in der Aus- und Weiterbildung für Erzieher:innen tätig sind, und in den Gesprächen wurde sehr deutlich, wie hoch motiviert die Leute in diesem Bereich

sind, und das auch trotz schwieriger Bedingungen und auch Lehrkräftemangel an den Schulen. Das ist ja noch ein weiteres Problem, wo man noch einmal gut schauen muss, wie man das lösen kann.

Nichtsdestotrotz glaube ich aber mittlerweile, dass das Verändern kleiner Details in diesem Bereich, kleinerer Umstellungen, kleinerer Versuche im Grunde nicht reicht. Wir brauchen eine bundesweit reformierte Erzieher:innenausbildung. Wir müssen hier auch an die Richtlinien der Kultusminister:innenkonferenz für diesen Bereich heran, denn wir müssen uns einfach noch einmal vor Augen halten: Wo konkurrieren wir denn um die Menschen auf dem Ausbildungsmarkt? Wir konkurrieren um Menschen, die sich ansonsten anderweitig zum Beispiel nach einem mittleren Schulabschluss für eine dreijährige bezahlte duale Ausbildung interessieren. Wenn wir die Situation haben wollen, dass die Menschen sich für den Erzieher:innenberuf entscheiden, dann müssen wir da auf jeden Fall heran, sonst werden wir es nicht schaffen, mittel- und langfristig – und kurzfristig sowieso nicht – genügend Personal zu finden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

So eine Reform ist natürlich nicht einmal eben so erledigt, das ist etwas, was mittelfristig oder sogar auch nur langfristig helfen kann. Das heißt, wir müssen jetzt ganz akut schauen und ehrlich gesagt uns trauen, einfach einmal ein bisschen out of the box, wie man neudeutsch sagen würde, zu denken, und ich sage das, auch wenn ich weiß, dass das nicht alle gern hören und dass Ideen für kurzfristige Maßnahmen für viele die Befürchtung auf den Tisch bringen, dass wir Standards absenken wollen würden und so weiter. Natürlich möchte ich das nicht, aber ich bin überzeugt davon, dass es möglich ist, mit klaren Regelungen, mit Übergangslösungen für die nächsten Jahre, wo auch klar ist, dass sie irgendwann wieder zurückgenommen werden, eine gute Lösung zu finden.

Hier müssen alle zusammenhalten: die Fachkräfte, die Träger, die Eltern, die Politik. Wir alle müssen gemeinsam zusehen, dass wir tatsächlich für Entlastung für die überarbeiteten Fachkräfte und Eltern und Familien sorgen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Das können helfende Hände in den Kitas sein, eine Ausweitung des Quereinstiegs, mehr Programme wie für den Einstieg für arbeitssuchende Frauen, eine FSJ- und Bundesfreiwilligenoffensive.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Da können wir noch sehr viel mehr junge Menschen in diesen Bereich bringen, von dem ja vielleicht dann auch manche entdecken, Mensch, das ist eigentlich ein ganz schöner Beruf, damit will ich vielleicht gern weitermachen.

Wir brauchen mehr niedrighschwellige Angebote. Ja, es ist etwas geschaffen worden, aber nicht genug, bei Weitem nicht genug. Auch das kann das System entlasten, wenn wir Menschen ein niedrighschwelliges Angebot für ihre Kinder machen können, die vielleicht gar keinen vollen Kitaplatz brauchen. Die können dann so ein Angebot wahrnehmen, der Kitaplatz kann von anderen wahrgenommen werden. Da muss einfach noch mehr passieren. Das heißt, wir müssen zum Beispiel auch nachdenken über Platzsharing, über Teilzeitkitaplätze und so weiter,

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Genau! Ja, da sind wir uns doch einig!)

über Großtagespflegestellen, das sind ja auch alles Ideen, die diskutiert werden.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Die sind nicht neu!)

Genau! Frau Krümpfer sagt gerade, die sind nicht neu, die sind auch schon hervorgebracht worden.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Man muss doch Träger finden, die das machen! – Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Ich rede jetzt erst einmal trotzdem weiter, vielleicht können die Kolleginnen sich nachher noch einmal auf einen Kaffee treffen

(Zuruf: Einen Tee!)

oder einen Tee, das ist auch wunderbar. Tee ist auch in Ordnung! Auf jeden Fall, es gibt Optionen. Es gibt Optionen, und wir müssen aktuell einfach einmal dazu kommen, dass wir sagen, ja, natürlich wollen wir Fachkräfte in den Kitas, aber wir wollen auch nicht, dass das System zusammenbricht. Wir müssen Entlastung schaffen, wir müssen mehr Menschen in die Kitas bringen, damit es jetzt weiter funktioniert. Ich würde sagen, wir brauchen im Grunde eine Art Kitakonsens. Wir müssen jetzt eine Zeit lang etwas anders machen, um danach gut aufgestellt zu sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Zu dem Thema gut aufgestellt sein: Liebe Frau Krümpfer, da hilft es doch nicht, sich hierhinzustellen und zu sagen, ihr Grünen, eure Senatorin ist schuld,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe eine Frage gestellt!)

genauso, wie es nicht weiterhelfen würde, wenn ich mich jetzt hierhinsetze und sage, SPD, eure Senatorin ist schuld. Das hilft doch alles nicht weiter.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

In dieser Situation hilft zusammenstehen und anpacken. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand die Aktuelle Stunde ehrlich gesagt auch recht dünn begründet, das merkt man jetzt auch in der Debatte. Das, was in der Begründung zu der Aktuellen Stunde steht, hat hier eigentlich kaum eine Rolle gespielt, nämlich die Frage: Was machen wir eigentlich mit den 564 Räumen, die jetzt leer stehen? Können die irgendwie anderweitig bespielt werden? Da muss man sich dann schon auch ins Detail begeben

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Man muss es lesen!)

und ins Klein-Klein, um auch Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zu finden.

Liebe Frau Ahrens, ich finde trotzdem, dass Sie recht haben. Klar haben Sie recht: Das ist eine absolute Misere, die auf Kosten der Kinder und der Frauen und insbesondere der Mütter geht und quasi auf deren Schultern ausgetragen wird, wenn Kinder insbesondere in den armen Stadtteilen keinen Kitaplatz finden. Das ist ein gleichstellungspolitisches Rollback, wenn Mütter zu Hause bleiben müssen, weil sie keinen Platz für ihr Kind bekommen haben.

(Beifall DIE LINKE, CDU, FDP)

Natürlich ist das eine Misere! Natürlich ist das eine Misere, und die ist leider nach wie vor aktuell, und deswegen finde ich es auch in Ordnung, eine Aktuelle Stunde dazu zu beantragen.

(Beifall CDU)

Ich möchte aber den Punkt meiner Vorrednerin noch einmal starkmachen. Mein ganz starker Eindruck ist, dass hier gerade verschiedene Dinge so ein bisschen vermischt werden. In der aktuellen Debatte spielen ja ganz verschiedene Parameter eine Rolle, und ich finde, wir müssen sie sauber auseinanderhalten, denn sonst ist diese Debatte nicht produktiv, sondern einfach nur ein Mischmasch, wo hinterher keiner weiß, was ist jetzt eigentlich die Konsequenz daraus.

Zum einen geht es um den Parameter der Kinder der Alterskohorte zwischen null und sechs oder jetzt neu zwischen null und bis zu sieben Jahren. Dann geht es darum, wie groß ist eigentlich der Anteil dieser Alterskohorte, die einen Kitaplatz haben. Dann geht es darum, wie groß ist der Anteil von ihnen, die gegebenenfalls keinen Kitaplatz haben – in Klammern, die ihn vielleicht aber auch noch nicht aktiv nachgefragt haben –, dann geht es darum, wie groß ist eigentlich die Unterversorgung der Kinder, die sich aktiv für einen Kitaplatz angemeldet haben, und dann geht es darum, wie viele Kitaräume stehen eigentlich leer, oder wie viele Plätze können nicht realisiert werden, obwohl die Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, weil die nötigen Fachkräfte dafür nicht zur Verfügung stehen. Letzteres haben Sie für Ihre Aktuelle Stunde als Begründung angebracht, das wurde schon gesagt.

Damit ist Bremen nicht allein. Bundesweit – das hat der Paritätische Bundesverband ja gesagt, ich glaube, die Kollegin Frau Bergmann hat das hier erwähnt – steht jede zweite Kita leer, weil das nötige Fachpersonal nicht zur Verfügung steht. Da sind wir ja bei des Pudels Kern: Die Nummer eins als Ausbaubremse – und das haben wir hier auch wirklich schon zur Genüge gesagt, das ist hinlänglich bekannt – ist der eklatante Fachkräftemangel.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass eben die Frage, wie viele Krippen- und Kitaplätze für Kinder unter sieben, die noch nicht in der Grundschule sind, zur Verfügung stehen, und die Frage, wie viele der angemeldeten Kinder keinen Kitaplatz bekommen haben, zwei unterschiedliche Fragen sind. Das müssen wir, wie gesagt, sauber

auseinanderhalten. Das sind rechtlich gesehen zwei Paar Schuhe, und es sind auch, was die Kita-Ausbauplanung angeht, zwei Paar Schuhe. Bei den einen geht es um die Gewährleistung des individuellen, im SGB VIII festgeschriebenen Rechtsanspruchs, den jedes Kind individuell hat, und bei dem anderen geht es um die Versorgungszielquoten, die sich bei uns in der mittelfristigen Ausbauplanung niederschlagen. Mein ganz starker Eindruck ist, wie gesagt, hier geraten gerade Dinge durcheinander, die vielleicht nicht durcheinander gehören. Es gibt Querverbindungen zwischen diesen beiden Fragen, aber wir müssen das auseinanderhalten, denn es sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe.

Wenn natürlich – und da komme ich zu einer Querverbindung – die sechs- bis siebenjährigen Kinder vermehrt in den Kitas bleiben, dann besetzen sie natürlich Elementarplätze, die dann nicht durch das Hineinwachsen der Kinder, die die Krippe verlassen und in die Elementargruppe kommen, diese Plätze brauchen und nachfragen –. Insofern gibt es eine Querverbindung, aber hier möchte ich noch einmal sehr dafür plädieren, dass wir uns die Mühe machen, eine Ursachenanalyse zu betreiben: Warum bleiben denn die sechsjährigen Kinder länger in der Kita und gehen nicht in die Grundschule? Ich habe eine Erklärung gehört, und die lautet, Corona.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Ja, das wird genannt aus dem Kitabereich, dass eine Ursache sein kann, dass durch die coronabedingten Lockdowns und das, was sozusagen an Betreuung und an Förderungen nicht gewährleistet werden konnte, die Eltern das Gefühl und den Eindruck haben – vielleicht auch die Erzieherinnen –, dass die Kinder etwas nachzuholen haben und man ihnen dieses Jahr noch gönnt. Wenn das die Ursache ist, dann ist das vielleicht eine vorübergehende Ursache, und dann muss man schauen, wie entwickelt sich das weiter.

Was ich sagen möchte, ist, wir brauchen valide Zahlen, wir brauchen eine fundierte Zahlenanalyse, und wir brauchen eine valide Ursachenanalyse, die erklärt, warum Dinge so sind, und die daraus plausiblen Schlüsse zieht. Ansonsten machen wir doch hier Politik aufgrund von Zeitungsberichten. Ehrlich gesagt, das ist nicht mein Stil, ich möchte, dass wir Politik mit Hand und Fuß und einer validen Ursachenanalyse machen, und dann können wir sagen, was schließen wir daraus.

(Beifall DIE LINKE – Zurufe Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU] – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Ich möchte noch einmal auf die Ausgangslage zu sprechen kommen, und das ist keine Entschuldigung, das ist auch keine Rechtfertigung geschweige denn ein Schönreden der aktuellen Lage, ich habe ja schon gesagt, was ich davon halte. Ich möchte aber noch einmal auf die Ausgangslage zu sprechen kommen! Es wurden in den letzten fünf Jahren 5 000 zusätzliche Plätze geschaffen, davon sind zurzeit knapp 600 unbesetzt, weil das Personal fehlt. Es gibt aber auch ungefähr 6 000 mehr Kinder, die einen Kitaplatz aktiv nachfragen und ihren Rechtsanspruch in Anspruch nehmen möchten.

Man kann sich also fragen: Wurde etwas verschlafen? Ich glaube, dass eine valide mittelfristige Ausbauplanung wichtig ist, denn auch das wurde ja gesagt: Es ist klar, wenn ein Kind geboren wird, wird es in einem Jahr eins und in drei Jahren drei und so weiter, und dann ist natürlich nicht mehr genug Vorlauf, um, wenn das Kind geboren ist, die Trägervergabe zu machen, sondern man muss eben vorausschauend planen, und das ist eben diese mittelfristige Ausbauplanung.

Ja, es sind Fehler gemacht worden, weil wir zum Beispiel davon ausgegangen sind, dass die demografische Entwicklung erneut von sinkenden Kinderzahlen ausgeht. Das war ein Fehler, das muss man heute sagen, denn wir wissen, dass es Zuzüge gibt, wir wissen, dass es eine bestimmte Geburtenentwicklung gibt, wir wissen, dass immer wieder weitere Kinder nach Bremen ziehen – das ist auch jetzt der Fall – und dass somit auch die Nachfrage und somit auch die Rechtsansprüche und auch die Ausbauplanung angepasst werden müssen. Ja, das ist ein Fehler gewesen, und den gestehe ich ein.

Wenn Geflüchtete aus der Ukraine alle in Bremen gemeldet sind – das ist ja noch gar nicht der Fall – und wenn dann auch noch mehr als die 160, die im Anmeldesystem darin sind, ihren Rechtsanspruch in Anspruch nehmen wollen und alle anderen Kinder, die das jetzt schon tun, dann wird natürlich die Unterversorgung noch einmal steigen. Ich möchte ganz klar sagen, ich bin nicht auf der Schuldebene, und deswegen möchte ich auch nicht von Schuld sprechen, aber es ist ganz klar nicht die Verantwortung der Familien aus der Ukraine, dass jetzt die Unterversorgung steigt, sondern die steigende Nachfrage und der steigende Bedarf stoßen auf einen ohnehin systemischen Mangel, dem wir zurzeit immer noch nur hinterherlaufen können. Diesen

Mangel, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir doch alle – und ich glaube, das kann man wirklich für alle Fraktionen, für alle demokratischen Parteien in dieser Bremischen Bürgerschaft sagen – mit aller Kraft beheben.

Liebe Frau Ahrens, niemand findet sich damit ab, und ich finde es auch ehrlich gesagt etwas unfair, das zu unterstellen, dass sich irgendwer damit abfinden würde. Nein, wir versuchen mit aller Kraft und mit allen Mitteln, diesen Missstand zu beseitigen, und wir sind auch bereit, da links und rechts zu schauen. Auch die Senatorin macht das, aber wie ich ja vorhin schon gesagt habe, es wurden fast 6 000 Plätze geschaffen, aber es gab auch 6 000 mehr Anmeldungen. Also, wir laufen dieser Entwicklung hinterher, und allein im Vergleich zum letzten Jahr gab es 850 mehr Anmeldungen. Da sind nicht einmal alle Kinder dabei, die jetzt zusätzlich in Bremen leben und die sich möglicherweise noch unterjährig anmelden können, darauf ist die Kollegin Frau Dr. Eschen eingegangen.

Deswegen ist es zutreffend, was Sie schreiben: Ja, wir können den Rechtsanspruch leider nicht für 1 013 Kinder gewährleisten, das sind 1 013 zu viel, die zum laufenden Kitajahr angemeldet wurden, und voraussichtlich werden es zum nächsten Kitajahr noch mehr werden. Da rechnen wir mit 1 300 bis 1 400 beziehungsweise möglicherweise plus x Kinder, die ihren Rechtsanspruch von der Stadtgemeinde nicht gewährleistet bekommen können. Das ist ein eklatanter Missstand, und die Frage ist: Was macht man dagegen?

Ich habe Ihnen lange zugehört, was es eigentlich für Vorschläge gibt. Ich bin ja immer dafür, dann auch konkret zu werden. In der Analyse, was das für die Familien bedeutet, sind wir uns ja alle einig. Ich finde es auch okay, den Finger in die Wunde zu legen, ich finde es völlig in Ordnung, solche Missstände zu belegen, dann erwarte ich aber auch Antworten, und auch die Antworten, die Sie am Ende Ihrer Rede gegeben haben, werden diesen Rechtsanspruch nicht gewährleisten, selbst, wenn wir alles davon umsetzen. Das wird ihn schon klar sein, oder?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber es ist ein Weg!)

Selbst mit den Vorschlägen, die Sie gemacht haben, werden nicht alle Kinder versorgt werden,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber das ist Ihr Versäumnis!)

die aktiv ihren Rechtsanspruch in der Stadtgemeinde in Anspruch nehmen wollen, und dann gibt es ja auch noch die, für die wir eine Zielausbauplanung haben.

Ja, wir haben ein Problem, aber ich glaube, wir haben gemeinsam ein Problem. Das ist nicht ein Problem des Senats, der rot-grün-roten Koalition,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber Sie regieren!)

es ist erstens ein Problem der Kinder und der Familien, das auf jeden Fall, und dann, glaube ich, sind wir alle hier gemeinsam in der Pflicht, auch konstruktiv nach Lösungen zu suchen, gern auch gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Ich nehme jederzeit gern konstruktive Vorschläge an, die Abhilfe schaffen, und vielleicht muss man da auch auf einen ganzen Blumenstrauß setzen, ich werde dazu gleich auch noch etwas sagen, ich glaube, in meinem zweiten Redebeitrag. Ich glaube, wir sind da alle gemeinsam in einer Situation, wo wir schauen müssen, was wir machen können.

Ich möchte zum Abschluss tatsächlich noch ein paar Vorschläge machen, weil ich glaube, als Regierungsfraktion ist man da auch in der Verantwortung, auch konkrete Vorschläge zu machen. Die Senatorin hat das jetzt gemacht mit der Kindertagespflege, das finde ich auch in Ordnung, wenn dort sozusagen auch berufsbegleitend weiterqualifiziert wird. Wir, DIE LINKE, haben das Modell der angestellten Kindertagespflege vorgeschlagen, die jetzt auch gestartet ist. Ich kann mir vorstellen, dass wir da tatsächlich auch noch eine Schippe drauflegen und weitere Standorte eröffnen.

Ich kann mir auch vorstellen, dass wir die Quereinsteige von Menschen mit ausländischen pädagogischen Abschlüssen auch noch einmal erleichtern, denn da passiert zurzeit noch nicht besonders viel. Es gibt aber Menschen aus dem EU-Ausland, und da frage ich mich auch manchmal: Was hat Bologna eigentlich gebracht, wenn wir den pädagogischen Uniabschluss aus Spanien nicht als Uniabschluss anerkennen,

(Beifall DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

sondern die Pädagoginnen mit akademischem Masterabschluss in Deutschland auf fpA-Niveau einstellen? Dann ist hier irgendetwas mit Bologna falsch gelaufen. Dann muss man doch einmal schauen, wie man diese akademischen Abschlüsse

aus dem EU-Ausland so anerkennt, dass die entsprechenden Fachkräfte auch ihrer Qualifikation entsprechend angestellt werden können. Ich glaube, da ist noch ganz deutlich Luft nach oben.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, wir können und sollten auch darüber sprechen – und das tut weh, weil es so ein bisschen die Decke nur verschiebt und nicht insgesamt vergrößert, aber wir werden darüber sprechen müssen –, ob U3-Gruppen in Ü3-Gruppen umgewandelt werden können, denn der Mangel ist zurzeit vor allem im Elementarbereich bei den Drei- bis Sechsbeziehungsweise Siebenjährigen, er wird jetzt noch vergrößert durch die Kinder, die nicht in die Grundschule gehen. Insofern, glaube ich, ist es am Ende eine Abwägung, und das ist eine schmerzhaft Abwägung, weil man irgendwo etwas schafft und es dem anderen wegnehmen muss, aber ich glaube, wenn man sich entscheiden muss, gehen die Kinder, die demnächst nach dieser Bildungsinstitution/nach dieser Gruppe in die Schule kommen, in eine Kita oder bekommt ein einjähriges Kind einen Kitaplatz, dann entscheide ich mich für das ältere Kind, das als Nächstes in die Schule geht.

(Beifall DIE LINKE, CDU – Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Wie gesagt, all das verschiebt die Decke nur, und ich glaube, wir müssen zusehen, dass wir die Decke vergrößern, und das heißt als Allererstes –. Da finde ich auch diesen Investorengipfel jetzt, was auch immer da jetzt im Gespräch ist, das geht ja ein bisschen am Problem vorbei. Uns mangelt es ja nicht an Bauinvestoren, uns mangelt es an Fachkräften. Das ist das Allerallererste, und da müssen wir die Decke vergrößern,

(Beifall DIE LINKE)

und diese Decke können wir vergrößern, indem wir der Ausbildung einen Booster verpassen.

Wir haben doch im Moment die Situation, dass bei PiA, der Praxisintegrierten Ausbildung, die de facto eine quasi duale Ausbildung ist und gut bezahlt und gut vergütet wird dank des Tarifabschlusses mit ver.di, bei den privaten Fachschulen die Leute Schlange stehen

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Genau!)

und quasi die Ibs überrollen und abgelehnt werden müssen, während die öffentlichen Fachschulplätze nicht voll besetzt werden können.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ja!)

Das ist doch paradox! Also müssen wir uns doch fragen – und ich glaube, bei dieser Frage darf es nicht am Geld scheitern –: Wie können wir PiA für alle einführen, damit die Ausbildung attraktiver wird?

(Beifall DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, es wäre gut, wenn es PiA für alle gibt, auch an den öffentlichen Fachschulen. Das sind nur ein paar der Vorschläge,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber gute!)

die wir zurzeit erarbeiten.

Wir, DIE LINKE, sind gerade dabei, gemeinsam auch mit unserem Landesverband, denn diese Verantwortung möchten wir auch übernehmen, wir sagen nicht, Ressort, mach einmal,

(Glocke)

sondern auch wir sind da gefragt, tatsächlich konkrete, umsetzbare, aber auch, ich sage einmal, tragbare und nachhaltige Lösungen zu finden, denn jetzt einfach die Qualität verschlechtern ist ehrlich gesagt nicht mein Angang, sondern wir müssen zusehen, dass die Fachkräfte auch durchhalten, dass für alle gangbare Lösungen gemacht werden, und wir erarbeiten da gerade ein Positionspapier. Wir werden uns weiter aktiv mit konkreten Vorschlägen in diese Debatte einbringen. – Vielen Dank, ich freue mich auf eine weitere konstruktive Diskussion!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bewegt sich was. Ich muss sagen, eigentlich habe ich dieses Thema und die Debatten zu diesem Thema ein bisschen satt, aber heute freut es mich tatsächlich, weil ich merke, es bewegt sich tatsächlich was. Ich mag das noch einmal ganz bewusst sagen, auch in

Richtung hier und auch bei Frau Krümpfer, da ist einfach eine Menge, glaube ich, tatsächlich in Bewegung. Noch vor einem Jahr habe ich von ganz anderen Zahlen gesprochen und habe das hier so was von um die Ohren bekommen, heute spricht Frau Krümpfer zum Beispiel von ehrlichen Zahlen. Ich drehe das jetzt einmal nicht um.

Es geht auch nicht um blamen von irgendwelchen Personen oder Senatoren oder so, also ob grün oder links, aber inhaltliche Dinge müssen wir natürlich benennen, damit wir es besser machen können, und an den massiven Klagen in der Vergangenheit in Bezug auf die Baubehörde, Stichwort Genehmigungen, kommen wir nicht vorbei, die waren einfach so.

Der Personalbedarf ist der aktuelle Flaschenhals der frühkindlichen Bildung, das haben wir, glaube ich, alle gemeinsam konstatiert, und eine wesentliche und entscheidende Maßnahme, um dem akuten Personalmangel zu begegnen, ist natürlich eine attraktive und gute Ausbildung. Da ist tatsächlich in den letzten Jahren Bewegung hineingekommen. Die Koalition hat es aufgezählt, auch im Detail, das wiederhole ich nicht.

Wenn wir ausbilden wollen, dann brauchen wir aber auch in den Einrichtungen gute Anleitungen, die die Ausbildung in der Praxis begleiten, und das ist eine Langzeitinvestition in Personal, ohne das wir langfristig nicht auskommen. Eine Fachberaterin aus Bremen hat kritisiert, sie hat gesagt, es gibt so viele vielfältige Angebote zur Qualifizierung von Personal, aber die müssen auch bedarfsorientiert in der Praxis begleitet werden können, und ich ergänze einmal, denn sonst sind die Azubis nämlich so überfordert, dass sie dann danach auch wieder weg sind und die Einrichtungen wieder ohne dastehen. Das heißt doch, dass wir sicherstellen müssen, dass wir dann wiederum auch genügend Ausbildungsmöglichkeiten für diese Ausbildungsanleitungen haben, und zwar für alle Einrichtungen.

(Beifall FDP)

Da sollten auch alle Einrichtungen ausbilden können und nicht, wie jetzt im Moment, erst ein Jahr nach der Eröffnung.

Wenn wir selbst nicht genügend Qualifizierungsmaßnahmen haben, wo wir sie ausbilden oder fördern können, dann müssen wir sie entweder schaffen, oder wir müssen über die Grenze schauen. In Niedersachsen gibt es da zum Beispiel spannende

Qualifizierungsmodelle. Wir müssen sehen, ob man das hier anerkennen kann.

Die Themen Training on the Job, berufsbegleitende Weiterqualifizierung, modulartig aufgebaute Qualifizierungsbausteine für Langzeitarbeitslose, Quereinsteiger und Co., die natürlich bis zum Berufsabschluss führen müssen, praxisintegrierte Ausbildungen, diese Wege der permanenten Qualifikation müssen wir dringend weitergehen, und dabei brauchen wir auch endlich passgenaue Wege, um – ich habe das auch mit Freude gehört! – auswärtige pädagogische Berufe anzuerkennen, sie schnell zu integrieren, beziehungsweise da, wo nötig, noch passgenau zugeschnittene kleine und schnelle Qualifizierungsmodule zu ergänzen, und da liegt, glaube ich, vor uns ein weites Feld, sinnvoll Abhilfe im Personalnotstand zu schaffen.

(Beifall FDP)

Damit es gelingt – da bin ich auch dankbar für den Einwurf von Frau Eschen –, glaube ich, müssen da auch Land und Bund enger zusammenarbeiten, aber dafür fehlt auch noch einmal hier jemand auf der Bank, und zwar sind hier auch Wirtschaft und Arbeit gefragt, praktikable Anerkennungssysteme auswärtiger Abschlüsse zu schaffen. Auch das ist ein Thema, das vorwärtsgehen muss.

(Beifall FDP)

Trotz all dieser Sachen müssen wir uns eines vor Augen halten, nämlich mindestens bis 2030 werden uns nach Rechnung der Bertelsmann Stiftung Fachkräfte fehlen. Sie sind nicht da, und wir können sie nicht backen, es wird dauern. Das ist einfach eine Realität und eine Tatsache. Wir müssen uns also mit dem Gedanken anfreunden, frühkindliche Bildung auch unter Mangelbedingungen für einen Zeitraum aufrechtzuerhalten, denn was ist die Alternative? Dass 4 000 Kinder ganz von frühkindlicher Bildung auszuschließen sind, und das in unserer Stadt, wo wir in der letzten Bürgerschaft die sozialen Lebenslagen debattiert haben? Wir Freien Demokraten wollen das nicht, und ich gehe davon aus, Sie alle eigentlich auch nicht.

(Glocke)

Deswegen kommt ganz logisch die Frage des Personalmixes auf den Tisch: Wie können wir bestehende Teams mit anderen Menschen und Professionen ergänzen und entlasten, um möglichst vielen Kindern Betreuung anzubieten? Dass wir alle uns etwas anderes wünschen, steht außer Frage, und

dass die Zielperspektive auch eine andere bleiben muss, die wir im Auge behalten müssen, auch das ist klar, aber im Moment stecken wir wirklich in einer Krise, aus der wir uns nur langsam herausarbeiten können,

(Glocke)

und ich meine, arbeiten müssen alle, die in dieser Stadt Entscheidungen treffen können, für unsere Kinder. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gegenstand der Aktuellen Stunde heute sind die bebauten, aber leider leer stehenden gut eingerichteten Kitaräume, die nicht etwa deshalb leer stehen, weil nicht genügend Kinder einen Betreuungsplatz suchen, sondern weil wir nicht genügend Fachkräfte haben, um diese Räume in Betrieb zu nehmen. Dass das eine Misere ist und dass wir damit absolut nicht zufrieden sein können, ist unbestritten, darüber sehe ich hier im Haus einen großen Konsens. Das sehe ich, das sieht der Senat natürlich genauso.

Es ist auch schon deutlich geworden, dass diese Situation beim Fachkräftemangel im Bereich frühkindlicher Kinderbetreuung und Bildung kein bremenspezifisches Phänomen ist, sondern in der ganzen Bundesrepublik und da ganz besonders in den Großstädten zu beobachten ist, die ganz aktuelle Studie des Paritätischen ist hier ja auch schon erwähnt worden.

Das ganze Bündel an Ursachen dafür ist hier zum Teil schon benannt worden, es ist nachzulesen, die will ich jetzt nicht alle im Einzelnen referieren, aber natürlich hat das auch etwas damit zu tun, dass in der vergangenen Dekade überall in ganz vielen Kommunen ein riesiges Ausbauprogramm im Bereich der Kindertagesbetreuung erfolgt ist und wir auch in Bremen in den vergangenen Jahren ein solches Programm durchgezogen haben.

Wie immer man darüber denkt, ob das ausreicht oder nicht, ich habe da ja sehr deutlich gemacht, dass das bei Weitem noch nicht ausreicht. Vielleicht bei der Gelegenheit: Ich bin immer sehr dafür

und gehöre selbst auch nicht zu denjenigen, die im Nachhinein vorher schon immer alles besser gewusst haben – es geht ja darum, jetzt mit der Situation umzugehen –, aber dass wir in diesem Bereich seit 2015 Riesenschritte gemacht haben, ist doch überhaupt nicht zu bestreiten. Noch nie sind in so kurzer Zeit so viele Kitaplätze entstanden wie in den Jahren seit 2015, und das gerade auch in den Quartieren, wo die Kinder vor besonders großen Herausforderungen stehen. Liebe Frau Bergmann, das geht nicht im Schlaf, deswegen würde ich sagen, das haben wir nicht verschlafen.

(Beifall SPD)

Natürlich sind wir darauf auch stolz, liebe Frau Ahrens, darauf wären Sie auch stolz, das geschafft zu haben, aber das heißt doch nicht, dass wir selbstzufrieden sind, dass wir jetzt sagen, wir können die Hände in den Schoß legen. Im Gegenteil, das ist Ansporn für uns, auf dem Weg weiterzumachen. Weitergemacht werden muss natürlich auch beim Bau zusätzlicher Räume, auch wenn er das Fachkräfteproblem erst einmal nicht verkleinert, auch nicht vergrößert, aber jedenfalls deutlicher zutage treten lässt.

Im Hinblick auf die Fachkräfte ist hier in der Debatte schon viel zur Verbesserung und Ausweitung der Ausbildung gesagt worden. Da schließe ich mich an, wir brauchen davon mehr, wir brauchen das praxisnäher, und vor allen Dingen brauchen wir es auch attraktiver. Da haben wir schon viel gemacht, aber da müssen wir noch viel mehr machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn wir aber hinsichtlich des Fachkräftemangels über kurzfristige Lösungen nachdenken und nachdenken müssen, weil die Kinder jetzt da sind, dann helfen diese Überlegungen, die alle richtig sind, im Hinblick auf Ausbildung grundlegend reformieren und ausweiten aber erst in der mittelfristigen Perspektive, und deshalb sind wir gezwungen, über die Frage, auch anderes Personal in unseren Kitas einzusetzen, sehr ernsthaft nicht nur nachzudenken, sondern ganz konkret mit unseren Partnern von den Trägern der Kindertagesbetreuung und natürlich auch mit den betrieblichen Interessenvertretungen und den Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten.

(Beifall FDP)

Diese Verhandlungen hat der Senat sowohl den Trägern als auch den Beschäftigten angeboten,

und natürlich weiß ich auch, wenn wir verhandeln wollen, dass wir nicht nur etwas wollen können, sondern auch etwas bieten müssen. Da müssen wir eben auch darüber sprechen, wie wir die Bedingungen bei den Trägern und den Beschäftigten verbessern können. Als ein Beispiel will ich hier einmal sagen, dass es seit 2013 keine Anpassung bei den Sachkosten gegeben hat. Das ist ein nicht hinzunehmender Zustand.

(Beifall SPD, DIE LINKE, FDP)

Ich sage Ihnen hier, da werde ich herangehen, und zwar nicht erst mit den nächsten Haushaltsberatungen, sondern jetzt im laufenden Haushalt. Das ist ein Kraftakt in einem laufenden Haushalt, aber in meinem Haus wird mit Hochdruck an einer Lösung gearbeitet, und diese Lösung werde ich/werden wir unseren Partnern im Bereich der Kindertagesbetreuung anbieten, und zwar ohne Vorbedingungen. Das muss von uns jetzt schnell vorab gemacht werden.

(Beifall SPD, FDP)

Unser langfristiges Ziel ist völlig klar: Wir wollen für alle Kinder und für jedes einzelne Kind in unserer Stadt gute und qualitativ hochwertige frühkindliche Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen, wir wollen für jedes Kind einen Platz haben, und an der Stelle möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen: Der Rechtsanspruch ist für mich ein Versprechen an die Kinder. Wir wollen, dass alle Kinder optimal auf das weitere Leben vorbereitet werden, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, vom Wohnort oder der Herkunft. Da ist es nicht hinzunehmen, dass viele Kinder keine Betreuung bekommen, da müssen wir viele Maßnahmen ergreifen, die eben auch kurzfristig wirken.

Kern ist es, einerseits zusätzliches Personal zu gewinnen, das in unseren Kitas für die Kinder und mit den Kindern arbeiten kann, und natürlich kommt es auch darauf an, massiv zusätzliche Räume zu schaffen, in denen unsere frühkindlichen Bildungsangebote realisiert werden können; das schnell, unkompliziert und – das will ich an der Stelle auch sagen – mit Unterstützung des gesamten Senats und vor allem auch aller in der Senatskommission „Schul- und Kitabau“ vertretenen Ressorts, insbesondere auch der Kollegin Frau Dr. Schaefer.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das will ich an dieser Stelle auch noch einmal deutlich sagen, dass diese Unterstützung da ist und dass wir da zusammen gemeinsam vorangehen.

Wir wollen auch Zwischenlösungen angehen, Möglichkeiten schaffen unterhalb von Angeboten, die den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz erfüllen, Angebote schaffen, damit Kinder, bevor sie in die Schule kommen, die Gelegenheit haben, Gruppenerfahrungen zu sammeln, mit anderen Kindern zusammen zu sein, zu erleben, wie es ist, gemeinsam eine Mahlzeit einzunehmen, gemeinsam zu singen und auch einmal eine Schere zu halten und zu benutzen. Hier hat das Parlament dankenswerterweise in den Haushaltsberatungen noch einmal zusätzlich Vorsorge getroffen, und da bin ich mit meiner Behörde mit Hochdruck dabei, entsprechende Angebote zu realisieren.

Wir müssen aber im Hinblick auf die den Rechtsanspruch erfüllenden Angebote, wenn wir da über Personal reden, sowohl über zusätzliche Professionen/andere Berufe reden, aber wir müssen auch über die Menschen reden, die eine Qualifikation im pädagogischen Bereich haben, diese Qualifikation in einem anderen Land erworben haben und dort zum Teil auch schon länger mit Kindern pädagogisch gearbeitet haben. Da ist, das ist hier auch schon erwähnt worden, noch viel Luft nach oben, da kann noch viel gemacht werden. Da gibt es viele Menschen, viele Frauen, die gern arbeiten würden, die bei uns in den Krippen, in den Kitas, in den Spielhäusern, im gesamten Bereich der Kindertagesbetreuung richtig wichtig und wertvoll wären und für die es auch richtig gut wäre, in Arbeit zu kommen. Da wollen und werden wir die bürokratischen Beschränkungen und formalen Hürden beseitigen, damit wir da mehr Menschen gewinnen und auch in Arbeit bringen können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auch im Bereich der Kindertagespflege – auch das ist hier schon erwähnt worden – geht es darum, mehr Tagesmütter/Tagesväter dafür zu gewinnen, in der Betreuung unserer Kinder zu arbeiten, und natürlich weiß ich, dass das mit der Verbesserung der Bedingungen zu tun hat, unter denen sie arbeiten. Auch das ist etwas, wo wir rangehen, was wir umsetzen wollen, wo wir eine Offensive starten, um Menschen dafür zu gewinnen, und dazu gehört eben auch die Verbesserung der Bedingungen.

Unter dem Strich: Nein, es ist nicht befriedigend, dass Räume leer stehen, die optimal hergerichtet sind für die Kinderbetreuung und wo keine Kinder

betreut werden. Da müssen wir ran, da müssen wir auf die Träger zugehen, die für diese Räume gern Angebote machen wollen, den Rechtsanspruch erfüllende Angebote, aber durchaus auch Angebote im Bereich unterhalb des Rechtsanspruchs, wenn es vorher nicht geht, und natürlich geht es auch darum zu schauen, wer kann denn in diesen Räumen Angebote machen. Ja, wir werden auch weitere Räume schaffen müssen und schaffen.

Ich habe mich massiv dafür eingesetzt, auch unsere Planungszahlen nach oben zu korrigieren, Kinder bleiben länger in unseren Einrichtungen. Der Trend, so früh wie möglich die Bildungskarriere hinter sich zu bringen und so früh wie möglich in Erwerbstätigkeit zu sein, ist voll Neunzigerjahre. Das haben wir hinter uns gelassen. Der Trend geht eher dazu zu sagen, wir gönnen unseren Kindern die frühkindliche Bildung, und das zeigt ja auch noch einmal, welchen Stellenwert und welchen Wert die frühkindliche Bildung in dieser Frage hat. Das ist für Kinder durchaus das Richtige.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden unsere Planungen darauf einstellen, und deshalb werde ich schon bald – und zwar vor der Sommerpause – aktualisierte Planungszahlen für die Bedarfe in den Stadtteilen vorlegen. Da geht es darum, ungefähr 3 000 Kinder zusätzlich in die Berechnungen einzubeziehen und mit bisherigen Ausbauzielen und auch Angeboten abzugleichen. Da hilft es nicht, jetzt erst einmal alle möglichen Zahlen irgendwie wild zu addieren, sondern da braucht es eine aktualisierte fundierte Grundlage, auch wenn es natürlich nicht um abstrakte Versorgungsquoten geht, sondern es geht ganz konkret um in Bremen lebende Kinder, denen wir Angebote machen wollen.

Einigkeit besteht darüber, so viel ist hier in dieser Debatte auch deutlich geworden, dass wir mehr Fachkräfte brauchen und mehr Fachkräfte gewinnen müssen. Wir dürfen da in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, im Gegenteil, wir müssen unsere Anstrengungen verstärken. Klar ist aber auch, dass wir kurzfristig neue Wege gehen müssen. Wer da nicht bereit ist, diese neuen Wege zu gehen, der bleibt auf der Strecke. Wir müssen uns öffnen. Dazu wird es notwendig sein, ganz konkrete Verhandlungen zu führen mit unseren Partnern im Bereich der Kindertagesbetreuung, mit den Trägern, mit den Beschäftigtenvertretungen, mit den Gewerkschaften. Kinder nicht zu betreuen ist keine Alternative, kann keine Alternative sein. Unsere

Hand, meine Hand ist ausgestreckt für diese Verhandlungen, das ist der Weg, den ich gehen will.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ganz zum Schluss möchte ich noch einmal ganz ausdrücklich sagen, ich freue mich über die breite Unterstützung, die fraktionsübergreifende Unterstützung des Parlaments für diesen notwendigen riesigen Kraftakt. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

Kulturflächenentwicklungsprogramm auflegen: Kulturangebote quartiersnah etablieren, Ansiedlungsbedingungen von Kulturnutzungen verbessern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 24. Mai 2022 (Drucksache [20/704 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag zu Kulturflächen hat lange gebraucht, um das Licht der Welt zu erblicken, und dabei hat er dann auch irgendwann den ursprünglichen schönen Titel „Wir brauchen Bass“ verloren. Aber genau darum geht es: Kultur ist der Sound der Stadt. Wir, DIE LINKE, Grüne und SPD wollten, dass Kultur von Anfang an als fester Bestandteil bei der Stadtentwicklung mitgedacht wird. Warum wollen wir das? Weil Kultur eine zentrale Rolle in unserem gesellschaftlichen Leben spielt!

Kultur bietet Möglichkeiten, andere Menschen zwanglos zu treffen und kennenzulernen, sei es bei der Nacht der Bremer Museen oder beim Straßenkunstfestival La Strada oder einem Punkkonzert im Viertel. Kultur wirkt als Integrationsmotor und kann Sprachbarrieren überwinden durch eine ge-

meinsame neue Sprache im Tanz, in der Musik oder in der Kunst. Kultur kann auch Standortfaktor sein, wenn Menschen sich entscheiden, nach Bremen zu kommen, weil es hier bereits ein vielfältiges Kulturangebot gibt, von der Bremer Glocke bis hin zum Techno-Open-Air. Kultur kann neue Denkweisen oder Perspektivwechsel ermöglichen oder einfach nur glücklich machen. Wir erwarten viel von der Kultur, und wir gehen wie selbstverständlich davon aus, dass sie da ist.

Auf der anderen Seite wird Kultur bei der Stadtplanung nicht von vornherein ganz strukturell mitgedacht. Entsteht ein neues Quartier, ist völlig klar, dass neben Wohnraum und Unternehmensansiedlungen auch Kitas und Schulen mit eingeplant werden müssen, und das ist völlig richtig und notwendig. Zu einem lebenswerten Quartier gehören aber mehr als ein Supermarkt und eine Kita, es braucht auch Orte für den nachbarschaftlichen Austausch und für kulturelle Angebote.

Bremen hat bereits ein vielfältiges Kulturprogramm. Bremen legt bereits einen Schwerpunkt auf die freie Szene, und Bremen zeigt sich offen gegenüber neuen Initiativen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Trotzdem ist es aber für Kulturakteurinnen und -akteure, die nach Räumen suchen oder Freiflächen bespielen wollen, oft sehr schwer, diese Orte zu finden, weil sie eben nicht den höchsten Preis für einen Standort bieten können, sondern auf günstigere Konditionen angewiesen sind. Wenn ein Kollektiv oder ein Verein nach Räumen oder Freiflächen Ausschau hält, dann kann es schon mal Jahre dauern, bis ein geeigneter Ort gefunden wird, und nicht alle haben so viel Durchhaltevermögen wie beispielsweise das Zuckernetzwerk, das erst fast fünf Jahre nach Räumen suchen musste und dann noch weitere fünf Jahre brauchte, um einen Kaufvertrag unterschreiben zu können. Bis dann dort die erste Party stattfinden wird, wird eine Odyssee von deutlich mehr als zehn Jahren zu Ende gehen. Ich bin überzeugt, hier kann Bremen deutlich besser werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen nicht im Nachhinein schauen, welche freie Nische die Stadtplanung noch gelassen hat oder welcher Ort so unattraktiv ist, dass er nicht vermarktet werden kann, nein, wir wollen bestehende Kulturorte absichern und neue Orte für Kultur von Anfang an mitplanen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wollen, dass Kulturangebote in jedem Quartier vorhanden sind, und wir wollen, dass neue Kulturinitiativen eine Chance in Bremen bekommen und bei der Suche von Räumen und Flächen Unterstützung erhalten. Wir wollen, dass die jungen Leute nach dem Studium in Bremen bleiben und nicht nach Leipzig abwandern. Dafür müssen wir Kultur endlich von Anfang an in der Stadtentwicklung mitdenken. Mit konkreten Instrumenten wollen wir bestehende Kulturinitiativen schützen und neuen Initiativen die Möglichkeit geben, nicht in der Konkurrenz zum Gewerbe unterzugehen.

Wir fordern mit diesem Antrag den Senat auf, einen Kulturflächenentwicklungsplan aufzulegen, der die aktuellen Bedarfe für die kulturelle Nutzung absichert, aber auch in die Zukunft blickt, welche Bedarfe perspektivisch entstehen, und prüft, welche Flächen sich besonders für die kulturelle Nutzung eignen. Wir wollen die Konzeptvergabe bei Gebäuden und Flächen für Kultur stärken, damit sich nicht der Höchstbietende durchsetzt, sondern das beste Konzept. Die kulturelle Nutzung soll auch bei Zielvorgaben bei den Flächen von Immobilien in Bremen und der WFB eine Möglichkeit sein, und der Senat soll prüfen, ob es auch die Möglichkeit gibt, ein Förderprogramm für die kulturelle Nutzung von Anfang an bei einem Neubau festzusetzen.

Bevor es jetzt aber zu technisch wird, sage ich es noch einmal einfacher: Wir als Koalition wollen Bremen als kulturelle Stadt erhalten und ausbauen. Dazu brauchen wir nicht nur finanzielle Fördermittel im Kulturhaushalt, wir brauchen nicht nur kreative Köpfe in Bremen, wir brauchen auch Orte, Innenräume und Außengelände, für laute und für leise Kulturnutzung.

(Beifall DIE LINKE – Glocke)

Mit diesem Antrag erheben wir den Anspruch, dass sich hier richtig etwas bewegt, weil wir mehr Bass brauchen. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Elombo Bolayela.

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen als Koalition mit diesem Antrag die Ansiedlung von

Kulturnutzungen verbessern und die Kulturangebote quartiersnah etablieren. Bremen ist eine urbane Stadt und somit Wissenschafts-, Wirtschafts-, aber auch Kulturstandort. Kultur stellt einen wichtigen Baustein für die Attraktivität einer großen Stadt dar. Sie dient der Wirtschaft als Magnet für junge Fachkräfte und fördert darüber hinaus die kreative Wirtschaft. Kultur ist ein elementares Bindeglied für den sozialen Zusammenhalt, durch Kultur wird der gesellschaftliche Austausch angeregt. Ferner ist ein umfangreiches und abwechslungsreiches Kulturangebot für die Lebensqualität in jeder Stadt unerlässlich.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Viele kreative junge Menschen leben hier oder kommen zu uns und bringen ihre vielfältigen Talente, Ideen und Visionen mit. Dafür braucht es Räume. Bremen wächst, und somit müssen auch das Kulturangebot sowie die kulturelle Vielfalt wachsen. Aus diesem Grund möchten wir entsprechende Entfaltungsmöglichkeiten in Bremen unterstützen.

Momentan ist es häufig so, dass Kulturschaffende mit ihren kreativen Ideen an Zwischennutzungen oder andere limitierende Umstände gebunden sind. Aufgrund dessen haben sie keine langfristigen Perspektiven, um sich wirklich nachhaltig entfalten zu können. Deswegen hegen viele Kulturschaffende den Wunsch nach langfristigen Lösungen.

Durch das Wachstum Bremens auf begrenztem Raum wird die Suche der Kulturschaffenden nach geeigneten Orten zusätzlich erschwert. Unser Ziel ist, dass Bremen zu einer 10-Minuten-Stadt wird, und das gilt auch für kulturelle Angebote. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihren Quartieren in zehn Minuten von ihrem Wohnort aus solche Angebote vorfinden.

(Beifall SPD)

Mit dem Kulturflächenentwicklungsprogramm schaffen wir wichtige Grundlagen für eine flächendeckende prosperierende Kulturszene. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass wirklich alle Bremerinnen und Bremer von Vorteilen eines umfassenden Kulturangebots profitieren können. Daher wollen wir, dass die Flächen für Kultur ein fester Bestandteil der Stadtplanung und Stadtentwicklung werden, um den jungen kreativen Menschen hier vor Ort attraktive Perspektiven zu bieten.

Mit dem Zentrum für Kultur im Tabakquartier haben wir beispielsweise gerade einen Ort geschaffen, in welchem die Bremer Philharmoniker, das Boulevardtheater und eine Vielzahl von Künstlerinnen und Künstlern einen Platz gefunden und auf diese Weise den Stadtteil Woltmershausen enorm bereichert haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kultur/kulturelle Nutzungen sind divers und haben deshalb unterschiedliche Ansprüche und Anforderungen. Ein Kunstatelier, ein Musikklub, Probenräume oder eine Fläche für Open-Air-Veranstaltungen haben andere Anforderungen als bereits etablierte Kultureinrichtungen wie Bürgerhäuser oder Museen. Zudem bringen junge Menschen ein neues Verständnis von kulturellem Leben und Feiern mit. Daher ist vor allem der Bedarf der jungen Szene, der Klubkultur und der urbanen Experimente anders, als es sich die meisten von uns hier vorstellen können. Diese Formen sind weniger institutionalisiert und in anderer Weise strukturiert, und das ist auch gut so. Diese Umstände müssen im Rahmen der Kulturfächenentwicklung Berücksichtigung finden. Das Ganze muss durchdacht geplant werden, um Ärger und Konflikte mit der Nachbarschaft zu vermeiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, nach fast drei Jahren Pandemie wollen und müssen wir die kulturellen Akteure in Bremen mehr unterstützen. Neben der finanziellen Unterstützung wie bisher stellt die Kulturfächenentwicklung eine weitere Säule der Unterstützung dar. Wir wollen bessere Ansiedlungsbedingungen für Livespielstätten, Musikklubs sowie die soziokulturellen Zentren in allen Kategorien, gerade für die Wiederbelebung unserer Quartiere wollen wir mehr Kultur in den Stadtteilen etablieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Glocke)

Deshalb fordern wir den Senat unter anderem auf, insbesondere im Zuge des bestehenden Wandels in der Innenstadt frühzeitig neben Flächen für Wissenschaft und Wohnen auch an geeigneten Stellen Orte für laute kulturelle Nutzungen wie Livespielstätten, Musikklubs und Gastronomie vorzustellen und so auf eine attraktive sowie miteinander verträgliche Mischung in der Innenstadt, aber auch in weiteren Quartieren hinzuwirken. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Kai-Lena Wargalla.

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Mit diesem Antrag soll ein Meilenstein in der kulturellen Stadtentwicklung erreicht werden, nämlich dass Flächen, Orte, Räume für Kunst und Kultur von vornherein in Stadtentwicklungsprozessen mitgedacht und strukturell verankert werden: auf der Ebene der Bauleitplanung, in der Flächen- und Raumvergabe, durch ein Kulturfächenentwicklungsprogramm, durch eine Stärkung der Konzeptvergabe, durch ein Förderprogramm für kulturelle Flächen im Neubau, durch das Ermöglichen auch lauter Kultur in der Innenstadt und durch bessere Ansiedlungsbedingungen. Das alles ist eine konsequente Fortsetzung so etwas wie einer roten Linie, die wir seit Beginn der Legislaturperiode verfolgen unter der Prämisse „Kultur braucht Orte“.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das meint, wenn wir Kunst und Kultur in dieser Stadt haben wollen, dann müssen wir Platz schaffen, dann müssen wir ihr Raum geben, und zwar wortwörtlich.

Auch die Pandemie hat noch einmal schmerzlich gezeigt, wie wichtig Kulturorte für uns als Gesellschaft und als Gemeinschaft sind und dass sich eben künstlerische und kulturelle Prozesse nicht komplett oder einfach so ins Digitale übertragen lassen, weil sie eben auch soziale gesellschaftliche Funktionen und Bedürfnisse erfüllen, und dazu sind nur Kunst und Kultur in der Lage: Räume zu schaffen, Räume zu öffnen, soziale Räume zu kreieren, demokratische Räume, Räume des Miteinanders, der Auseinandersetzung und der Begegnung. Das Fundament einer Stadt besteht ja nicht nur aus Beton, es braucht Möglichkeitsräume, Experimentierräume, nachhaltiger Platz und nachhaltige Strukturen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

In der Vergangenheit waren das oft einzelne zähe Kämpfe – meine Kollegin hat es auch schon gesagt – um „Zucker“, um das Irgendwo, um die Komplette Palette, um den Güterbahnhof, jetzt aktuell um das Zentrum für Kollektivkultur, und da gibt es

noch viel mehr, und am Ende sind es oft Erfolgsmeldungen, aber diese Kämpfe sind einfach wahn-sinnig erschöpfend für alle Beteiligten und in erster Linie für die Kulturakteur:innen selbst, die sich ja eigentlich auf ihre künstlerischen und kulturellen Tätigkeiten fokussieren sollen, anstatt sich in Existenzkämpfen aufzureiben.

Wenn man den Fokus shiftet sozusagen von diesen Einzelkämpfen auf die Stadt- und Quartiersentwicklung, dann gibt es da zwar durchaus einzelne Bemühungen und Positivbeispiele – auch das haben wir gerade schon von meinem Kollegen gehört – wie das Zentrum für Kunst im Tabakquartier, total toll, aber das sind eben immer noch nur einzelne Lichter, da gibt es immer noch zu viel Schatten.

Die Überseestadt ist wahrscheinlich das beste Beispiel dafür, dass Räume für Kunst und Kultur, dass soziale Räume in der Planung im Grunde keine signifikante Rolle gespielt haben, and it shows, also man merkt es, und ich bin voll optimistisch, dass sich die Leute im Laufe der Zeit auch die Überseestadt zurückerobert werden. Das merkt und spürt man ja auch schon an vielen Ecken und Enden dort. Aber warum müssen wir es immer zurückerobert werden? Warum können Flächen, Orte, Gebäude, Räume, Freiräume für Kunst und Kultur nicht von Anfang an mitgedacht, mitentwickelt, eingeräumt werden?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Um das zu erreichen, drehen wir mit den Beschlusspunkten in diesem Antrag an vielen unterschiedlichen Stellschrauben, und das bettet sich am Ende auch konsequent ein in das, was wir hierfür schon auf den Weg gebracht haben wie das Agent-of-Change-Prinzip, die Anerkennung von Klubs als Kulturorten, die Förderung von Open-Air-Veranstaltungsflächen, den Schallschutzfonds, das Freiluftpartygesetz und so weiter.

Kunst und Kultur dürfen nicht länger immer nur eine „begründete Ausnahme“ in Einzelfällen sein. Flächen, Orte, Räume für Kunst und Kultur sind bisher in der Stadtentwicklung im Grunde nirgendwo explizit vorgesehen und haben es viel zu schwer, sich hier in Bremen anzusiedeln und zu bleiben, diese Stadt und unser Miteinander zu gestalten, und das wollen wir mit diesem Antrag grundsätzlich ändern. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bis eben wollten wir uns ja nur enthalten, aber Sie bringen uns den Gedanken nahe, Ihren Antrag vielleicht besser doch abzulehnen,

(Beifall CDU – Zurufe SPD)

wenn man sich so anhört, was Sie hier teilweise für ein Schmierentheater abziehen!

Der Vortrag zur 10-Minuten-Stadt, Herr Bolayela, war wirklich ein besonderes Highlight.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Was stört Sie denn daran, Kulturangebote in kürzester Zeit erreichen zu können? – Zurufe SPD)

Dass Sie das Parlament als parteipolitische Showbühne missbrauchen, das stört mich hier,

(Beifall CDU – Zurufe SPD)

denn was Sie hier hineinschreiben: Ich dachte, Sie regieren! Warum machen Sie es denn nicht einfach, meine Damen und Herren?

(Beifall CDU – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ah, ganz billig! Ganz billig!)

Ich könnte jetzt natürlich Herrn Bolayela mit einem früheren Werbespruch der CDU antworten, und das mache ich sogar, weil dieser Spruch einfach richtig ist: Einfach machen kann alles einfach machen.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Damit hatten Sie ja richtig Erfolg! – Zurufe SPD)

Ja, wir sind stärkste Fraktion geworden! Ich weiß, dieser Stachel sitzt immer noch tief, Herr Güngör!

(Zurufe SPD)

Es ist so!

Wir kommen zu Ihrem Papier zurück! Kultur muss sich Platz erkämpfen, Kultur ist in einer Nische. Gute Stadtentwicklungspolitik – das Bauressort ist jetzt nicht da! – eines guten Senats würde von vornherein auch Kultur mitdenken.

(Beifall CDU)

Wer stellt noch mal den Stadtentwicklungssenator, die Stadtentwicklungssenatorin?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Herr Bücking!)

Herr Bücking stellt sie, okay! Das Tabakquartier als Beispiel zu nehmen, ist vielleicht das schlechteste aller Beispiele, das Sie derzeit nehmen können. Sie wissen, dass die CDU verschiedenen Verträgen im Haushalts- und Finanzausschuss und in der Kulturdeputation nicht zugestimmt hat, denn so, wie Sie die Investoren da mit Geld pampern, ist es ja überhaupt kein Wunder, dass man sich darum reißt, mit Ihnen Verträge zu machen, denn mit öffentlichem Geld gehen Sie da nicht besonders sparsam um.

(Beifall CDU)

Das ist etwas, was Sie sich an anderer Stelle ja auch schon haben anhören müssen.

Es ist natürlich so, dass sich manchmal Flächen verändern. Das beste Beispiel will ich jetzt einmal nennen, wie eine gute Quartiersentwicklung in der Bremer Neustadt aussah: Da haben in dem Fall CDU-Kultursenatoren – es tut mir leid, Ihnen das so sagen zu müssen! – mit der Schwankhalle ein wirklich nachhaltiges Kulturzentrum etablieren und nicht als Fremdkörper irgendwo hineinquetschen können, das bis heute ein Leuchtturm der freien Szene ist.

(Beifall CDU)

Sie haben dort ein kulturelles Quartier gestärkt, das heute im Buntentorsteinweg seine Wirkung entfaltet hat.

Meine Damen und Herren, ich komme zu meiner Eingangsfrage zurück: Warum handeln Sie nicht einfach? Was ist das für ein Leitfaden durch diese Legislaturperiode, bestimmte Sachen, die reines Regierungshandeln sind, und Sie sind schließlich die den Senat tragenden Fraktionen –?

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das nennt sich Parlamentarismus! Das ist nicht so Ihr Thema!)

Ja, ich kenne Parlamentarismus, Herr Kollege Güngör! Es hat aber vielleicht eher etwas mit Klientelpolitik zu tun, ich zitiere noch einmal, was die Kollegin Frau Wargalla einmal in einem von mir hier schon mehrfach zitierten –.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Herr Güngör, ich weiß, getroffene Hunde jaulen, aber zuhören bitte!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Nein! – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die Kollegin Wargalla hat sich mehrfach in einem Videopodcast, den wir zusammen vor eineinhalb Jahren zum Tag der Klubkultur gemacht haben, darüber echauffiert und gesagt, wie sehr sie sich doch darüber aufregt, dass die Verwaltung beschlossene Anträge der Regierungsfractionen nicht umsetzt. Vielleicht liegt es daran, dass die Qualität dieser Anträge eher unterhalb parlamentarischen Niveaus ist.

Wie gesagt, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Sie entscheiden das allein, und nicht die Fraktion? – Heiterkeit SPD)

Die weitere Debatte wird gleich darüber entscheiden, ob wir uns enthalten oder doch noch ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD])

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Lencke Wischhusen.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es mir erst einmal angehört. Ich habe das durchgelesen, und ich sage ganz ehrlich, zuerst habe ich gedacht, na ja, das kann man sich mal angucken, kann man ja einmal drüber nachdenken. Dann habe ich das Ganze noch einmal durchgelesen, und dann habe ich gedacht: Was wollen Sie da eigentlich ganz genau? Sie wollen eigentlich einen Wettbewerb um Raum eintreten. Sie wollen die Kultur fördern. Dann habe ich mir gedacht, Kulturförderung, da haben Sie uns als FDP übrigens oft an der Seite.

Frau Wargalla, Sie haben eben das Thema „Zucker“ angesprochen. Wir haben damals dort auch zugestimmt. Wir haben letztens den gemeinsamen Antrag im Bereich Kultur gemacht. Es ist ja nicht so, dass wir hier so kritisch wären, sondern ganz im Gegenteil: Wir gucken uns einfach an, wo braucht Kultur Unterstützung, wo braucht die Kulturlandschaft Unterstützung, und dann sind wir gern bereit, dem auch zuzustimmen, aber dieses Thema Festschreibung von Kulturflächen, das sage ich Ihnen ganz ehrlich, das geht uns viel zu weit.

(Beifall FDP)

Sie sprechen im Antrag – und auch das muss ich sagen, darüber bin ich gestolpert – einmal wieder mit dem Fokus auf freie Szene und Subkultur. Da spricht ja auch nichts dagegen, aber wo ist denn der Rest? Die Kulturlandschaft besteht ja noch aus viel mehr als freier Szene und Subkultur, und auch das Wort Wirtschaft, auch das Wort, vielleicht mal eine Shakespeare Company mit hineinzunehmen oder auch die ganzen sehr guten privat Organisierten, das wird irgendwie überhaupt nicht berücksichtigt.

Ja, Sie erwähnen das Tabakquartier. Herr Rohmeyer hat das eben komplett ein bisschen zerschossen. Das würde ich jetzt gar nicht so kritisch sehen wollen, sondern ich finde es auch positiv, was dort passiert, aber das jetzt so ein bisschen zum Anlass zu nehmen und zu sagen, na ja, weil Sie das aus einem gewissen Selbstverständnis heraus gemacht haben, können wir ja nicht davon ausgehen, dass die anderen das auch so sehen, und deswegen schreiben wir es fest, das finden wir in der Begründung irgendwie alles andere als nachvollziehbar. Sie leiten daraus eigentlich wieder einen regulatorischen Eingriff ab, den wir so überhaupt nicht nachvollziehen können.

(Beifall FDP)

Wenn wir uns auch anschauen, wie sieht denn die Kulturlandschaft in Bremen aus – und Herr Bürgermeister, das müssen Sie mir jetzt an dieser Stelle zugestehen –: Ich sende einmal einen großen Respekt und tatsächlich auch Dank an Frau Emigholz an dieser Stelle, die sich nämlich über mehrere Legislaturperioden hinweg wirklich für die Kultur in Bremen einsetzt und auch dazu geführt hat, dass Bremen im Verhältnis zur Einwohnerzahl ein unfassbar großes Angebot an Kultur hält: mit Theatern, mit Museen, mit sicherlich auch dem einen oder anderen freien Angebot, was auch immer das ist. Wir haben auch – da muss man ihr auch den Ritterschlag geben, da hat sie gut verhandelt – in Bremen im Verhältnis mit die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben, was das Kulturangebot angeht. Wir geben gerade einmal neun Euro weniger aus als Hamburg, und da kann ich nur sagen, ein kleiner, auch durchaus neidischer Blick nach Hamburg zeigt, was da alles möglich ist. Aber da müssen wir uns doch nicht verstecken! Das zeigt auch, was wir hier in dieser Stadt alles anbieten, was wir alles können.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, da jetzt irgendwie zu meinen, bei diesem ohnehin schon extremen Wettbewerb um Raum, den wir haben, um Wohnen, um Gewerbeflächen – wir hatten gerade das Thema KITAS –, um Schulen, auch um Spielplätze, um Grünflächen, um Aufenthaltsorte, jetzt noch so ein Ding reinzuwürgen und zu sagen, hier müssen wir jetzt noch Kulturflächen festschreiben, das finden wir alles andere als gut und macht überhaupt keinen Sinn.

(Beifall FDP)

Sie bleiben auch in Ihren Beschlusspunkten total vage. Sie sagen nichts zum Budget, Sie geben überhaupt keine Definition, wie viel, wie groß, wie umfangreich, gar nichts! Eigentlich ist es so ein bisschen die Wundertüte, wo keiner weiß, was drin ist.

Die Nutzungskonzepte passen auch nicht zusammen. Wir haben, was ein tolles Konzept ist, die Markthalle Acht. Die wollten mehr anbieten. Die haben jedes Mal Ärger mit den Nachbarn und können da eigentlich nichts machen und werden schon lahmgelegt. Lassen Sie uns doch erst mal das, was wir haben, nutzen und gucken: Wo passt es zusammen? Wo können wir auch die Bestehenden unterstützen?

Dann schreiben Sie in Punkt fünf – und das möchte ich doch noch mal eben zitieren –, Sie möchten im anstehenden Wandel der Innenstadt frühzeitig Flächen für laute kulturelle Nutzung definieren. Also noch mal: Nutzungskonzept Wohnen, wir wollen mehr Wohnen in der Innenstadt, und jetzt wollen wir die lauten Musikklubs da haben. Das finde ich schon mal grundsätzlich schwierig, vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir haben, wie zum Beispiel auch mit der Markthalle Acht.

Jetzt frage ich Sie aber auch an der Stelle: Wie ist denn Ihre Definition von Innenstadt? Man kann ja auch überlegen, wie wollen wir –. Das können Sie ja machen, wie Sie wollen. Wir haben eine Diskomeile, die neben dem Bahnhof ist. Da kann man einmal darüber diskutieren: Will man nicht die Innenstadt einfach größer definieren und ein Nutzungskonzept bauen, das das Ganze mit einbindet? Wollen wir das Viertel auch als Teil der erweiterten Innenstadt bezeichnen? Ich frage Sie! Das kann man alles machen, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, wer Lust hat, kann gern mit mir das Delight wieder eröffnen unter dem Domshof, da sind wir mittendrin –

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

da ist der Kenner, sehr gut, Herr Strohmann! –, aber sonst gibt es da eben auch nicht so viele Optionen.

Lange Rede: Ganz ehrlich, wir finden, wir haben ganz viel, wir machen viele tolle Sachen, und das können wir einfach besser anders machen. Deswegen, wir werden dem Ganzen nicht zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke ganz herzlich der Opposition, weil Sie mir die Möglichkeit geben, noch einmal das Wort zu ergreifen! Die CDU-Fraktion hat in meinen Augen nicht so richtig gesagt, was Sie jetzt eigentlich am Antrag diskutieren.

(Zuruf CDU: Oh!)

Sie fanden irgendwie die Ausführungen von Herrn Bolayela aus Ihrer Sichtweise nicht so geeignet, aber das war ja jetzt nicht so ein Punkt, der sich so direkt auf den Antrag bezogen hat. Da würde mich einfach noch einmal interessieren, was sind Ihre Argumente für eine Enthaltung oder gegebenenfalls sogar Ablehnung, aber vielleicht können Sie sich ja auch zu einer Enthaltung durchringen.

Auf jeden Fall, ich habe die ganze Zeit darauf gewartet, Herr Rohmeyer, erklären Sie mir: Was ist Ihr Problem mit dem Antrag? Irgendwie habe ich diese Erklärung von Ihnen leider nicht erhalten. Die FDP hat ja zumindest ein bisschen versucht zu erklären, welche Probleme sie mit dem Antrag hat, und es beruhigt mich ja schon fast, dass Sie den Antrag ablehnen, denn das zeigt vielleicht, dass wir hier in die richtige Richtung gehen.

Wir sind der Meinung, Kultur kann in diesem freien Wettbewerb des Marktes eben nicht einfach gewinnen, weil Kultur eben nicht die Möglichkeiten hat, sich für eine Räumlichkeit, für eine freie Fläche in dem freien Wettbewerb der Meistbietenden durchzusetzen. In der Regel ist das gar nicht möglich, und genau deswegen brauchen wir andere Strukturen, andere Konzepte, wie zum Beispiel die Konzeptvergabe, wo man inhaltlicher herangeht, oder wenn man in der Kulturflächenplanung von Anfang an bestimmte Flächen festlegt, wo man

sagt, die sind jetzt zum Beispiel besonders für ein Festivalgelände oder Ähnliches geeignet.

Sie sagen, Frau Wischhusen, dass Sie nicht verstehen, warum wir einerseits das Tabakquartier als positives Beispiel nehmen, aber andererseits davon ausgehen, es würde vielleicht in Zukunft ohne weitere Strukturierung nicht so einfach funktionieren. Na ja, weil es in der Vergangenheit eben an einigen Stellen auch nicht funktioniert hat! Das sehen wir ja in der Überseestadt: Da wurde eben ein neues Quartier geplant, aber komplett ohne Kultur, und ich glaube, darunter leiden alle, die da jetzt hinziehen.

Dann sind Sie noch einmal auf diesen Punkt Innenstadt eingegangen, was ist eigentlich die Innenstadt. Das, was ich als ganz zentrale Innenstadt betrachte, da, wo die Straßenbahn so wunderbar durchfährt, da ist es nachts, abends eigentlich ziemlich leer. Ich habe die Debatten immer so verstanden, dass man genau das aber beenden möchte. Wenn wir das beenden wollen, dann kann eben Kultur auch ein Faktor sein, um Menschen auch abends in die Innenstadt zu bringen, um die Innenstadt auch abends attraktiv zu machen, und da sind wir jetzt wieder bei den unterschiedlichen kulturellen Nutzungen oder unterschiedlichen Kulturorten.

Dieser Antrag denkt alle Kulturformate mit und bezieht sich nicht nur auf ein Teilgebiet. Wenn wir uns aber die Innenstadt anschauen, dann bin ich mir nicht so sicher, ob jetzt ein neues kleines Museum, das bis 19:00 Uhr geöffnet hat, dazu beiträgt, dass um 23:00 Uhr die Leute in der Stadt unterwegs sind, sondern ich glaube, da muss man dann tatsächlich sagen, da brauchen wir vielleicht einen Ort, wo Konzerte stattfinden können, da brauchen wir vielleicht Probenräume. Da müssen wir eher in diese Richtung denken, wenn wir wollen, dass sich auch abends in der Stadt was bewegt.

Also, wir wollen, dass wir Kultur von Anfang an mitdenken, wir wollen, dass Kultur eine Chance hat, und wir glauben eben, dass es dazu braucht, dass man die Kultur von Anfang an mitdenkt und nicht am Ende schaut: Wo bleibt noch ein ganz kleines Stück vom Kuchen übrig? – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenshulde.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Herr Bürgermeister – –, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abgeordneter Christoph Weiss [CDU]: Kommt noch, nächstes Jahr! – Heiterkeit CDU)

Der Senat teilt die Grundaussage des Antrags ausdrücklich. Kultur ist unverzichtbar für eine attraktive Stadt, und Kultur muss deshalb auch integraler Bestandteil der Stadtentwicklung sein und darf nicht die Resterampe der Stadtentwicklung sein. Die Zielsetzung ist klar, eindeutig und richtig und ist im Prinzip auch etwas, was im geltenden Recht eine klare Grundlage findet.

Die Bauleitplanung sagt, kulturelle Bedürfnisse der Bevölkerung sind zu berücksichtigen, und § 5 Absatz 2 Nummer 2 Baugesetzbuch besagt, dass im Flächennutzungsplan unter anderem die Ausstattung des Gemeindegebiets mit kulturellen Zwecken dienenden Gebäuden und Einrichtungen dargestellt werden kann. Das heißt, mit dem, was wir generell als gesetzliche Grundlage haben, ist das, was in dem Antrag gefordert wird, machbar und kann dargestellt werden; und es ist eine gemeinsame Aufgabe des Senats in der Vorbereitung, das zu verwirklichen, und auch des Ortsgesetzgebers, der das ja schließlich als Flächennutzungsplan oder als Bebauungsplan beschließen muss, das ist natürlich auch die Aufgabe der Stadtbürgerschaft.

Ich weiß nicht, ich habe das jetzt nicht endgültig nachgeforscht, ob die CDU je einmal einen Ergänzungsantrag zu einem Bebauungsplan oder zu einem Flächennutzungsplan gestellt hat, wo sie das zum Thema gemacht hat, wo sie gesagt hat, wir wollen da die kulturelle Entwicklung stärker berücksichtigt haben, wir möchten, dass bei dieser Darstellung etwas geändert wird, denn wir möchten stärker kulturelle Darstellung berücksichtigt haben. Ich glaube, nicht!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meistens wurde tatsächlich die Vorlage einfach so zur Kenntnis genommen und ihr zugestimmt, jedenfalls wurde sich nicht qualifiziert damit auseinandergesetzt und eine eigene Haltung dazu entwickelt, weil möglicherweise die Zeit eher zur Selbstdarstellung als zur fachlichen Auseinandersetzung genutzt werden musste. Das ist aber nicht die Aufgabe. Die Aufgabe des Parlaments ist dann auch, Herr Rohmeyer, sich eigenständig eine Position zu bilden und dann, wenn man das meint, auch

tatsächlich die entsprechenden Schwerpunkte setzen zu wollen und setzen zu müssen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wenn etwas im Gesetz steht, dann heißt es noch nicht, dass es auch in der Praxis in jedem Punkt gelebt wird. Da kann man natürlich immer besser werden, und ich finde es völlig richtig, dass durch den Antrag noch einmal die Notwendigkeit geschärft wird, bei der Bauleitplanung und bei der städtebaulichen Entwicklung die kulturellen Fragen stärker zu berücksichtigen und tatsächlich auch in der notwendigen Abwägung stärker zu priorisieren.

Nun gab es hier eben eine Aussage, die würde ich jetzt gern eigentlich noch einmal verifizieren – vielleicht pfeift der Fraktionsvorsitzende der CDU seinen kulturpolitischen Sprecher da zurück, oder sonst nehme ich das als die Positionsbestimmung der CDU zum Tabakquartier –: Das schlechteste – nicht etwa ein in manchen Aspekten zu kritisierendes! – Beispiel für Kulturpolitik ist das Tabakquartier. Das schlechteste! Es gibt kein schlechteres, das man hinbekommen hat, sondern das schlechteste Beispiel für Kulturpolitik ist das Tabakquartier, weil da nur den Investoren das Geld hinterhergeworfen wird.

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Das hat er gesagt!)

So hatte ich das gehört. Wenn das die Position der CDU zum Tabakquartier ist, dass wir da den Bremer Philharmonikern eine neue Heimat mit einer wunderbaren Probenmöglichkeit und einer wunderbaren Auftrittsmöglichkeit geschaffen haben, dass da das Weyher Theater sich ohne einen Cent hat ansiedeln können und damit ja auch für breite Teile der Bevölkerung ein kulturelles Angebot geschaffen wurde, und dass wir da mit dem Zentrum für Künste das größte innovative Zentrum für freie Kunst in Bremen geschaffen haben mit einem Mietpreis, der unter zehn Euro pro Quadratmeter liegt, dann weiß ich nicht, was man eigentlich noch als ein Erfolgsmodell und auch als ein wirtschaftlich vernünftiges Erfolgsmodell bezeichnen soll.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da mag man einzelne Punkte kritisieren, aber das als das schlechteste Beispiel der Kulturpolitik und reinem „Investoren Geld hinterherwerfen“ zu bezeichnen, das ist eine völlig verfehlt Aussage.

Ich werde das tatsächlich jetzt in meinen Argumentationshaushalt übernehmen als Positionierung der CDU zum Tabakquartier, und da werden wir in den nächsten Wochen und Monaten in den Diskussionen – ob das bei der Eröffnung des Quartiers ist oder in der Debatte über die Kulturpolitik – noch viel Freude mit dieser Bewertung haben, die Sie heute hier abgegeben haben und von der ich auch ausgehe, dass sie steht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ansonsten möchte ich zu den einzelnen Instrumenten, die in dem Antrag genannt sind, sagen, dass manche von denen sicherlich in der Praxis einfacher umzusetzen sind als andere. Wir werden mit einem Kulturflächenentwicklungsprogramm sicherlich nicht die Hunderte oder Tausende von Flächen der Stadt sofort anschauen können und immer sagen können, da muss man jetzt sozusagen noch einmal eine neue Bewertung vornehmen, sondern das ist ein andauernder Prozess, natürlich auch im Rahmen der Bauleitplanung.

Was die Förderung von Kultur angeht, bin ich immer dafür. Wir bewegen uns aber in einem beschlossenen Doppelhaushalt, und wir müssen natürlich schauen, wenn wir das prüfen, was ist möglich, was ist nicht möglich, und was ist auch auf die Zukunft und etwaige weitere Haushaltsverhandlungen in weiteren Haushaltsjahren gerichtet, das ist ganz klar. Da will ich jetzt auch keine Zusagen machen, dass wir da das Kaninchen aus dem Zylinder zaubern können, sondern da bewegen wir uns natürlich in den finanziellen Realitäten.

Was ich aber zusagen kann, ist, dass wir uns mit den einzelnen Punkten natürlich ernsthaft auseinandersetzen und uns bemühen werden, sie umzusetzen, und was ich hundertprozentig zusagen kann: Wir bewegen uns natürlich in dem rechtlichen Rahmen, und der bedeutet, Kultur zum integralen Bestandteil der Stadtentwicklung zu machen. Was ist das Ziel? Dass Bremen – schon jetzt eine kulturell sehr attraktive Stadt – noch deutlich an diesem Punkt dazugewinnt!

Sie haben eben schon zu Recht gesagt, liebe Frau Kollegin, dass wir uns, was die Ausgaben pro Kopf angeht, da nicht verstecken müssen und auch, was das Angebot angeht, aber natürlich können wir noch besser werden und müssen besser werden, und ein Beitrag und ein Baustein dazu ist dieser Antrag. Insofern können wir als Senat damit gut leben, auch wenn einzelne Dinge differenziert zu betrachten sind. – Besten Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Schadensbegrenzung! – Zurufe)

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kultursenator, Ihre parlamentarische Karriere umfasst, wenn ich es richtig nachgerechnet habe, knapp acht Wochen: vom Juni 2019 bis zum 15. August 2019.

(Zurufe SPD)

Als Mitglied des Senats, als Bürgermeister, finde ich es leicht anmaßend, sich hierhinzustellen und dem Parlament zu sagen, was seine Aufgaben sind, Herr Kultursenator,

(Zurufe SPD)

denn sonst könnte man ja auch darüber reden, welche Rolle ein Bremer Senator, ein Bremer Bürgermeister, ein Präsident des Senats, auch wenn er keine Richtlinienkompetenz hat, in seinem Kollegialorgan haben könnte, anstatt seine Senatorinnen und Senatoren im Chaos nebeneinanderher zum Teil gegen die Wand laufen zu lassen, Herr Bürgermeister.

(Beifall CDU – Zurufe Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Sie haben ja völlig zu Recht darauf hingewiesen, welche Aufgaben heute schon in der Bauleitplanung sind und dass fast alles davon in diesem Antrag der Koalition, den wir an dieser Stelle eben in dieser Form für so überflüssig halten, schon enthalten ist, darum ist es eine Klientelbefriedigung, darum ist die Einlage, die Herr Bolayela hier zur 10-Minuten-Stadt gemacht hat, Schmierentheater,

(Zuruf Bündnis 90/Die Grünen: Das ist eine Vision! – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Und zum Tabakquartier!)

und darum habe ich davon nichts zurückzunehmen, meine Damen und Herren.

Korrigieren muss ich mich, was das Wort „schlechteste“ angeht. Ich kenne nicht die anderen Beispiele, darum ist es ein schlechtes Beispiel, und dementsprechend sind ja auch die Voten der CDU-Fraktion in der Kulturdeputation und im Haushalts-

und Finanzausschuss gewesen, und wer den Kollegen Eckhoff kennt, der weiß, dass er sich auch die Unterlagen dazu genau angeschaut hat.

Ich gönne es ja jedem Investor, einen so guten, einen so willigen, einen so bereiten Mieter zu finden wie die Behörde des Senators für Kultur, ich gönne den Bremer Philharmonikern eine wunderschöne neue Heimat. Wir haben die Frage gestellt, was eigentlich mit den anderen Spielstätten ist, und die Frage ist ja nicht beantwortet.

(Zuruf Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte)

Von der Senatsbank dann doch keine Zwischenrufe, Herr Bürgermeister!

(Zuruf SPD: Es gibt immer noch einen Präsidenten!)

Von daher, wir haben diese Debatte in der Kulturdeputation geführt, zugegebenermaßen ohne Ihre Anwesenheit, aber Sie haben wirklich auch andere Aufgaben gehabt, das ist völlig legitim. Im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger haben Sie Kulturpolitik ernst genommen, nehmen Sie Kulturpolitik ernst,

(Zurufe SPD)

das goutieren wir durchaus, aber auch schlechte Entscheidungen von Ihnen werden wir hier thematisieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer [20/704 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Inklusion in der Kindertagesbetreuung sicherstellen: Schwerpunktgruppen absichern!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 1. Juni 2022
(Drucksache [20/707 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Inklusion innerhalb der Kindertagesbetreuung kann nur zielgerichtet und mit entsprechender Ressourcensteuerung gelingen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Juni 2022
(Drucksache [20/711 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei Schwerpunkteinrichtungen, um die es in diesem Antrag geht, handelt es sich um Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, die sich auf die Arbeit mit Kindern mit Behinderung beziehungsweise mit von Behinderung bedrohten Kindern spezialisiert haben und eine entsprechende Personal- und Mittelausstattung bekommen.

Einer meiner allerersten Termine als neue Abgeordnete in dieser Legislaturperiode war ein Termin zum Thema Schwerpunktgruppen in der Kindertagesbetreuung. Schon damals wurde klar und hat sich auch immer weiter herauskristallisiert und bestätigt, dass die Finanzierung und die Personalausstattung in diesem Bereich nicht mehr Schritt halten mit dem tatsächlichen Bedarf, denn die Zahl der Kinder mit entsprechendem Förderbedarf hat sich seit der Berechnung der Ausstattung im Jahr 2008 verdreifacht. Es hat mich daher sehr gefreut, dass es uns als Koalition gelungen ist, für den Haushalt, der aktuell für die Jahre 2022/2023 besteht, in diesem Bereich 1,5 Millionen Euro zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, denn eine auskömmliche Ausstattung ist ein wichtiger Beitrag zum Gelingen von Inklusion in der Kita.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Inklusion ist ein Menschenrecht, und der Inklusionsanspruch gilt selbstverständlich auch für die Kindertagesbetreuung. Das gelingt aber nur, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen, und es ist einfach so: Das unter Druck geratene System der Inklusion in den Kitas muss besser ausgestattet werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ganz klar ist dabei, dass dieser Schritt, den wir jetzt gegangen sind, eben ein erster Schritt ist und sicher nicht alle Probleme in diesem Bereich löst, aber es ist ein Anfang, und es wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre sein, in einem realistischen Schritt mit vielen realistischen weiteren Schritten den benötigten Aufwuchs und eben auch Fachkräftebedarf zu stemmen. Wir fordern den Senat daher mit dem Antrag auf, einen Stufenplan zu entwickeln, der Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Inklusion im Bereich Kita enthält und dann ab dem Kindergartenjahr 2023/2024 beginnen kann.

Es sollen zudem auch Vorschläge gemacht werden, wie die zukünftige Struktur und Ausrichtung von Schwerpunkteinrichtungen beziehungsweise -gruppen aussehen kann, und zwar gemeinsam mit denjenigen, die dies dann auch umsetzen, gemeinsam mit den Trägern, das heißt, es soll unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft Kindertagesbetreuung nach § 78 SGB VIII entwickelt werden.

Wir haben vorhin schon viel über das Thema Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung gesprochen. Es ist daher selbstverständlich unerlässlich, dass auch ein bedarfsgerechter Qualifizierungsplan „Inklusion“ in der Kindertagesbetreuung entwickelt wird, um dann auch gesteigertem Fachkräftebedarf begegnen zu können. Hier muss ich, Stand heute, festhalten, dass das bisherige Angebot zur Weiterbildung zur Fachkraft Inklusion – und das sind die Menschen, die wir dann brauchen – definitiv ausgebaut werden muss. Hier wollen wir ran, und die CDU hat auch noch einen Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema eingereicht. Ich danke Ihnen dafür, denn in Punkt 1 Ihres Antrags werden viele wichtige Fragen aufgeworfen.

Allerdings muss ich zu den weiteren Beschlusspunkten sagen: Die aufgeworfene Problematik zu den Kapazitäten bei der Bearbeitung von Gutachten und Bescheiden stimmt ja, aber Sie waren ja gemeinsam mit uns allen in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses, und dort wurde bereits

dargelegt, dass der Rückstau in der Steuerungsstelle im Amt für Soziale Dienste aktuell zügig abgebaut wird, und es wurde auch dargelegt, dass zudem die mittelfristige Neustrukturierung der Steuerungsstelle unter Berücksichtigung der neuen Anforderungen nach dem Bundesteilhabegesetz und auch SGB-VIII-Reformen angekündigt worden sind. Wir brauchen also doch heute nicht Dinge zu beschließen, die bereits beschlossen und bereits angekündigt sind. Deshalb lehnen wir diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Aber nichtsdestotrotz, ich habe erwähnt, dass die aufgeworfenen Fragen wichtig sind. Vielleicht mögen Sie ja deshalb stattdessen einfach die Fragen als Berichtsbitte für den Jugendhilfeausschuss formulieren und auch für die Deputation für Kinder und Bildung, und dafür brauchen wir ja keinen Beschluss der Bürgerschaft, sondern das kann einfach so gemacht werden. Ich freue mich aber, wenn wir in diesem Parlament für den Bereich Inklusion hier zusammenstehen und hoffe deshalb auf Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie alle heute feststellen können, liegen uns die Kinder dieser Stadt doch alle sehr am Herzen, und gemeinsam wollen wir erreichen, dass alle eine gute Bildung und Förderung bekommen können. Um die Diskussion von heute Mittag noch weiter fortzuführen, möchte ich die Debatte nun mit auf die Inklusion in der Tagesbetreuung richten.

Inklusion ist ein Menschenrecht, welches dringend in der Kindertagesbetreuung umgesetzt werden soll und muss. Gerade wir hier in Bremen waren einmal Vorbild und Vorreiter der inklusiven Betreuung und Förderung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung. Ich bin persönlich von der inklusiven Betreuung und Förderung total überzeugt. Das hatte ich auch im letzten Monat schon einmal in einer Debatte deutlich gemacht, das will ich hier jetzt gar nicht wieder ausführen. Meine Kollegin aus der Koalition, Frau Dr. Eschen, hat ja schon sehr ausführlich unseren Antrag vorgestellt.

Uns eint hier sicherlich alle, dass wir die Kinder mit einem anerkannten Förderbedarf mehr in den Blick

nehmen müssen. Hierbei handelt es sich um Kinder, die eine Behinderung haben oder aufgrund ihrer Entwicklung von einer Behinderung bedroht sind. Die Anzahl der Kinder mit einem anerkannten Förderbedarf ist in den letzten zehn Jahren nochmals enorm gestiegen. Die Zahl der Schwerpunktteinrichtungen ist zwar bei 41 geblieben, doch die Zahl der Schwerpunktgruppen in den Häusern ist angewachsen. Von 2008 bis 2009 hat es einen Aufwuchs von damals circa 750 Kindern auf circa 2 200 gegeben, und circa 1 500 Kinder sind nicht in Schwerpunktgruppen. Für das hierfür notwendige Personal bedarf es einer guten Qualifikation und ausreichend Menschen, die diese Profession noch ausüben können. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind erstmals 2008 nach der Umsteuerung des Systems für die Personal- und Mittelausstattung nur marginal gestiegen, das heißt, die Anzahl der Kinder im Verhältnis zu dem notwendigen Mittelanstieg ist ungleich erfolgt.

(Beifall CDU)

Wir haben das Problem schon länger im Blick und haben nun mit dem Haushalt 2022/2023 1,5 Millionen Euro in die Hand genommen und möchten sukzessive die Anpassung für die inklusive Betreuung und Förderung vornehmen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Da kann jetzt jeder sagen, das ist zu wenig. Nein, das ist nicht zu wenig, denn man braucht eigentlich, um eine hundertprozentige Förderung hinzubekommen, pro Jahr 9,7 Millionen Euro und mindestens 200 Fachkräfte. Da wir alle wissen, dass auch hier ganz entscheidend das notwendige Personal dem Fachkräftemangel unterliegt, macht es auch keinen Sinn, sofort alle Ausfinanzierungen zu fordern, jedenfalls nicht zum jetzigen Zeitpunkt, da das Geld ohnehin nicht an das Fachpersonal ausgeschüttet werden kann. Es gibt einfach nicht die notwendige Anzahl an qualifizierten Personen.

Wichtig ist für alle Parlamentarier, in den nächsten Haushalten dringend diesen Pfad der entsprechenden Personal- und Mittelausstattung sukzessive fortzuführen. Hierbei muss der Ausbau der Fachkräfte gleichermaßen angepasst werden. Deshalb fordern wir einen Vorschlag zu dem bedarfsgerechten Einsatz von zusätzlichen Personalressourcen für die Schwerpunktgruppen, vor allen Dingen jetzt erst einmal im nächsten Kindergartenjahr. Bis Ende des Jahres, das hatte meine Kollegin ja auch schon ausgeführt, wollen wir den Stufenplan gemeinsam nach AG 78 weiterentwickeln lassen.

Drittens, das zähle ich jetzt nicht noch einmal auf, ich würde jetzt einfach zum Schluss nur noch einmal ganz kurz darum bitten beziehungsweise Frau Ahrens mitteilen, dass wir Ihren Antrag ablehnen. Ein Teil Ihrer Forderungen ist ja bereits im Ressort in Arbeit. Wie alle kinderpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion wissen, wollen wir alle gemeinsam – –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: So, wie das Lernhaus Kattenturm!)

Wir sind eingeladen von der LAG und der BEK, alle kinderpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen, und wir werden dies ja dort auch zum Thema im Austausch haben. Warten wir doch einfach einmal die Diskussion ab, und über deren Positionspapier haben wir, wie auch schon Frau Dr. Eschen gesagt hat, im Jugendhilfeausschuss gesprochen und werden dies mit Sicherheit in dem Gespräch noch einmal wieder aufgreifen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde bereits gesagt, wir haben ja schon im Doppelhaushalt für dieses und nächstes Jahr 1,5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Insofern kann man das auch als Haushaltsbegleit Antrag begreifen, aber er weist ja auch über die Zeit des jetzt laufenden Doppelhaushalts hinaus.

Die Bereitstellung dieser 1,5 Millionen Euro on top war uns als LINKE besonders wichtig. Wir haben uns gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen aktiv dafür eingesetzt, und wir haben uns auch dafür eingesetzt, die Mittel, die bei der Stadtteilschule geblieben waren, eben dafür auch mit zu investieren, damit eben diese Mittel auch im Bildungsbereich bleiben, und das finden wir auch richtig so. Im Haushalt angelegt ist damit ja schon ein gewisser Stufenplan. Für dieses Jahr stehen 500 000 Euro bereit, weil das natürlich erst ab Beginn des Kitajahres greift, und für nächstes Jahr eine Million Euro, das heißt, wir haben quasi einen Aufwuchs.

Ich möchte aber noch einmal einen Schritt zurückgehen! 2008 wurde ja dieses Konzept Regeleinrichtung, Indexeinrichtung, Schwerpunkteinrichtung eingeführt. Ich war damals schon dabei, und dieses

Konzept hat damals 41 Einrichtungen als Schwerpunkteinrichtungen definiert und damals gesagt, dass diese 41 Einrichtungen, die Kinder mit Förderbedarf in ihren Einrichtungen betreuen, die doppelte Personalressource bekommen. Die Indexeinrichtungen haben den Faktor 1,5 bei der Personalausstattung bekommen.

Seitdem hat sich die Welt aber weitergedreht, und die Zahl der Kinder mit Förderbedarfen hat sich zum einen fast verdreifacht – von 742 auf 2 184 –, und zudem hat sich inzwischen herausgestellt, dass ein Großteil der Kinder mit Förderbedarf nicht zu den 41 Schwerpunkteinrichtungen geht, sondern sich in den Einrichtungen anmeldet, die wohnortnah vorhanden sind. Das ist auch logisch. Insofern stehen wir jetzt im Moment oder standen wir bei der Haushaltsaufstellung vor einer Situation, wir haben zum einen fast dreimal so viele Kinder mit Förderbedarf, und zum anderen sind von den über 2 000 Kindern mit Förderbedarf 1 500 gar nicht in den Schwerpunkteinrichtungen. Deswegen haben wir gesagt, wir brauchen jetzt und sofort mehr Mittel genau für diese Einrichtungen, weil sie gar nicht die Schwerpunktausstattung bekommen, damit sie zusätzliche Personalressourcen bekommen. Das ist sozusagen eine Mittelzuweisung für Personal, um diese Förderkinder zu betreuen. Das Problem, das hier wahrscheinlich zum Tragen kommen wird – das wurde bereits adressiert –, ist das des Fachkräftemangels. Deswegen steht in dem Antrag auch, dass ein Konzept erstellt werden soll, wie die Personalbedarfe/die Fachkräftebedarfe entsprechend mit den Qualifikationen versehen werden können.

Der Antrag fordert auch, das finde ich auch absolut richtig, die entsprechenden Weiterbildungsmöglichkeiten bereitzustellen. Das ist wichtig, und das Geld wird ankommen. Die Frage, ob die Träger dieses Geld einsetzen werden können, also ob sie wirklich Personal einstellen werden können, ist noch offen, und deswegen ist klar, diese 1,5 Millionen Euro mit der damit verbundenen zusätzlichen Personalressource sind ein Anfang, und sie sind eine Übergangslösung.

Ich finde es aber richtig, sich so zu entscheiden, jetzt sozusagen einzusteigen, das ist ja quasi eine systemfremde Zusatzressource, das jetzt bereitzustellen in einem Stufenplan, von dem klar ist, es ist ein Übergang, und es wird mehr passieren müssen, aber die Kollegin Frau Krümpfer hat es gerade schon gesagt, wenn man hochrechnen würde, was wir 2008 gemacht haben, auch die jetzigen Bedarfe, dann wären 9,7 Millionen Euro notwendig.

Das Geld würde aber tatsächlich Gelder an anderen Stellen wegnehmen und könnte gar nicht verausgabt werden, weil es gar nicht das notwendige Personal dafür gäbe. Deswegen kann man jetzt sagen, reine Lehre wären 9,7 Millionen Euro. Ich finde es richtig, jetzt sozusagen einen hoffentlich realistischen Einstieg zu machen und dann zu sehen, wie man das System insgesamt weiter stärken kann.

Es wird noch zu klären sein, wie das Ganze ab 2024 anschlussfinanziert wird, denn diesen Betrag von 1,5 Millionen Euro konnten wir leider nicht im Kernhaushalt sichern. Es wird geklärt werden müssen, wie die Trägerfinanzierung weitergeht, das adressieren Sie ja auch in Ihrem Dringlichkeitsantrag, denn ich glaube, dass die Zusatzressourcen für Inklusion, die ja notwendig sind, nicht in den Einrichtungen geparkt werden und dann die Kinder dem Geld hinterherlaufen sollten, sondern dass das Geld mit den Kindern sozusagen läuft und nicht andersherum. Ich glaube, da braucht es tatsächlich noch einmal einen systemischen Blick darauf, ob dieses System der Finanzierung so tragfähig ist. Ich glaube, da sind sich alle einig, da muss es tatsächlich eine Vereinfachung geben. Das Geld muss dem Kind wie ein Rucksack anhängen und dann in die Einrichtung kommen, und wenn diese zusätzliche Personalressource da ist, dann kann sie auch gepoolt werden. Das wird auch im Schulbereich gemacht, also da geht einiges. Wie gesagt, das ist jetzt sozusagen ein Einstieg und auch eine Übergangslösung.

Ich glaube, mittelfristig müssen wir dahin kommen, dass die Gruppen, die eine bestimmte Anzahl von Inklusionskindern betreuen, nicht nur zusätzliches Fachpersonal bekommen, sondern auch kleiner werden. So machen wir das bei den Grundschulen auch, das sind die W+E-Klassen. In diese Richtung müssen wir auch bei der Inklusion in den Kitas gehen.

(Glocke)

Dieses Konzept von Schwerpunkteinrichtungen ist de facto schon lange überholt. Wir müssen dazu kommen, dass sich die Finanzierung der Realität anpasst, und das machen wir mit diesem Einstieg. Die Begründung für die Ablehnung des CDU-Antrags ist genannt worden, ich sage Ihnen aber zu, dass wir die richtigen Punkte, die Sie nennen, was die Begutachtung angeht, auch noch einmal mitnehmen und auch weiter beraten werden. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank erst einmal für Ihre Redebeiträge! Ich finde, nachdem wir uns vorhin noch ein bisschen mehr auseinandergesetzt haben, dass wir jetzt heute Nachmittag tatsächlich eine Offenlegung der Zahlen erhalten haben, ich finde das sehr gut, Frau Krümpfer, dass Sie da auch Tacheles gesprochen haben und gesagt haben, wir haben eine strukturelle Unterfinanzierung von 9,7 Millionen Euro.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nein, man braucht 9,7 Millionen Euro!)

Nein, Moment! Es ist eine strukturelle Unterfinanzierung von 9,7 Millionen Euro, da man den Bedarfen dieser Kinder überhaupt nicht begegnen kann, und auch bei den 1 500, die sich nicht in den Schwerpunkteinrichtungen oder Schwerpunktgruppen befinden, wo die Träger eine Verantwortung haben, den Alltag zu gestalten und das Miteinander irgendwie hinzubekommen und gleichzeitig nicht die Kolleginnen, also die Erzieherinnen/die pädagogischen Fachkräfte auszubrennen, hat man ja für Lösungen gesorgt. Die Lösung war dann allerdings, wenn man in das entsprechende Gesetz schaut, nicht, dass man aus Schwachhausen die Kraft – da ist nämlich 1 zu 20 die Regelausstattung gewesen – abgezogen hat, sondern aus den Indexeinrichtungen, aus den soziokulturell benachteiligten Quartieren leider die Zweitkraft abziehen musste oder umsteuern musste, und das wiederum hat ganz oft dazu geführt, dass wir in der Realität tatsächlich zu einer schlechteren Ausstattung in den soziokulturell benachteiligten Quartieren gekommen sind.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das stimmt nicht! Sie müssen den Index dagegenrechnen!)

Dann sprechen Sie bitte noch einmal mit dem Personalrat von KiTa Bremen, der mir die Zahlen noch einmal wieder genannt hat! Wir sind bei den Integrationsstunden für soziale Benachteiligungslage von 600 Stunden auf 150 abgeschmolzen. Das sind 450 Stunden, die für sozial benachteiligte Kinder in Gröpelingen, in Huchting, in Blumenthal nicht mehr zur Verfügung stehen, die sind in die Inklusion geflossen. Die Ärmsten in Bremen bezahlen die Inklusion, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Das ist tatsächlich die Auswirkung dieser strukturellen Unterfinanzierung von 9,7 Millionen Euro.

Ihre fachlichen Vorschläge zur Weiterentwicklung der Struktur in den Kitas tragen wir als CDU-Fraktion mit, nichtsdestotrotz haben wir den Hilferuf der LAG und der BEK in der vorletzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses sehr wahrgenommen. Wir wollen keinen Nebel mehr haben. Wir wollen konkrete Zahlen, deswegen haben wir hier ja auch in Punkt 1 die Abfrage gemacht. Wir reichen sie auch gern als Berichtsbitte ein, um das Ganze noch einmal für uns alle hinzustellen, aber wir wollen auch das Thema Flaschenhalse aufweiten. Das machen wir nicht, weil wir der Auffassung sind, die sollen alle einmal anfangen zu arbeiten, sondern weil wir festgestellt haben – die Rückmeldung ist, dass alle, die sich mit Inklusion in der Begutachtung beschäftigen, das fängt beim Gesundheitsdienst an, bei den Kinder- und Jugendärzten, im sozialpädiatrischen Dienst, die völlig unterbesetzt sind, das geht weiter über die Steuerungsstelle, die völlig unterbesetzt ist und die auch jetzt, wo das wieder mit einer Person aufgestockt worden ist, nicht ausreichend Personal hat, und dann geht es weiter mit den weiteren Stellen, die hier alle im Antrag stehen –, dass keine einzige dieser Stellen genügend Personal hat. Deswegen dauert die Begutachtung der Kinder bis zu zwölf Monate. Das ist das Gegenteil von Inklusion.

Inklusion bedeutet, dass Kindern, denen ein individuell einklagbarer Rechtsanspruch zusteht, am Schluss, und zwar relativ schnell, diese Ressource zur Verfügung steht, denn eines ist doch ganz klar: Wir haben die behinderten Kinder, und wir haben die von Behinderung bedrohten Kinder, das hat Frau Krümpfer ganz deutlich gesagt. Würden wir diesem Kind nicht ein Jahr Kita mit verbesserter Ressource klauen, würde es viele Kinder geben, die ihre strukturelle Benachteiligung – Entwicklungsverzögerung von mindestens einem halben Jahr – in diesem Jahr aufholen könnten und damit im nächsten Jahr keinen Inklusionsbedarf mehr hätten.

Weil wir diese Ressourcen überhaupt nicht zur Verfügung stellen, sorgt das dafür, dass wir Kinder im Bereich der Inklusion verbleiben lassen, die es nicht müssten. Und das wissen wir auch nicht seit gestern. Sehen Sie sich noch einmal den Gröpelinger Brandbrief aus dem Jahr 2013 an! Da haben uns die Kindergärten das schon geschrieben. Sehen Sie sich die Brandbriefe 2015, 2016, 2017 aus den Gröpelinger Grundschulen an! Die haben uns das ge-

schrieben. Sie nannten das: Diese Kinder deprivieren. Hätten wir die Ressourcen, die wir brauchen, würden diese Kinder locker durch das Leben kommen. Sie hätten keine erhöhten Bedarfe, sie hätten bessere Abschlüsse. Wir haben aber so viele Herausforderungen mit so wenig Personal zu behandeln, dass wir es nicht hinbekommen, und das, meine Damen und Herren, werfe ich Ihnen vor.

Aus diesem Grund tut es mir wirklich leid, wenn ich an der Stelle sage, ja, wir haben darüber im letzten Jugendhilfeausschuss gesprochen. Wir haben auch schon ungefähr 20-mal über das Lernhaus Kattenturm gesprochen. Das Lernhaus steht jetzt vielleicht, wenn wir Glück haben, 2027,

(Glocke)

wenn ihn nicht das gleiche Schicksal ereilt wie die Autobahn oder aber das Thema der Brücken über die Weser, die ja jetzt auch in die übernächste Legislaturperiode verschoben worden sind. Ich traue nur noch Taten, und deswegen möchte ich Ergebnisse haben.

Wir werden bei diesem Thema nicht aufhören, wir werden es weiterverfolgen, und wenn Sie es an dieser Stelle ablehnen,

(Glocke)

glauben Sie mir, wir werden genau verfolgen, ob die Verbesserungen kommen oder ob Sie wieder nur reden und nicht handeln. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute zwei Anträge zur Inklusion in der Kindertagesbetreuung. Der Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zur Kitasituation in Bremen, der gestern und heute vorgestellt wurde, über den wir heute Morgen auch schon gesprochen haben, bietet einfach eine gute Grundlage, um die aktuelle Situation in Bremen besser einzuordnen und auch die in Bezug auf die Inklusion. Wir lesen dort, dass wir eine wachsende Zahl an Förderkindern in Bremen haben, die Ressourcen, sich um sie zu kümmern, aber unverändert bleiben.

Während einige Bundesländer laut Kitabericht von einer vergleichsweise guten Personalsituation im

Bereich Inklusion berichten, ist die Lage in Bremen alarmierend. 82 Prozent der Teilnehmenden – und damit bundesweit die höchste Nennung – halten den Mangel im Bereich Inklusion für besonders ausgeprägt. 60 Prozent der Befragten in Bremen geben außerdem an, dass Kinder aus benachteiligten Familien nicht ausreichend gefördert werden können. Bundesweit kommen nur 44 Prozent zu dieser Einschätzung, das System sei überlastet.

Meine Damen und Herren, dieser neue Negativrekord Bremens ist ein Alarmsignal und wäre eigentlich eine Aktuelle Stunde wert gewesen. Hier müssen wir unbedingt in die Problemanalyse hinein, denn solche Botschaften markieren den Beginn einer sozialen Abwärtsspirale für eine Gesellschaft, wie sie uns im Lebenslagenbericht für Bremen vor Augen geführt wird: Wissen wir denn, warum zunehmend Kinder mehr frühe Hilfen benötigen? Warum sind es so viele, und warum wächst diese Zahl? Wissen wir das, oder vermuten wir das nur?

Im Bericht des Paritätischen steht, es brauche in Bremen endlich einen Zeit- und Maßnahmenplan für Inklusion in allen Kitas, angemessene Rahmenbedingungen und eine Ressourcenausstattung, die die Teilhabe aller Kinder ermöglichen. Das steht in dem Bericht. Deswegen sind wir zwar froh, dass das Thema auf die Agenda kommt, und wir werden Ihrem Antrag auch zustimmen, allerdings hätten wir uns als Forderung von Ihnen, liebe Frau Dr. Eschen, eben dieses zeitlich und finanziell hinterlegte Personalqualifizierungs- und -entwicklungskonzept erwartet. Das hätte ich gern gelesen.

Welche Schritte wollen Sie denn gehen? Wie kommen Sie dazu, Personal nicht nur bedarfsgerecht einzusetzen, sondern es überhaupt zu qualifizieren, es zu rekrutieren und zu binden? Welche Konzepte haben Sie, mit mehreren Erwachsenen in einem Raum umzugehen? Oder fällt uns nichts anderes ein als Alltagsbegleitung, wenn fünf Kindern in der Gruppe Förderung zusteht? Irgendwie müssen wir damit umgehen.

Bremen galt – und das haben wir schon gehört – in der Bundesrepublik in den Siebziger- und Achtzigerjahren als Wiege der Inklusion. Bremen hat damals beispielhaft gezeigt, wie man behinderte Kinder, die man bis dahin aus- und wegsortiert hat und am besten vor der Gesellschaft versteckt hat, in die Mitte unserer Gesellschaft holte und sie mit Gleichaltrigen aufwachsen ließ. Das war ein ganz großes Verdienst von Bremen.

(Beifall FDP – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Stimmt!)

Das Leben mit Kindern ist sowieso immer begleitet von emotionalem Auf und Ab, aber wenn die Kinder spezifische Hilfe brauchen, dann kommt ein Berg an weiteren Belastungen dazu: der Dschungel aus diagnostischen Verfahren, das Warten auf Spezialistentermine, die Antragsflut bei Krankenkasse und der Sozialbehörde für spezifische Hilfen und so weiter. Liegt dann der positive Bescheid endlich im Briefkasten, dann ist erst die Freude und dann die Ernüchterung groß, weil kein Platz da ist, weil keine Assistenz da ist, weil Erzieherinnen nicht ausreichend da sind und die Kinder dann doch wieder daheimbleiben müssen.

Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und liebe Abgeordnete der Koalition, die Experten des Alltags zeichnen nicht nur ein Zustandsbild von Inklusion in der Bremer Kita, sie zeigen auch ziemlich genau, wo es klemmt. Lesen Sie den Bericht noch einmal durch! Vertrauen wir diesen Stimmen und nutzen den Antrag der Grünen als Anreiz, sie noch einmal zu Gehör zu bringen

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das ist ein Koalitionsantrag!)

und das Gehörte dann mit pragmatischen Entscheidungen umzusetzen!

So heißt es im Bericht aus den Reihen der Betroffenen: „Durch die schleppende Bearbeitung der Förderanträge für Frühförderung und persönlicher Assistenzen wird die Belastung im Alltag zusätzlich verschärft.“ Das Anliegen geht also in Richtung Verwaltung und fragt nach Verschlinkung und Optimierung von Prozessen, und zwar vom Kind und seinen Bedürfnissen her gedacht, denn ihr Verwaltungsalltag mit Wochen- und Monatsfristen, das ist für die Kindheit der Betroffenen jeweils ein langes und entscheidendes Stück Lebenszeit.

(Glocke)

Liebe Abgeordnete der CDU, wenn Sie uns sechs Stunden vor der Debatte eine dreiseitige Große Anfrage, die Sie aber in die Form eines Antrags gepackt haben – oder hier wurde es Bericht genannt –, wenn Sie uns das so zukommen lassen, dann verstehen Sie sicherlich, dass wir dem Anliegen mit einer würdigen Replik nicht gerecht werden können und werden. Die Grundlinie ist aber bekannt und richtig, und daher stimmen wir Ihnen trotzdem zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war jetzt nicht bei der Veröffentlichung des Berichts des Paritätischen heute dabei. Ich habe aber die Pressemitteilung, und aus der Pressemitteilung zumindest lese ich, dass der Kitabericht des Paritätischen Gesamtverbands auf einer Befragung von über 1 000 Kindertageseinrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet basiert. Aus Bremen haben 18 Einrichtungen teilgenommen. Ich denke, das Ergebnis muss nicht unbedingt repräsentativ sein, das dann die 18 Kitas im Prinzip in der Gesamtaussage repräsentiert. Ich denke, das muss man sich dann noch einmal genauer ansehen. Dazu wäre ich auch bereit, aber das kann ich jetzt auch nicht so schnell.

Was ich auch nicht in Ordnung finde, ist, Frau Ahrens, wenn Sie sich hierhinstellen und sagen, in Gröpelingen würde man das Personal jetzt abziehen, damit man in anderen Stadtteilen die Betreuung inklusiv vornehmen könnte. Das stimmt nicht in Gänze. Wenn Sie das so von KiTa Bremen gehört haben, heißt das nicht, dass das alle machen und dass das bei allen so wäre. Das, finde ich, ist ein bisschen gefährlich, wenn Sie solche Sachen behaupten. Ich weiß, bei anderen Trägern ist es nicht so, dass sie da die Ressourcen aus Gröpelingen herausnehmen, um sie dann in Schwachhausen in eine Extragruppe zu steuern. Das ist mir jedenfalls nicht bekannt, und ich möchte einfach nicht, dass solche Informationen, die vielleicht von einem Träger sind, gleich so verallgemeinert werden, als wenn es überall so wäre. Das war es! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich würde gern noch einmal auf den Einwurf von Frau Krümpfer antworten! Es stimmt, es waren nur 18 Kitas und Elternvereine, die da beteiligt waren, und trotzdem ist es nicht richtig, dass es aufgrund dieser Fallzahlen nicht repräsentativ ist, weil sie mit den Aussagen und Forderungen übereinstimmen, die der Paritätische aus zahlreichen Beratungen und Kooperationen mit Elternvereinen kennt. Wir waren jetzt alle nicht bei

der Eröffnung dabei, aber prüfen Sie das gern noch einmal nach, aber man kann das schon als repräsentativ nehmen, weil es, wie gesagt, mit all diesen Dingen übereinstimmt. – Danke!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Paritätische hat ja gerade genau das bestätigt, was ich Ihnen eben gerade gesagt habe. Auch, wenn Sie das jetzt nur auf Gröpelingen bezogen haben, Frau Krümpfer, das war eine allgemeingültige Aussage, die sich auf alle Stadtteile bezieht und die die konkrete strukturelle Unterfinanzierung in ihrer tatsächlichen Auswirkung darstellt.

Jeder Träger regelt das tatsächlich anders, das ist völlig klar. Der eine Träger nimmt nicht nur vier Kinder mit Inklusionsbedarf in einer Gruppe auf, schauen Sie in die alte QUIRL-Vorlage. Beim Lernhaus Kattenturm, die wir im Unterausschuss und auch an anderer Stelle hatten, wurde einmal so die typische Gruppe, wie sie eröffnet werden würde, in Gröpelingen genannt: 20 Kinder, 19 Kinder nicht muttersprachlich deutsch, massive Sprachanfänger, so will ich das einmal nennen, gleichzeitig schon mindestens sechs Kinder, eher sieben, mit anerkanntem Förderbedarf, die schon mit anerkanntem Förderbedarf kommen, vier, bei denen man es schon nach ein paar Wochen vermutet, und drei, die sich bis zum Ende des laufenden Jahres auch noch als Kinder mit Inklusionsbedarf herausstellen. Da sind wir weit, weit weg von dem, was wir ursprünglich einmal 2008 verabredet haben, wo wir gesagt haben, in der Fläche und maximal 20 Prozent pro Gruppe – also vier von 20 – sollen einen anerkannten Inklusionsbedarf haben, um Inklusion vernünftig umsetzen zu können, und das dann mit zwei Fachkräften, wovon eine noch eine zusätzliche Ausbildung hat. Davon sind wir an vielen Stellen inzwischen weit, weit entfernt.

Wir bekommen vielmehr die Rückmeldung von verschiedensten Trägern – übrigens auch von KiTa Bremen, aber auch anderen, weil die Abstimmung mit den Füßen erfolgt, obwohl wir gesagt haben, natürlich könnt ihr euch in der Gesamtstadt anmelden –, dass wir hier an dieser Stelle feststellen, dass sich Kitas herausbilden, wo Inklusion kaum noch möglich ist, weil bis zu 40, 50 Prozent der Kinder einen anerkannten Inklusionsbedarf haben. Das ist eigentlich etwas, wo ich erwartet hätte, dass die

Grünen sofort innerlich aufschreien, denn das hat mit Inklusion ja überhaupt nichts mehr zu tun. Das ist ja das System anno 1850, das Sie damals ja auch bewusst nicht mehr wollten.

Diese Einrichtungen haben weder genügend Räume, um Inklusion zu leben, um Komplexleistungen zu erbringen, noch haben sie kleinere Gruppengrößen, noch haben sie die Ausstattung, die sie bräuchten, um das tatsächlich zu erreichen. Das Schlimmste an der ganzen Sache ist, sie liegen – da sind wir uns einig – nicht in Schwachhausen und nicht in Borgfeld, sie liegen in den soziokulturell besonders benachteiligten Quartieren, ohne dass ich sie jetzt hier an dieser Stelle benennen möchte.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Für diese Kitas brauchen wir, losgelöst von Ihrem Stufenplan und Ihrem Tollen, was Sie sich da ausgedacht haben, Lösungen, und zwar kurzfristig. Da brauchen wir Unterstützungsmaßnahmen, und da müssen wir uns tatsächlich über eine Aufweitung von verschiedensten Professionen unterhalten, die wir vielleicht auch in die Kita, den Eingang mit gewähren, und da müssen wir sehen, wie wir hier an dieser Stelle tatsächlich etwas für die Kinder hinbekommen. Ansonsten haben wir in der Theorie Inklusion auf das Schild draußen bei der Kita geschrieben, aber innen kann Inklusion mit dem wenigen Personal gar nicht mehr in dem Maße stattfinden, und das geht auf die Knochen der Kinder, das geht auf die Knochen der Beschäftigten, das geht auf die Knochen der Eltern, und das macht keinen der Betroffenen glücklich.

Der zweite Punkt, der mir wirklich wichtig ist, deswegen habe ich das in meinem Antrag –. Es tut mir sehr leid, dass er so kurzfristig gekommen ist. Sie wissen, ich war mit dem Bürgerschaftsvorstand in Israel und bin ein bisschen von Ihrem Antrag überrascht worden, sonst hätte ich mir mehr Zeit gelassen, um dieses andere Thema noch stärker aufzubohren. Nichtsdestotrotz habe ich aber in der kurzen Zeit diverse Gespräche geführt, und ich kann Ihnen versprechen, mit diesem einen Gespräch im Jugendhilfeausschuss sind die Träger überhaupt nicht davon ausgegangen, dass das dann tatsächlich zur einer strukturellen Verbesserung führt, und ich sage noch einmal: Lernhaus Kattenturm seit zehn Jahren nicht erledigt!

Ich möchte nicht, dass wir im Bereich der Inklusion – –. Jetzt sind wir schon bei einer strukturellen Unterfinanzierung von 9,7 Millionen Euro.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nicht richtig!)

2018 waren wir bei einer strukturellen Unterfinanzierung von 7,5 Millionen Euro. Ich möchte nicht, dass wir hier noch weiter herabfallen. Ich möchte nicht, dass das Ergebnis der nächsten Untersuchung vom Paritätischen noch desaströser für die Stadtgemeinde Bremen ausfällt, als jetzt schon.– Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist gut – und deswegen ist es auch richtig, das zum Ende dieser Debatte noch einmal klarzustellen –, dass hier im Parlament sowie auch in der Gesamtgesellschaft Einigkeit darüber besteht, dass das inklusive Bildungssystem in Bremen schon bei den Kleinsten anfängt, dass Kinder mit und ohne Förderbedarf zusammen aufwachsen, spielen, lernen, streiten und sich vertragen sollen, und klar ist auch, dass unsere Kindertageseinrichtungen dafür vernünftig ausgestattet sein müssen.

Nachdem zum Kitajahr 2008/2009 – auch das ist hier ja schon dargestellt worden – zunächst davon ausgegangen wurde, es gibt Schwerpunkteinrichtungen, die wegen der besonderen fachlichen Kompetenz und dann eben auch der besonderen Personalausstattung vorrangig angewählt werden sollen, hat sich schnell gezeigt, dass auch für die Kinder mit Förderbedarf das gilt, was wir ja insgesamt sagen, dass wohnortnah für kurze Beine kurze Wege notwendig sind. Das heißt, die Eltern haben ihre Kinder in den Kitas angemeldet, die ihnen für ihre Kinder besonders günstig erschienen. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist – auch das ist hier schon erwähnt worden –, dass die Zahl der Kinder mit anerkanntem Förderbedarf in den vergangenen Jahren immens gestiegen ist. Gut zwei Drittel der jetzt statuierten Kinder werden außerhalb der Schwerpunkteinrichtungen betreut, und deswegen ist es notwendig zu sagen, wenn wir ein inklusives Bildungssystem von Anfang an wollen, dann können

wir nicht mehr in Schwerpunkteinrichtungen denken, sondern machen einen Schritt in Richtung Schwerpunktgruppen, und eigentlich geht es ja am Ende darum, dass jedes Kind in jeder Kita die optimale Förderung bekommt, die es braucht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das ist ein Weg, und das ist auch ein weiterer Weg, aber ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass im Doppelhaushalt 2022 und 2023 zusätzliche Mittel bereitgestellt worden sind für Personalausstattung für Gruppen, die von Kindern mit Anspruch auf Frühförderung besucht werden, dass da Mittel bereitgestellt wurden, um in einem Anfang da die Einrichtungen zu fördern, die eben keine Schwerpunkteinrichtungen sind, damit diese Einrichtungen eben auch besser gefördert werden können, mehr Personal einstellen können.

Auch an der Stelle wird natürlich die Debatte von heute Vormittag virulent, dass wir auch an der Stelle die Fachkräfte nicht backen können und es auch, wenn wir sie ausbilden und weiterqualifizieren, einfach eine Weile braucht. Deswegen finde ich es gut und richtig, dass in dieser Debatte eben auch noch einmal deutlich geworden ist, dass wir die möglichen Qualifikationen verbreitern, die Menschen mitbringen, um in diesen Einrichtungen mit und für Kinder tätig zu werden, dass wir schauen, wer da eigentlich alles noch hilfreich sein kann, und dann eben entsprechend auch für eine Weiterqualifizierung sorgen.

Es geht also darum, in einem ersten, nicht ganz unwichtigen Schritt die Einrichtungen besser auszustatten, und es geht darum zu sagen, wir wollen uns auf den Weg machen in Richtung eines Stufenplans, um zu sehen, wie wir die betroffenen Gruppen wahrnehmbar stärken und wie wir vor allen Dingen den Kindern in den Einrichtungen gerecht werden. Da geht es natürlich auch darum, qualitativ in den Blick zu nehmen, was ist eigentlich notwendig: interdisziplinäre multiprofessionelle Zusammenarbeit zwischen den Menschen, die in den Kitas tätig sind. Es braucht viele engagierte Menschen mit ganz unterschiedlichen Professionen, um entwicklungsfördernde Pädagogik und Teilhabemöglichkeiten für die Kinder in ihren Kitagruppen zu gestalten. Da müssen wir ran, die müssen wir gewinnen, und da sind wir uns alle völlig einig: Das darf nicht zulasten der Einrichtungen gehen, die es ohnehin schon schwer haben. Deswegen brauchen wir insgesamt mehr Kolleginnen und Kollegen, die mit diesen Kindern arbeiten.

(Beifall SPD)

Ich freue mich, dass hier die Debatte im Parlament dem aktuellen dringenden Bedarf Ausdruck verleiht und die Notwendigkeit einer perspektivischen Weiterentwicklung zeigt. Ich will gern dafür sorgen, dass das Geld, das jetzt zur Verfügung gestellt wird, schnell dort ankommt, wo es am dringendsten benötigt wird, und ich will gern gemeinsam mit den Kindern der Tagesbetreuung an der Weiterentwicklung arbeiten, damit wir allen Kindern möglichst schnell die Förderung geben können, die sie brauchen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/707 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/711 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Eigene Ziele verbindlich festschreiben – Mobilitätsgesetz für Bremen erarbeiten

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. Juni 2022

(Drucksache [20/709 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! „Die Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt notwendiger Beschlüsse zur Finanzierung und/oder Personalbeschaffung“, dieser Auszug aus dem Berichtsentwurf auf Seite 17 für die Teilfortschreibung des VEP zeigt, wie ernst es Ihnen mit der Verkehrswende und der Umsetzung der bereits 2014 beschlossenen Maßnahmen ist, nämlich gar nicht. Aber der Reihe nach!

Im Senat und der zuständigen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung wurde die Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans, VEP, im November 2019 beschlossen. Spätestens im Mai 2021 sollte der Endbericht zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Am 18. Januar dieses Jahres reichten wir unseren Dringlichkeitsantrag zum VEP ein, in dem wir unter anderem forderten, ein Finanzierungs- und Handlungskonzept im Rahmen der Teilfortschreibung vorzulegen und spätestens im April dieses Jahres zu beschließen. Außerdem sollte der Projektbeirat nach einjährigem Stillstand endlich wieder tagen. Unseren Antrag lehnten Sie ab.

Bis heute liegt keine fertige Vorlage vor. Ein ganzes Jahr musste das Gremium pausieren, weil Sie sich nicht einigen konnten. Frau Senatorin, Sie behaupten ja immer, wegen des Verkehrsversuchs in der Martinistraße musste der Projektbeirat pausieren. Was jetzt aber das noch nicht geeinte Thema Bewohnerparken mit der Martinistraße zu tun hat, wissen wahrscheinlich wirklich nur Sie.

(Beifall CDU)

Anstatt aber die Konfliktpunkte intern vertraulich zu lösen, werden unabgestimmte Positionspapiere versendet, ein Beleg dafür, dass bei Ihnen in der Koalition endgültig die Luft raus ist!

(Beifall CDU – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Vielleicht war die noch nie drin! – Zurufe)

Frau Krümpfer, vielleicht haben Sie recht! Kaum Fortschritte bei den Radpremiumrouten, minimaler Ausbau der Verkehrs- und vor allem der Fußgängerinfrastruktur, keine nennenswerten Fortschritte beim ÖPNV, seit 2007 keinen neu geplanten Straßenbahnkilometer gebaut beziehungsweise verlegt, die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität hinkt hinterher, keine sichtbare Stärkung des Umweltverbundes, keine klimaschonenden Maßnahmen der Wirtschaftsverkehre beziehungsweise Logistik im Innenstadtbereich zur Vermeidung von CO₂, und – alle Achtung! – die wichtigen Weserbrücken für Radfahrer und Fußgänger sollten bereits 2023 fertig sein, sind aber in weite Ferne gerückt, in den nächsten fünf Jahren ist mit keiner Brücke zu rechnen! Die Menschen sind es leid, immer wieder neue Versprechungen und Ausreden zu hören.

Ja, es gibt meistens heftigen Widerstand gegen ÖPNV-Ausbauprojekte,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Die werden jetzt aber gerade gebaut!)

aber, Frau Senatorin, vielleicht haben Sie die Aktenberge der Klagen gegen die Radpremiumrouten ja auch dabei. Hier gibt es wirklich keine Ausreden. Es wirkt eher so, als wären Sie mit Ihrem Amt und den zuständigen Aufgaben überfordert. Sie verantworten diesen Stillstand, und ich kann nicht erkennen, dass Sie etwas ändern wollen oder werden.

(Beifall CDU)

Sie legen lieber die gesamte Innenstadt mit Ihren Verkehrsversuchen lahm, obwohl der Rückbau zur Zweispurigkeit in der Martinistraße – die Variante, die es jetzt wird – seit Jahren selbst mit der Handkammer geeint ist.

Wir sehen einen Senat ohne Ambitionen, denn seit 1990 bis 2019 konnten nur zwölf Prozent Emissionsminderung erreicht werden. Das ist doch ein Trauerspiel! Große Einigkeit herrscht bei Ihnen nur, wenn es um inszenierte Beschlüsse geht, oder

wie hat das Ausrufen des Klimanotstands die Umsetzung der VEP-Maßnahmen genau positiv beeinflusst? Klimaneutralität im Bereich Verkehr bis zum Jahr 2035 bei dem jetzigen Tempo der Koalition, das ist kaum realistisch. Frau Senatorin Dr. Schaefer, das grenzt an Arbeitsverweigerung, und das machen wir als CDU-Fraktion nicht länger mit.

(Beifall CDU)

Gerade Ihnen, Frau Senatorin Dr. Schaefer, sollte das Klima am Herzen liegen, denn wir alle wissen, der Klimawandel wartet nicht.

(Glocke)

Liebe Frau Senatorin, liebe Grüne, liebe Koalition, Sie haben seit 2014 nicht geliefert. Falls Sie es noch nicht gemerkt haben: Sie sind an der Regierung, und nur Sie können die selbst erkannten Voraussetzungen für eine echte Verkehrswende und ein dichtes Haltestellennetz, einen dichten ÖPNV-Takt und eine hohe Reisegeschwindigkeit des ÖPNV schaffen sowie Radwege und Fußwege bauen.

(Glocke)

Liebe Abgeordnete der Koalition – ich komme zum Ende! –, es könnte so einfach sein: Ändern Sie Seite 17 des Berichts, und schreiben Sie stattdessen: „Die Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen werden wir durch ein Mobilitätsgesetz verbindlich fest-schreiben.“ Nur dann können wir eine Ernsthaftigkeit bei Ihnen erkennen. Werden Sie endlich tätig! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU hat einen Antrag vorgelegt mit dem Ziel, ein Mobilitätsgesetz zu erarbeiten oder erarbeiten zu lassen, verankern zu lassen, und sie fordert, dass in diesem Mobilitätsgesetz nicht nur ein konkreter Zeitplan festgehalten wird, sondern unter anderem auch die Fertigstellung der Fahrradpremiumroute, der Um- und Ausbau des ÖPNV und auch die Sanierung von Rad- und Gehwegen.

Neben diesen sehr konkreten Forderungen, die dort in dem Antrag enthalten sind, finden sich auch

Forderungen wie beispielsweise, dass der Wirtschaftsverkehr mehr Beachtung finden soll oder dass die Stadtentwicklung berücksichtigt werden soll. Das sind meines Erachtens hohle Phrasen. Man hat, glaube ich, einfach nur nach einem Wording gesucht, noch einmal die Begriffe Wirtschaftsverkehr und Stadtentwicklung irgendwie unterzubringen. Ich bin sehr gespannt auf die Konkretisierung, was genau Sie damit meinen oder wie konkret die Forderungen aussehen.

(Beifall FDP)

Kommen wir aber zurück zu den konkreten Forderungen! Sie sprechen von der Sanierung von Rad- und Gehwegen, Sie sprechen auch vom Ausbau des ÖPNV – vom grünen Ausbau des ÖPNV – und von der Fertigstellung der Radpremiumrouten. Da sind Forderungen dabei, insbesondere die Sanierung von Rad- und Gehwegen, die nicht neu sind. Auch der Ausbau des ÖPNV ist nicht neu. Das sind wichtige Themen, über die wir hier schon ein paar mal gesprochen haben, und dazu hat auch die FDP-Fraktion immer wieder einmal Anträge eingebracht. Aber wissen Sie was? Genau diese Themen sind doch die Themen, die wir im VEP-Projektbeirat diskutieren, und was ich nicht verstehe, ist, dass man sich selbst diese Möglichkeit nimmt, dort weiter mitzuarbeiten.

Wir sind ja bei Ihnen, und ich habe vollstes Verständnis dafür, dass die Tatsache, dass der VEP-Projektbeirat ein Jahr nicht getagt hat, nicht gut ist und dass wir dort seit vielen Jahren über verschiedene Themen debattieren. Auch das ist natürlich eine Tatsache, die vielleicht notwendig ist. Ich kann aber verstehen, dass es vielen nicht schnell genug vorangeht, und im Übrigen glaube ich – das ist zumindest mein persönlicher Eindruck –, dass auch aus den Reihen der Koalition der eine oder andere sagt, es könnte durchaus schneller gehen. Ich glaube, das ist gar keine so ganz neue Erkenntnis. Das ist ein Problem, aber letztendlich ist doch genau dieses Gremium die Möglichkeit, über diese Dinge zu sprechen, und genau dieses Gremium ist doch auch die Möglichkeit, diese Dinge voranzutreiben.

Glauben Sie mir, wir sind inhaltlich auch von vielen Themen nicht überzeugt, die dort debattiert werden, die dort vorgeschlagen werden, aber wir würden uns doch selbst nicht der Möglichkeit berauben, dort jetzt mitzuarbeiten. Das ist doch wirklich keine sinnvolle Entscheidung gewesen.

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Letztendlich ist genau das der Knackpunkt, den ich an Ihrem Antrag nicht verstehe: Zuerst kritisieren Sie, dass der VEP-Projektbeirat seit über einem Jahr nicht getagt hat. Gekauft, kann ich nachvollziehen! Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir innerhalb dieses Jahres ein bisschen mehr in dem Beirat gearbeitet hätten. Das verstehe ich. Aber in dem Moment, wo der VEP-Projektbeirat gerade wieder anfängt, wieder zu arbeiten, genau in dem Moment verabschieden Sie sich aus dem Gremium –

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das versteht keiner!)

ich verstehe nicht, wie das zusammenpasst! – und fordern dann in einem nächsten Schritt ein Gesetz, in dem man einmal eben so ein paar Sachen festhält, und irgendwie läuft das dann schon. Ich glaube, die komplexen Themen, die wir dort besprechen – und Verkehr ist ein hoch komplexes Thema, immer, wenn ich an der einen Stelle ein bisschen etwas drehe, dann wird an der anderen Stelle zwangsläufig etwas passieren –, das ist nichts, was man mal eben mit einem Gesetz festgießen kann. Ich glaube das ist ein dynamischer Prozess.

Noch einmal: Auch, wenn es schneller gehen kann, da bin ich bei Ihnen, ist dieses Gremium, glaube ich, genau der richtige Ort, um darüber zu streiten, und das ist übrigens auch für die Opposition der Ort, um ihre Ideen einzubringen und Dinge zu kritisieren. Ich glaube, diese Einfachheit, mit der Sie die Dinge in Ihrem Antrag darstellen, wird dem ganzen Thema und im Übrigen auch dem Anspruch, den Sie sich selbst eigentlich geben als CDU, nicht gerecht. Für uns als FDP-Fraktion, das muss ich ehrlich sagen, ist das einfach nur billiges Wahlkampfgeplänkel, aber das ist keine konstruktive Oppositionsarbeit, und deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Präsidentin, jetzt werden zum ersten Mal Herr Schäck und Herr Saxe in einer Debatte derselben Meinung sein!)

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Das stimmt nicht, wir waren uns schon öfter mal einig bei einigen Punkten, und ich finde, das hat das gut auf den Punkt gebracht. Ich wollte zum ersten Mal eine Meldung für eine Rede zurückziehen, weil ich dachte, es ist ja jetzt dann dabei alles gesagt worden. Ich will mich dann aber trotzdem doch noch mal zu meinem Eindruck zu diesem Antrag äußern, und da sage ich wirklich, simpel und dilettantisch ist das, was Sie uns da vorgelegt haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich werde Ihnen auch gleich begründen, warum das so ist! Die Idee eines Mobilitätsgesetzes ist ja nun nicht ganz neu, das wissen Sie auch. Das ist in Berlin als einzigem Bundesland 2018 gemacht worden. Da sind übrigens auch seit 25 Jahren keine großen Infrastrukturprojekte im ÖPNV fertiggebaut worden, das dauert eben alles ein bisschen länger.

Herr Bodeit, es gibt ein Positionspapier der Grünen, das haben Sie vielleicht nicht gelesen, das heißt „ticketlos plus“, wo wir uns ganz genau über die Finanzierung der Verkehrswende Gedanken gemacht haben, und da steht natürlich auch drin, dass man das am Ende in ein Gesetz gießen muss, wenn man sich über diese ganzen Sachen verständigt hat, aber dazu muss man sich erst mal wie im VEP und wie bei anderen grundsätzlichen Punkten verständigen, bevor man da Ziele in ein Gesetz reinschreiben kann. Das werden Sie wahrscheinlich auch verstehen.

In Bremen bräuchten wir – aber erst einmal nicht so allgemein, wie Sie das formuliert haben – ein in der Stadtbürgerschaft beschlossenes Mobilitätsgesetz. Da sind wir leider etwas anders organisiert, denn Sie müssten erst in den Landtag gehen, Herr Bodeit. Da müssten Sie ein Mobilitätsgesetz für das Land machen, und da könnten Sie die Ermächtigung mit hineinschreiben, dass die Kommunen dann Mobilitätsgesetze machen können. Das wäre die richtige Reihenfolge gewesen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Deswegen sage ich wirklich, das ist dilettantisch gewesen. Wenn Sie es dann in den Landtag eingebracht hätten und dann so begründet und dann noch durchdekliniert hätten, dann hätten Sie mich so ein bisschen an Ihrer Seite gehabt.

Ich finde auch, dass es am Ende nach diesen Prozessen, die ich schon angedeutet habe, tatsächlich so ein Mobilitätsgesetz geben muss, wo eben aber

auch Finanzierung vor allen Dingen drinsteht. Dann muss sicher sein, dass das, was da drinsteht, auch tatsächlich umgesetzt werden kann, und das sind bei Ihren Überschriften – Herr Schäck hat das ja eben zitiert, das kann ich mir dann sparen, Beachtung von dem und Beachtung von dem – so allgemeine Phrasen, dass ich wirklich fast mit den Ohren geschlackert hätte. Aber es war wirklich nicht besonders gut, was da mit drinsteht.

Sie haben auch verschwiegen, was eigentlich die Prämisse dieses Berliner Mobilitätsgesetzes ist mit dem, was Sie da dann verschwurbelt formuliert haben. In Berlin steht ganz eindeutig drin: Vorrang für den Umweltverbund. Das steht bei Ihnen nicht drin, das habe ich zumindest nicht gelesen. Vorrang heißt hier, etwas anderes hat keinen Vorrang, und es ist bei Ihnen nicht – –. Sie haben das Wort Auto zwar nicht erwähnt am Ende und sind dafür gelobt worden, aber von Vorrang für den Umweltverbund haben Sie nichts dabei geschrieben. Sie können doch nicht in so einem Ding tatsächlich das Thema Auto in so einem allgemeinen Aufriss einfach ignorieren, nicht darüber sprechen! Sie sprechen nicht über Parken, Sie reden nicht über Umverteilung, Sie reden nicht über Priorisierung, das fehlt. Wirklich, Herr Bodeit, das fehlt wirklich alles!

Aber wir müssen uns ja erst mal gemeinsam alle hier miteinander, so von da nach da, über diese Prämisse dieses Berliner Mobilitätsgesetzes mal einigen: Ist das richtig? Unterschreiben wir das alle, Vorrang für den Umweltverbund? Das heißt, zweite Priorität ist Auto, das ist doch wohl auch klar.

(Zuruf Birgit Bergmann [FDP])

Es gibt nämlich irgendeinen, der hat dann keinen Vorrang mehr. So ist das auch – –. Dazu müssen Sie sich mal äußern: Ist das Ihre Prämisse?

Dann finde ich, dass Sie das durchdeklinieren sollten. Die Koalitionsfraktionen haben zu bestimmten Punkten, das haben Sie erwähnt, im Verkehrsentwicklungsplan Klärungsbedarf gehabt. Das ist vollkommen normal. Ich gucke dann aber auch immer mal da hinten: Haben Sie denn Verantwortung als CDU? Und dann können wir doch da mal gucken, wie Sie das in der Praxis umsetzen, was Sie dann hier immer wieder betonen! Ich will gar nicht diese Scheuer-Ära erwähnen, weil man nicht immer nach Berlin zeigen soll und schon gar nicht rückwärtig,

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Der ist auch nicht in der CDU, oder?)

aber das war im Sinne –. Ich komme noch zu diesem Bundesland, Herr Eckhoff, keine Sorge! Das war desaströs im Sinne einer Mobilitätswende und auch im Sinne der Verhinderung der Klimakrise.

Ich gucke dann mal nach Bremerhaven!

(Zuruf Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU])

Herr Bodeit, ich gucke nach Bremerhaven, da haben Sie Verantwortung seit drei Jahren.

(Zuruf Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU])

In Bremerhaven gibt es überhaupt keinen VEP. Seit 2014 versucht man, so etwas zu machen. Das ist Arbeitsverweigerung. Die Grünen ziehen sich da nicht raus aus den Prozessen, wie Sie hier nach einem Jahr.

Sie haben als Opposition die Aufgabe, politisch die Verwaltung zu kontrollieren. Das ist Ihre Aufgabe, und der können Sie nur gerecht werden, wenn Sie in solche Prozesse mit reingehen und wenn Sie dort mitdiskutieren. Die Grundlagen der Verkehrspolitik in diesem Lande, das haben Sie 2014 gemacht, und heute haben Sie sich dabei verabschiedet, und ich finde das peinlich. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Anja Schiemann.

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren hier heute den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU „Eigene Ziele verbindlich festschreiben – Mobilitätsgesetz für Bremen erarbeiten“. Noch vor vier Monaten, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, haben wir hier in der Stadtbürgerschaft Ihren Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Verkehrswende nur durch Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans“ debattiert, mit dem Sie die Fortsetzung der Arbeit des Projektbeirats gefordert haben. Nun tagt der Projektbeirat VEP wieder, und Sie haben sich bereits nach der ersten Folgesitzung aus dem Projektbeirat zur Evaluierung des VEP verabschiedet und fordern nunmehr, die im VEP definierten Maßnahmen zur Verkehrswende in ein Mobilitätsgesetz zu gießen. Dieser Kurswechsel verwundert auch uns, verwundert auch mich ein wenig, so ist doch gerade die noch in der Abstimmung befindliche Teilfortschreibung

notwendig geworden, um den gestiegenen Anforderungen im Sinne der Verkehrswende auch konzeptionell gerecht zu werden.

Nichts anderes wollen Sie nun in dem von Ihnen favorisierten Mobilitätsgesetz widerspiegeln. Ja, in Berlin gibt es bereits seit 2018 ein Mobilitätsgesetz, das Maßnahmen zur Verwirklichung der Verkehrswende festlegt. Die dortige Bilanz zur planerischen und baulichen Umsetzung, beispielsweise beim Radwegeausbau, fällt dort nach vier Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes aber auch noch eher ernüchternd aus, so fehlt es in Berlin immer noch an einem bereits für Juli 2020 vorgesehenen Radverkehrsplan. Erst dieser legt auch dort fest, dass verbindliche Qualitätsstandards und messbare Ausbauziele erst einmal planerisch festgelegt werden müssen.

Bestehende Planwerke wie der Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr mussten in den Jahren nach Inkrafttreten des Mobilitätsgesetzes in Berlin zunächst noch konzeptionell erweitert und finanziell deutlich aufgestockt werden, und ich denke, das sind wir in Bremen doch schon sehr viel weiter. Nirgends in Deutschland fahren die Menschen nämlich so viel mit dem Fahrrad und gehen so viel zu Fuß wie in Bremen, und das hat auch seinen Grund, denn Bremen verfügt bereits über ein gutes Fußwege- und Radwegenetz, das es allen Bremerinnen und Bremern erlaubt, von einem Stadtteil in den nächsten mit dem Rad zu fahren oder spazieren zu gehen. Versuchen Sie das einmal in Hamburg und Berlin, das wird Ihnen dort nicht gelingen! Die Neustadt zum Beispiel ist Fahrradmodellquartier. Auch das gibt es nicht so oft in Deutschland.

Die Planungen für die Radpremiumrouten und Fahrradbrücken sind auch bereits weit fortgeschritten und teils auch bereits in der Umsetzung. Ich persönlich fahre jeden Tag mit meinem Fahrrad die Fahrradrouten D.15, das Teilstück vom Neustädter Bahnhof bis in die Stadt hinein. Das kann ich nur allen empfehlen, das ist wunderbar umgesetzt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist wahr!)

Dieses Rad- und Fußwegenetz muss natürlich stets gepflegt, erweitert und saniert werden, insbesondere auch in den innenstadtfüreren Stadtteilen und auch in den Gewerbegebieten, das ist klar. Hier müssen wir auch in den nächsten Haushaltsberatungen weiter darauf achten, dass die dafür benötigten Mittel auskömmlich hoch sind.

Aber auch der von Ihnen kritisierte Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Bremen ist nicht so rückständig, wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, uns das immer vorhalten. Die Umsetzung der Verlängerung der Linie 1 und 8 bis in die niedersächsischen Nachbargemeinden Stuhr und Weyhe schreitet voran, und die Planungen für die Weiterführung der Straßenbahn nach Osterholz sind abgeschlossen. Im laufenden Gerichtsverfahren konnte ein Vergleich geschlossen werden, sodass nun die Umsetzungsphase folgt. Der ZOB steht kurz vor der Fertigstellung, genauso wie die Bahnumsteiganlage in Gröpelingen.

In den letzten drei Coronajahren hat die BSAG unter anderem durch Angebotsausweitungen wie der Einrichtung der Expresslinie 63 S rasch auf die Pandemie reagiert, und tariflich haben wir mit der Einführung des Stadttickets und des Jugendtickets dafür gesorgt, dass auch Menschen mit schmalen Geldbeutel den ÖPNV nutzen können. Das 9-Euro-Ticket, das wir gerade für drei Monate haben, kann man, denke ich einmal, jetzt auch schon als vollen Erfolg bezeichnen.

Aber zurück zum geforderten Mobilitätskonzept! Aufgrund der vielen allgemeinen Soll-Formulierungen in einem Mobilitätsgesetz nach dem Vorbild von Berlin hat dieses in Berlin gerade nicht die Verkehrswende per Gesetz eingeleitet. In Berlin wurde seit Inkrafttreten des Mobilitätsgesetzes noch kein Kilometer Radschnellverbindung gebaut. Warum? Weil auch in Berlin wie auch hier in Bremen oder anderswo Planungsprozesse von Verkehrsanlagen aus verschiedenen aufeinander aufbauenden Planungsschritten bestehen und sich meistens über mehrere Jahre erstrecken! Eine gut funktionierende Verkehrswende muss daher mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf gut geplant und mit den Menschen in unseren Quartieren abgestimmt werden.

Fazit: Das von Ihnen geforderte Mobilitätsgesetz ist keine Blaupause für eine schnellere Umsetzung der Verkehrswende.

(Glocke)

Allein durch eine landesrechtliche Gesetzgebung kann die klimapolitisch dringend notwendige Verkehrswende nämlich nicht bewältigt werden. Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, lehnen wir deshalb ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

(Zurufe)

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde mir jetzt schon durch Zurufe die Aufgabe gegeben, jetzt diese Debatte noch vernünftig abzubinden. Das fällt mir aber auch ein bisschen schwer. Wir hatten ja vorhin einen Antrag über Kultur diskutiert, den hat man uns von der Opposition ja mächtig um die Ohren gehauen, aber ich habe jetzt den Eindruck, mit diesem Antrag wird da gezeigt, dass Sie es eigentlich so richtig auch nicht besser können.

Ich habe mir so viel aufgeschrieben über das Mobilitätsgesetz und musste da eigentlich feststellen, dass der Kollege Bodeit eigentlich erst nach der Nachspielzeit – also die Glocke hatte dann schon geläutet – so zwei Sätze darüber gesprochen hat, ansonsten wurde hier mehr oder weniger der VEP-Prozess auseinandergerissen. Insofern muss ich mich jetzt schon vom Konzept her total umstellen, weil ich eigentlich etwas ganz anderes sagen wollte. Wenn man aber schon mal so ein Gesetz macht, hätte ich es enorm spannend gefunden, wenn Sie da hineingeschrieben hätten, dass Sie für die Investitionen in die Mobilität die Schuldenbremse aussetzen würden, dann hätte man zumindest die Möglichkeit gehabt, Investitionen zu finanzieren. Wenn man sich die mal so ganz genau anguckt, weiß man, dass man da ganz locker in mittleren dreistelligen Millionenbeträgen unterwegs ist, wenn man das alles so umsetzen will, wie man sich das vorstellt.

(Beifall DIE LINKE)

Also, braucht Bremen ein Mobilitätsgesetz? Ich fand das gar nicht so uncharmant. Darüber kann man ja reden, aber ein solches Gesetz wird nicht dadurch entstehen, dass wir hier beschließen, der Senat soll einmal eins erarbeiten. Es wird nur entstehen, wenn es eine politische Verständigung über die Knackpunkte gibt, die darin behandelt werden müssen. Es gibt, das wurde auch schon mal gesagt, ein Mobilitätsgesetz in Berlin. Das will ich gar nicht alles wiederholen, aber ich will nur noch einen Satz dazu sagen: Das ist damals aus der Initiative für ein Volksbegehren zum Radverkehr entstanden, also noch mal zu sagen, dass da auch Politik irgendwie von außen getragen worden ist.

Bekanntlich wird der VEP-Prozess ja demnächst abgeschlossen, und damit wird der bestehende VEP ergänzt und erweitert. Daraus hat sich die CDU unlängst zurückgezogen, das hat der Kollege Schäck so schön – -. Das kann ich gar nicht so schön sagen, wie er das gemacht hat. Ich wusste gar nicht, dass ich noch mal so nahe an den Kollegen Schäck komme,

(Zuruf)

aber Regierungsbeteiligung prägt auch, wenn sie in Berlin ist. Ich finde es nun schade, aber vielleicht überlegen Sie sich das ja noch mal und kommen in diesen Prozess noch mal rein.

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Herr Eckhoff, Sie sind die wahre Opposition jetzt, das ist halt so, aber das ist ja auch keine schlechte Rolle. Sie nehmen die ja – -.

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Ja, das sehe ich auch! Sie sind da schon im Wahlkampfmodus hier mit dieser ganzen Geschichte, das merkt man, aber ich finde, Sie sollten wieder zurückkommen zum VEP-Prozess, da können Sie ja wenigstens noch das eine oder andere bewegen. Nun maulig da herauszugehen und sagen, ich kann da nichts bewegen, denn das läuft ja alles nicht, aber dann kann man sich auch überlegen, warum Sie hier noch sitzen. Hier können Sie auch nichts bewegen, aber Sie bleiben da trotzdem sitzen und gehen da auch nicht nach Hause. Insofern, kommen Sie mal rein und diskutieren Sie mit uns, auch kontrovers,

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Eigentlich haben Sie recht!)

und ich finde, dann wahren Sie auch Ihr Gesicht. Das war nun wirklich so wie eine beleidigte Leberwurst, zu sagen, wir gehen jetzt aber raus, ich habe da keine Lust mehr mit Ihnen.

(Beifall DIE LINKE)

Das war nicht so klug.

Wenn man sich aber mit dem Mobilitätsgesetz befassen will: Gut, es kann dem Haushalt ja nicht vorgehen, und es kann den VEP-Prozess nicht ersetzen, aber es kann Festlegungen treffen, zum Beispiel zum Verhältnis von Investitionen im Autoverkehr, ÖPNV, Radverkehr und Fußverkehr, zu den

notwendigen Verwaltungsstrukturen, für einen ticketfreien ÖPNV, indem die Finanzquellen benannt werden, die ihn tragen, zur Parkraumbewirtschaftung, zur Finanzierung von Maßnahmen durch eine Mobilitätsabgabe, zur Widmung von Straßenraum, weg von der Kfz-Nutzung, und zum perspektivischem Aufbau eines realistischen Metronetzes mit Expressbussen oder Direktlinien, das Mobilität im gesamten Stadtraum schneller ohne Kfz möglich macht. Von all dem findet sich im Vorschlag der CDU nichts, so, wie es seitens der CDU zum VEP-Prozess außer allgemeiner Kritik nichts Vorwärtsweisendes gibt.

Frau Präsidentin, erlauben Sie, Sie kennen das ja schon bei mir?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Nein, das erlaube ich nicht! Beim letzten Mal ist das dann so von anderen ausgenutzt worden, dass ich dieses Mal tatsächlich ab 45 Sekunden endgültig abwürge.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Aber nie von mir, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Das mag sein. Machen Sie lieber weiter! 20 Sekunden und eine zweite Runde haben Sie noch.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Wenn man sich den Antrag durchsieht, fällt generell auf, Konflikte um Straßenraum oder Finanzmittel scheint es gar nicht zu geben. Es werden Aussagen getroffen zum Ausbau von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, aber es gibt keine Aussagen dazu, dass man weniger im Bereich Kfz-Verkehr investieren soll, dass man Parkraum bewirtschaften muss, dass man bestimmte Straßen des Kfz-Verkehrs entwickeln muss.

(Glocke)

Man hat den Eindruck, die CDU entwickelt hier ein Konzept der autogerechten Stadt plus, dem Umweltverbund wird gegeben, dem Kfz-Verkehr wird nichts genommen.

(Beifall DIE LINKE)

Das wird aber nicht gehen in einer Welt – jetzt komme ich zum Schluss! –, wo nicht nur das Geld begrenzt ist, sondern auch der Straßenraum nun mal endlich ist. Letzter Satz: Deshalb hilft der Antrag der CDU leider nicht weiter.

Stattdessen fordere ich die CDU herzlich auf, sich wieder in den VEP-Prozess zurückzugeben. Sich an den Katzentisch zu setzen und sich zu beschweren, es würde nicht schnell genug serviert, das ist keine ernsthafte Herangehensweise. – Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, herzlichen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Kollege, wenn ich klinge, ist das das Zeichen, dass Sie zum Ende kommen müssen und nicht noch zehn Sätze sagen. Wenn Sie dann einen Satz sagen, okay, aber keine zehn, okay?

(Zuruf DIE LINKE)

Bandwurmsätze waren schon in der Schule nicht beliebt!

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Stehen wir hier zur zweiten Runde, und ich bin erst einmal wirklich geschockt, wie sehr diese Probleme, die sich hier im VEP aufgetan haben, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Das ist ja unglaublich! Wenn Sie den Menschen vor dem Wahlkampf, vor dem letzten Wahlkampf gesagt hätten, dass Sie jetzt hier vier Jahre Planung machen, dann wäre das ehrlich gewesen.

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch alles nicht!)

Doch, absolut! Das sind ja nur Planungsjahre! Wir sind jetzt im dritten Jahr, und es passiert nichts, und Sie wollen weiter planen und arbeiten an neuen Konzepten, erzählen mir etwas, dass Sie neue Papiere entwickelt haben, die man sich wieder durchlesen könnte, aber an der Umsetzung tut sich gar nichts!

(Beifall CDU)

Ganz ehrlich, liebe Abgeordnete von den Grünen, und das gilt natürlich auch für die FDP: Wenn Sie uns jetzt Arbeitsverweigerung vorwerfen, dann setzt das wirklich dem Ganzen die Krone auf!

(Beifall CDU – Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wer seit 2014 kaum Projekte umsetzt, und das sagen nun wirklich alle Verbände, an vorderster Front der BUND, der sogar die Arbeit einstellt –

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist jetzt wirklich ein Witz!)

nein! –, das ist doch logisch, dann sind wir nicht länger bereit, ständig über Projekte zu reden, wir wollen sie auch endlich umgesetzt sehen! Das ist doch völlig normal! Das erwarte ich von einer Regierung, sonst braucht man sich doch da nicht hineinwählen zu lassen!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Jetzt ganz ehrlich: Diese Glückskekssprüche, das ist auch nicht konstruktiv, oder?

(Beifall CDU)

Dieser Dekonstruktivismus, den Sie hier machen, ist heute doch nicht mehr en vogue! Das kann doch nicht ernst gemeint sein!

Gehen wir doch einmal zu den Fahrradbrücken, die haben Sie doch versprochen im Wahlkampf! Die sollten 2023 alle drei fertig sein, alle drei! Wo sind die denn?

(Beifall CDU – Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie denn in der Deputation nicht aufgepasst?)

Nein, ich habe genau aufgepasst!

(Zuruf – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Ruhig Blut!)

Ja, ruhig Blut! – Das ist eine Debatte! Wenn es Ihnen zu laut wird, dann gehen Sie vor die Tür und trinken Kaffee!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Oder Tee!)

Oder einen Tee! Kamillentee!

(Heiterkeit)

Das war ein guter Einwand. Vielen Dank, Herr Güngör! Nein, wir erwarten von Ihnen tatsächlich als Regierung, dass Sie hier anpacken und nach vorn kommen. Deswegen sind wir aus dem VEP

ausgestiegen, weil uns einfach die Resultate fehlen, und weiter möchte ich das jetzt auch nicht ausführen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß wirklich nicht, was ich dazu sagen soll! Sie gehen noch nicht mal darauf ein, dass ich sage, Ihre Initiative gehört gar nicht in dieses Gremium hier hinein, sondern die müssten wir im Landtag einbringen, und dann müssten wir das so strukturieren, wie ich es gesagt habe. Das ist der grundlegende Dilettantismus, der dahintersteckt, und den haben Sie dann weiter durchdekliniert mit den Überschriften, die Herr Schäck schon besprochen hat, und dann so ein paar Details, die Sie da noch mit reingeschrieben haben. Das ist kein Aufschlag für ein Mobilitätsgesetz. Ich sage noch mal: Diese ganze Frage, was Herr Schumann gerade eben gesagt hat mit den Flächen, den Umverteilungen, dem Parken: Sie erwähnen es schlichtweg nicht in einem Aufschlag für ein Mobilitätsgesetz. Das finde ich erstaunlich.

Was ist denn eigentlich der Flaschenhals der Mobilitätswende? Darüber müssen wir uns ja mal Gedanken machen! Ist es denn so ein Mobilitätsgesetz mit ganz vielen allgemeinen Floskeln wie in Ihrem Antrag, wo man dann eben auch nicht hinterhergehen kann, dass die Stadtentwicklung beachtet werden muss und die Wirtschaftsverkehre, natürlich, dass der Klimaschutz und der Umweltschutz beachtet werden müssen? Das tun wir immer! Das sind doch Allgemeinplätze! Warum schreiben Sie da so was rein? Ich verstehe es wirklich nicht, was Ihr Angang gewesen ist.

Wenn wir nach den ganzen Prozessen, die wir jetzt machen – und da diskutieren wir ja miteinander im VEP –, dann zu Zielbeschreibungen kommen und dann auch über solche Dinge sprechen, wie ich das gesagt habe, über eine Priorisierung: Das ist das Entscheidende, sich zu trauen zu sagen, wir priorisieren das Verkehrsmittel Fahrrad, Fuß, ÖPNV, Carsharing gegenüber der normalen Autonutzung. Das ist eine klare Ansage, und auch die Umverteilung der Finanzmittel gehört natürlich dazu.

Aber was ist der Flaschenhals der Verkehrswende, Herr Bodeit? Das ist das Personal. Ich zitiere Ihren Bürgermeister in Bremerhaven, der begründet hat,

warum man zum wiederholten Male das mit dem Verkehrsentwicklungsplan da in Bremerhaven nicht hinbekommen hat, und zwar über einen jahrelangen Prozess – nicht über ein Jahr reden wir da, da reden wir über Jahre. Er hat gesagt: Wir benötigen für das Verkehrsthema Fachleute. Die sind rar. Wow, das ist Ihre Erkenntnis in Bremerhaven gewesen!

Wir müssen uns dem Thema widmen, das ist doch vollkommen klar. Wenn wir alle miteinander diese vielen Sachen machen wollen, die ja auch in der Enquetekommission besprochen worden sind, dann liegt es ja auf der Hand, dass das viele kleine Maßnahmen sind, wofür wir viele gut ausgebildete Leute brauchen. Wir brauchen Leute im Straßenbau. Sonst können wir die Aufträge vergeben, aber sie werden immer nur teurer und teurer, weil es zu wenig Leute gibt, die sie ausfüllen können, und weil es eben auch zu wenig Konkurrenz gibt. Wenn wir uns darum nicht kümmern, können Sie Papiere, Gesetze, Positionspapiere, alles vergessen.

Das Gleiche ist beim planenden Personal in der Verwaltung. Bremerhaven findet offensichtlich überhaupt keine Leute. Ich sehe zumindest bei der Senatorin immer wieder neue junge Mitarbeiterinnen, vorzugsweise ganz tolle Frauen, die ich da inzwischen erlebt habe, die sich haben begeistern lassen für das, was in diesem Ressort gemacht wird – also ganz so verkehrt kann das ja wirklich nicht sein – und die auch ganz emsig an Themen arbeiten. Um da einmal ein Gesetz zu nehmen: Dieses Mobilitätsbauortsgesetz, das ist im Bundesschnitt ein ganz großer Wurf, wo wir ein wichtiges Instrument für die Verkehrswende geschaffen haben.

Was brauchen wir aber in Bremen oder auch in Bremerhaven, damit wir in den Konkurrenzen zu anderen Städten dann wirklich bestehen können? Wir müssen selbst ausbilden, Herr Bodeit, das ist das Entscheidende. Wir müssen selbst die Leute ausbilden, und wir haben als Grüne jetzt schon ein paar mal vorgeschlagen und sind auch in Gesprächen mit der Hochschule gewesen: Lasst uns dort einen Studiengang machen. Wir haben vorgeschlagen eine Radverkehrsprofessur, eine Professur für Barrierefreiheit Nahmobilität. Lasst uns dann einen Masterstudiengang danach machen, wo die Masterstudenten dann schon in der bremischen Verwaltung tätig sind, erst mal frischen Wind da reinbringen, aber dann eben auch eine andere Bindung an diese Stadt bekommen! Wenn wir das nicht miteinander hinbekommen, wenn wir das nicht machen, dann werden wir die Leute nicht bekommen, denn andere Städte machen das, die bilden selbst

aus. Das ist der Flaschenhals der Verkehrswende: dass wir ausbilden in den Handwerksbetrieben, die dann Straßenbau betreiben, aber dass wir eben auch mehr Planerinnen und Planer bekommen. Das ist das Entscheidende, was wir miteinander machen wollen.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Herr Saxe, machen Sie doch einfach! Sie regieren seit 15 Jahren! Machen Sie das doch!)

Haben Sie schon einmal mit Hochschulen diskutiert, Herr Eckhoff? Die haben eine ganz schöne Autonomie. Ich kann versuchen, sie zu überzeugen, und ich kann in die Pläne, die wir machen, die Mittel dafür einstellen, Herr Eckhoff,

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Es sind immer die anderen schuld!)

aber Sie haben das ja noch nicht mal beachtet! Das Problem ist Ihnen doch nicht mal klar, und wenn man keine Problemklarheit hat, dann formuliert man eben solche schlampigen Anträge. Das ist das Ergebnis davon.

Es gibt sehr gute Konzepte zum Verkehrsbereich aus der SPD, von der LINKEN gibt es gute Positionspapiere zum Thema ticketlos/ticketlos plus. Wir sind der Auffassung, ticketlos allein reicht nicht, sondern die Finanzierung der Verkehrswende – Angebotsausweitung, ÖPNV – muss eben auch Investitionen in Professuren bedeuten, muss bedeuten, dass wir natürlich den Fuß- und Radverkehr gleichzeitig dabei mitfordern.

(Glocke)

Auf so ein Gesamtkonzept der Verkehrswende warte ich bei Ihnen bisher auch. Das ist bisher, vielleicht, weil Sie sich um das Thema ein paar Jahre nicht gekümmert haben, das kann mal passieren –

(Zuruf Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU])

Es ist tatsächlich so, dass Sie sich darum wirklich einmal kümmern sollten und Ihre Hausaufgaben machen müssten. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

(Zurufe CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte ja gern dem Dialog in den Reihen da noch zugehört, aber ich schätze einmal, wir kommen da vielleicht auf den einen oder anderen Punkt, der Herrn Saxe und Herrn Eckhoff gerade bewegt hat. Zuerst möchte ich sagen, Herr Bodeit, Sie haben mir gerade Arbeitsverweigerung vorgeworfen, und da bin ich ganz bei Herrn Schäck: Wenn man selbst aus einem VEP-Prozess aussteigt, dann verweigert man die Mitarbeit. Insofern, finde ich, sollten Sie bei Ihrem Wording schon ein bisschen aufpassen. Ich teile das, Herr Schäck hat gesagt, glaube ich, es ist peinlich, oder ich weiß nicht, vielleicht war es auch Herr Saxe, aber es ist auf jeden Fall nicht konstruktiv, und wenn man etwas bewegen möchte, dann sollte man sich aus solchen Prozessen nicht verabschieden.

Ich möchte allerdings jetzt doch einmal ein paar Punkte aufzählen, weil Sie gesagt haben, nichts sei passiert. Das kann ich in der Tat so nicht teilen. Ich fange jetzt einmal mit dem Fahrradverkehr an! Vor einer Stunde durfte ich der „Financial Times“ ein Interview geben. Warum? Weil Bremen die fahrradfreundlichste Großstadt ist! Das wird nicht nur in Deutschland wahrgenommen und nicht nur mit Mobilitätspreisen dann auch noch mal honoriert, sondern es wird international wahrgenommen, meine Damen und Herren. Wir haben die erste Fahrradzone, das erste Fahrradquartier, wir haben eine Radförderung, die deutlich höher ist als in den vergangenen Jahren, und ja, die Fahrradbrücken sind nicht fertiggestellt, weil Brückenbau auch schwierig ist. Es gibt nirgendwo eine Brücke in Deutschland, die in drei Jahren geplant und fertiggebaut ist, aber daran wird gerade mit Hochdruck gearbeitet.

Martinstraße, da möchte ich einmal sagen: im alten VEP beschlossen, auch mit Ihnen! Jahrelang ist nichts passiert. Ich erinnere mich daran, dass die Handelskammer damals vor etlichen Jahren deutlich gesagt hatte, sie wolle auf gar keinen Fall, dass die Martinstraße zurückgebaut wird. Das hat sich geändert, und wir haben es angepackt. Jetzt kann man über Verkehrsversuche streiten, Herr Schäck, ob sie gut sind oder nicht, und hätten wir es denn schon immer gewusst. Jetzt haben wir es belegt, und ehrlicherweise ist auch das ein Lernprozess, weil Verkehrsplaner vorher gesagt haben, die Einbahnstraßenlösung wäre die beste Lösung. Wir haben jetzt belegt, nein, das ist es nicht. Insofern sei es auch gestattet, dass ein Verkehrsressort vielleicht einmal durch einen Versuch etwas lernt.

Auch wenn Sie jetzt sagen, siehste, das haben wir schon immer gewusst, aber dass da jetzt nichts passiert sein soll, kann man uns nun wirklich nicht vorwerfen. Im Gegenteil: Aus vier Spuren sind jetzt zwei Spuren geworden, und wären Sie, Herr Bodeit, im letzten VEP-Beirat letzte Woche gewesen, der extrem konstruktiv war – ich gucke jetzt einmal diejenigen an, die da sind –, dann hätten Sie gelernt, dass man sich da auch verständigt hat, dass man die Martinstraße auch in dem jetzigen Zustand lässt und dann eben auch noch mal fertigstellt, aber nicht wieder auf vier Spuren zurückgeht.

Ich möchte einmal etwas zum ÖPNV sagen, denn ich kann es ehrlicherweise auch nicht mehr hören, wenn Sie sagen, nichts sei hier passiert. Ich fange einmal beim SPNV an! Haltestelle Technologiepark: beschlossen, in Planung, wird umgesetzt. Jetzt muss ich doch einmal sagen, Herr Schäck, da bräuchten wir trotzdem die Regionalisierungsmittel, das würde es einfacher machen, aber da kämpfen wir Seite an Seite. Straßenbahndepot: neu hergestellt, stärkt den ÖPNV. Wir haben neue Elektrobusse angeschafft, wir haben neue Straßenbahnen angeschafft. Wir richten gerade das Depot und andere Flächen in Bremen, um in der Neustadt, aber auch in Bremen-Nord dort die ganze Elektroinfrastruktur aufzubauen, damit die Busflotte dann auch beizeiten umgerüstet ist und die Infrastruktur dafür da ist. Das schaffen wir auch.

So viel einmal zu den Tarifen: Tarife stabil zu halten, kostet schon etliche Millionen. Da haben wir noch nicht irgendetwas reduziert, aber wir haben das StadtTicket eingeführt, den Nachtzuschlag abgeschafft, das Schüler-, Auszubildendenticket, und wir sind gerade dabei, die nächsten Ausbaustufen des ÖPNV anzugehen.

Straßenbahnausbau: Jetzt kann man, Herr Bodeit – Sie kennen sich ja nun wirklich in Huchting aus –, nicht sagen, nichts wäre gemacht. Gerade die Linien 1 und 8 werden ja gerade umgesetzt, im Übrigen mit Ringbusverkehr, Herr Bodeit, das sollten Sie nicht vergessen, denn das war auch eine Lösung, die es all die Jahre nicht gab und die es jetzt überhaupt ermöglicht, dass es die Linien 1 und 8 gibt.

Seit 2007 wurden übrigens die Verlängerungen der Linie 4 nach Lilienthal sowohl der Linie 1 nach Tenever und weiter nach Mahndorf gebaut. Insofern können Sie nicht sagen, da ist nichts passiert, aber die Linien 1 und 8 werden ja nun gerade gebaut und auch die Querspange Ost, auch wenn

Herr Lübke immer wieder sagt, er möchte nicht die Querspange Ost, und er das auch auf Facebook dokumentiert.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Herr Rohmeyer auch!)

Herr Rohmeyer auch! Da sieht man, dass nicht jeder in der CDU den ÖPNV-Ausbau und die Straßenbahnverlängerung gut findet.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Sie hängen die Stadtteile damit ab!)

Der ÖPNV-Rettungsschirm, das will ich auch noch mal sagen: Wir haben zwei Jahre Pandemie hinter uns, ich hoffe, auch hoffentlich dann komplett irgendwann mal hinter uns, das hat zu etlichen Fahrgasteinbußen geführt. Es war echt auch – –. Von wegen Arbeitsverweigerung, Herr Bodeit: Als Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz habe ich schon einen Beitrag und einen nicht so kleinen geleistet, dass es den ÖPNV-Rettungsschirm auch in diesem Jahr wieder gibt, und ehrlicherweise habe ich auch dafür gesorgt – so viel dann einmal zum Fahrrad- und Fußverkehr! –, dass es am Ende einen Kompromiss gab, nämlich da, wo es sich über Monate verhakt hatte, nämlich bei der StVO, und das ist eine Stärkung des Fahrrad- und Fußverkehrs.

Wenn wir uns den Fußverkehr anschauen, dann gibt es mehr Tempo-30-Zonen – und zwar vor allen Schulen und fast allen Kitas und sozialen Einrichtungen –, als es vorher gab. Beim Anwohnerparken könnte ich das SUNRISE-Quartier nennen, aber Herr Bodeit, wenn Sie sagen, es gibt hier keine Einigung über das Anwohnerparken und wie teuer es sein darf, dann bin ich gespannt, was hier Ihr öffentlicher Vorschlag ist. Dann sagen Sie doch einmal das Preisschild der CDU für das Anwohnerparken! Ich würde mich freuen. Carsharing haben wir auch ausgebaut.

Ich möchte etwas zur Finanzierung sagen! Deutschlandweit sind wir die Einzigen, die einen Fußetat haben oder mit die Einzigen, die überhaupt einen Fußetat eingeführt haben – das ist eine Erneuerung in dieser Legislaturperiode, meine Damen und Herren – und eine deutliche Erhöhung des Fahrradetats, sowohl für die Sanierung als auch für den Neubau.

Wir haben das vertiefte Innenstadtkonzept auf den Weg gebracht, darin stehen die Maßnahmen wie die Umnutzung von Parkhäusern. Das Mobilitätsortsgesetz – von Herrn Saxe schon angesprochen –

möchte ich auch noch einmal erwähnen. Meine Staatsrätin für Stadtentwicklung sitzt ja hier. Es gibt kein Neubauquartier mehr, wo wir nicht ein Mobilitätskonzept auf den Weg bringen. Wir haben autofreie Quartiere, gerade in der Vahr, aber wir haben auch moderne Mobilitätskonzepte bei den WeserHöfen, im Tabakquartier, im Steingutquartier. Also tun Sie doch nicht so, als ob wir hier wirklich rückständig sind!

Jetzt würde ich gern zum Mobilitätsgesetz etwas sagen! Ich will nicht so viel wiederholen, was andere schon gesagt haben, aber, wenn man sich Berlin anschaut – das scheint ja Ihr Beispiel zu sein –, dann muss man doch sagen, das ist in Berlin auch kein Selbstläufer.

Präsident Frank Imhoff: Frau Bürgermeisterin, würden Sie das Papier vom Mikro herunternehmen? Dann hört man Sie viel besser. – Danke schön!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Entschuldigung! Vielen Dank für den Hinweis, Herr Präsident! Wenn man sich wirklich anschaut, wie in Berlin das Gesetz dann auch wirklich in die Tat umgesetzt wird: Der Ausbau der Straßenbahnen in Berlin kommt nur ganz langsam voran. Aktuell wurden dort 25 Jahre alte Planungen realisiert. Es gibt nur eine einzige neue U-Bahn-Linie, das ist die Verlängerung der U5 vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor quer durch die Berliner Innenstadt, und das wurde auch schon vor 25 Jahren konzipiert. Das heißt, das, was hier zum Teil ein Problem ist, aber auch allerorts in ganz Deutschland, ist, dass wir lange Planungen haben.

Wir brauchen eine Planungsbeschleunigung. Sie schreiben aber in Ihrem Antrag – den muss ich noch mal eben herholen, ich habe es mir extra markiert, und das hat mich dann ehrlicherweise etwas irritiert –: „Die Umsetzung verzögert sich oft aufgrund von langjährigen rechtlichen Auseinandersetzungen. Beteiligung ist wichtig, um die Menschen mitzunehmen. Letztendlich liegt es aber an der Politik, Maßnahmen im Interesse der gesamten Stadt zu beschließen und zeitnah umzusetzen.“ Dann lese ich daraus, Herr Bodeit, dass Ihnen das erst mal ziemlich egal ist, wenn es rechtliche Auseinandersetzungen gibt. Sie wollen vorher Fakten schaffen, und da sage ich, und das habe ich hier auch schon öfter gesagt, ich finde, es gebührt der Respekt gegenüber dem Gericht und auch den Klägern, dass man nicht vorher Fakten schafft.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Danke schön!

Wir leben in einem Rechtsstaat, und Planungsbedürftige dürfen Rechtsmittel gegen Planfeststellungsbeschlüsse einlegen. Das braucht Zeit, das kennen wir jetzt aus dem Beispiel des Ausbaus der Linie 8, das hat Jahre gedauert. Am Ende ist man dann aber eben auch sicher, wenn das Gericht entschieden hat, dass man dann auch grünes Licht für den Bau hat.

Meine Damen und Herren, ja – ich komme zum Schluss Herr Präsident, weil ich es hier auch leuchten sehe! –, wir haben Fachkräftemangel, das ist auch ein Thema, das die Verkehrsministerkonferenz diskutiert hat, weil das nicht nur in Bremen ein Problem ist. Das ist in ganz Deutschland ein Problem. Wir haben im ASV auch ein Problem, wenn die Autobahngesellschaft, die gerade neu gegründet worden ist, aus allen Ämtern deutschlandweit Personal abfischt. Da sind wir sozusagen Haie in einem Becken, die gegenseitig versuchen, sich das Personal abspenstig zu machen. Da bin ich bei Herrn Saxe, der sagt, wir müssen mehr ausbilden. Wir brauchen mehr Studiengänge, und zwar nicht nur in Bremen. Überall fehlen die Fachkräfte, und deswegen geht es auch nicht nur in Bremen manchmal zu langsam – ich bin auch ungeduldig, ich würde mir viele Sachen auch schneller wünschen –, sondern in jedem Bundesland, egal welcher Farbe, meine Damen und Herren.

Deswegen braucht es mehr Fachkräfte, es braucht natürlich auch mehr Finanzierung. Das ist aber auch in Bremen bei den Finanzierungsfragen ein Teil der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans. Da arbeiten wir, zumindest die Koalition mit der FDP zusammen, sehr konstruktiv. Ich glaube, dass wir auch bald zu einem Abschluss kommen können, zumindest sehe ich hier innerhalb der Koalition einen großen Konsens. Wenn die CDU gern weitermachen möchte, sind Sie herzlich willkommen, die Tür ist nicht zu. Das wäre ein konstruktiver Beitrag.

Alles andere, was Sie uns vorgeworfen haben, was Sie tituliert haben als Arbeitsverweigerung, muss man leider dann auch in Ihre Richtung schieben. Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie am VEP-Prozess weiter teilnehmen würden und wieder zum Beirat kommen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der CDU mit der Drucksachennummer [20/709_S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 27

vom 9. Mai 2022

(Drucksache [20/701_S](#))

Gemäß § 12 Absatz 3 des Petitionsgesetzes verlangt die Fraktion der CDU eine Aussprache über die Petition S 20/252.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwenser.

Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einmal wieder zur Primetime ein Thema, das uns aber eigentlich heute durchgehend beschäftigt hat, nämlich das Thema Inklusion, und wie meint es der Senat an der Stelle wirklich mit den Menschen, die davon betroffen sind!

In dem Bericht des städtischen Petitionsausschusses – es wurde schon gesagt – geht es um den Gegenstand der Schulbegleitung, den wir heute diskutieren wollen. Die Schulbegleitung gemäß § 35a SGB VIII ist eine ambulante Unterstützungsleistung, die die Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche, die aufgrund einer drohenden seelischen Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, am Unterricht und am Schulleben teilzuhaben, eingeschränkt sind. In Anspruch nehmen können die Unterstützung Kinder, die seelisch behindert oder von einer seelischen Behinderung bedroht sind, wenn ihre seelische Entwicklung mehr als sechs Monate verzögert ist.

Der Petent kritisiert konkret, dass für die Schulbegleitung nach § 35 SGB VIII – zuständig ist die Senatorin für Soziales – geplant ist, ungelernete Kräfte aus dem Bereich der Jugendhilfe einzusetzen. Das heißt konkret, dass seit 2021 empathische Menschen, engagierte Menschen oder sozial erfahrene Menschen diese Schulbegleitung übernehmen dürfen. Empathische Menschen können sich sicher in Gedanken und in die Gefühlswelt anderer Menschen hineinversetzen. Sozial erfahrene Menschen, dazu gibt es keinen so richtigen Begriff, und engagierte Menschen sind wir im Zweifel alle selbst, weil wir uns ja auch alle engagieren. Was sie aber alle eint: Es sind keine Pädagogen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es gerade im Bereich von § 35a auch Menschen oder Kinder gibt, Jugendliche gibt, die genau in das Schulsystem der Förderzentren, des letzten Förderzentrums gehen, nämlich in die Fritz-Gansberg-Straße. Es weiß jeder von uns, der sich die ganze Zeit damit befasst hat, was für Kinder und Jugendliche davon betroffen sein können, und ich frage Sie allen Ernstes: Glauben Sie wirklich, dass es an der Stelle richtig ist, auf sozial erfahrene Menschen zurückzugreifen – und das ist dann auch der Punkt, den der Petent auch angesprochen hat –, wo es noch nicht einmal darum geht, die Weiterbildung zu unterstützen, wenn die Menschen sich engagieren, was natürlich auch vollkommen klar ist?

Wir alle wissen, das ist auch ein Thema – das hat sich heute auch durchgezogen wie ein roter Faden –, das ist der Fachkräftemangel. Auf den bezieht sich natürlich auch die Sozialbehörde, wenn sie sagt, dass sie sich für nicht ausgebildete Kräfte an dieser Stelle ausspricht. Sie spart aber nicht nur an den Kräften, sondern mit den unausgebildeten Kräften spart sie natürlich auch Geld, und sie ist auch offensichtlich nicht bereit, das Geld in Fort- und Weiterbildung einzubringen, denn das wird nämlich den Petenten versagt. Die Mehrheit des Ausschusses – die Menschen und der Senat, der sich die ganze Zeit hierinstellt und sagt, wir sind für Inklusion, wir sind für Förderung in Teilhabe in Bildung – hat sich dem angeschlossen. Die Einzigen, die sich dem verweigert haben oder dabei enthalten haben, das ist die CDU-Fraktion, und ich finde es an der Stelle auch richtig, dass man einmal darauf hinweist, um was es da wirklich geht.

Man kann natürlich sagen, dass wir Fachkräftemangel haben, aber man muss natürlich genau hingucken, wo man diesen Fachkräftemangel hat und mit welchen Mitteln man ihn da bekämpft. Für uns ist es mindestens so, wenn ein Jugendlicher einen

Anspruch auf diese Unterstützung hat, dass er individuell und bedarfsgerecht die Unterstützung erhält. Das ist in vielen Fällen gar nicht mehr der Fall, und das wissen wir nicht erst seit Corona.

(Beifall CDU)

Es findet keine individuelle Begutachtung mehr durch Casemanager statt. Das heißt, es gibt auch nicht mehr einen Heil- und Pflegeplan, womit die Förderung aufgeholt werden kann – wir reden manchmal von einem halben Jahr –, den die Kinder brauchen, um Unterstützung zu haben. Wenn sie da nicht optimal unterstützt werden, kann aus diesem halben Jahr ein ganzes Leben werden, und an der Stelle sagen wir, das unterstützen wir nicht.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Wir lassen die Kinder dann zu Hause!)

Nein, die Kinder lassen wir natürlich nicht zu Hause! Es kommt darauf an, Frau Bergmann, dass man natürlich die richtigen Mittel findet, um da die Unterstützung zu – –. Es hilft nicht, einfach nur zu betreuen.

Wir sind alle hier auf dem Weg, dass wir gerade im Bereich der Inklusion die reine Betreuung machen und nicht mehr die Förderung,

(Beifall CDU)

das kritisiere ich. In diesem Punkt werden Sie hier in der Petition sehr deutlich, weil Sie sich alle nämlich dafür ausgesprochen haben, an der Stelle nicht genau hinzusehen, wie die Bedarfe sind. Im Moment sprechen Sie noch davon, dass eigentlich noch ein Großteil der Menschen pädagogisch begleitet werden kann, aber wir wissen alle, dass das nicht der Fall ist, dass das zum Großteil nicht der Fall ist, dass die Förderung nicht bedarfsgerecht ist, dass sie sich gerade nicht an einem Heilplan orientiert und dass die Förderung in den allermeisten Fällen eine Betreuung ist.

(Beifall CDU)

Das ist uns zu wenig, und das war es mir jetzt noch einmal wert zu sagen, dass wir uns an diesem Abschluss dieser Petition nicht beteiligen wollen. – Ich bedanke mich, dass ich das hier noch einmal so sagen durfte!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sollen Bremer Jugendliche, die nur mit personeller Unterstützung zur Schule gehen können, eine nicht vollqualifizierte Begleitperson zugewiesen bekommen können? Die Sozialsenatorin sagt Ja und plant eine entsprechende Umstrukturierung der Unterstützung und Begleitung nach § 35a Sozialgesetzbuch VIII, ein Petent, unterstützt von über 1 000 Mitzeichnern, sagt Nein. Er ist überzeugt, dass das nötige Verantwortungsbewusstsein ausschließlich durch eine pädagogische Ausbildung inklusive eines hohen Praxisanteils entwickelt und garantiert werden kann.

Als Freie Demokraten haben wir zusammen mit den Parteien der Regierungskoalition das Ansinnen für erledigt erklärt, einzig die CDU war damit nicht zufrieden. Dass es dadurch zu unserer heutigen Debatte kommt, begrüße ich ausdrücklich und werde dies in den nächsten Minuten für vier Gedanken nutzen: erstens, meine ausgesprochene Sympathie und Unterstützung für das Anliegen des Petenten, zweitens, warum wir Freien Demokraten dennoch anders abstimmen, drittens, was mich in der Replik der Behörde etwas unruhig macht und viertens, worauf wir im weiteren Verlauf der Dinge achten werden!

Erstens, die Schulbegleitung unterstützt das Kind als Person und unterrichtet nicht selbst, trotzdem ist in diesem komplizierten und hochkomplexen beruflichen Alltagshandeln inmitten einer Schulklasse pädagogische Professionalität und nicht allein Empathie notwendig. Denkt man die unerhörte Aussage der Behörde einmal zu Ende, es brauche einfach eine Portion Empathie, dann bräuchten wir in der Konsequenz die Notwendigkeit einer fachlichen Qualifizierung für den Umgang mit körperlich oder geistig behinderten Menschen gar nicht mehr. Das ist natürlich absurd, ist auch völlig daneben und, mit Verlaub, auch völlig fachfremd. Ich weiß in diesem Fall, wovon ich rede, weil ich selbst als Integrationsfachkraft in Schulen eine Zeit gearbeitet habe und später solche Leute supervidiert habe.

Eine solche Aussage, dass Empathie fachkompetente, pädagogische oder psychosoziale Kompetenz aufwiege, ist im Grunde Hohn und Spott für alle Profis, die eine jahrelange Ausbildung und Qualifizierung durchlaufen haben.

Zweitens, trotzdem können wir Freien Demokraten die Petition nicht unterstützen. 70 Prozent der begleiteten Schüler haben eine vollausgebildete Fachkraft

(Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU]: Noch!)

und 30 Prozent nicht, und wenn wir hier nicht zustimmen, dass auch engagierte empathische Menschen, mit denen die Familie einverstanden ist und die vielleicht sogar teilqualifiziert sind und die der Leistungserbringer zuweist, verantwortet, supervidiert, dann bleiben diese 30 Prozent Kinder zu Hause. Wir haben nämlich schlicht die Fachkräfte nicht zur Verfügung. Liebe Abgeordnete der CDU, wir haben sie nicht! Wir können sie uns nicht baken, wir haben sie nicht.

Der Flaschenhals Fachkräftebedarf im pädagogischen und psychosozialen Bereich ist so bedrohlich eng geworden, dass wir entweder vorübergehend solche Lösungen akzeptieren, oder die Kinder können nicht zur Schule gehen. Sie sitzen zu Hause, in der Folge die Eltern ebenfalls, oder einer davon, und die Betriebe und –. Das wollen wir Freien Demokraten nicht, und hier braucht es Mut für Zwischenlösungen, ohne allerdings das Ziel von notwendiger Professionalität und angemessener Bezahlung für die Zukunft aus den Augen zu verlieren.

(Beifall FDP)

Ich komme zum dritten Punkt! Schauen Sie sich die Behördenantwort an, dann stelle ich nicht nur fest, dass zur Begründung des eigenen Vorgehens Professionalisierung und Empathie gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass das Sozialressort natürlich mit den ungelerten Fachkräften auch eine Menge Geld sparen kann. Deswegen komme ich zu meinem vierten Punkt! Auf dem Weg dieser Zwischenlösung müssen wir auf ein paar Dinge achten: Wir müssen transparent, objektiv und nachvollziehbar definieren, wann der Zwischenkorridor Fachkräftenotlage eigentlich auch wieder beendet ist,

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Wie wäre es, wenn wir ihn aktiv beseitigen?)

und wir müssen unbedingt qualifizierende Weiterbildungsbausteine für die ungelerten Fachkräfte anbieten, um ihnen Qualifizierungschancen und Karrierepläne zu eröffnen. Wir müssen eine Art Ampelsystem entwickeln, das signalisiert, wann die fachliche Qualität der Arbeit Mängel aufweist

und wann sie schlicht nicht mehr genügt oder sogar gefährdet,

(Zuruf Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU])

und wir benötigen ein Steuerungssystem, das darauf achtet, dass jetzt nicht die allerherausforderndsten Fälle bei den Nichtprofis landen.

(Glocke)

Als Freie Demokraten halten wir es für vertretbar, dass man mithilfe dieser Leitplanken gute Zwischenlösungen im Bereich der Schulbegleitung schaffen kann, bis der engste Teil des Flaschenhalses Personalbedarf überwunden ist, weil wie in anderen Bereichen auch –.

(Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Bergmann, ich bitte Sie, jetzt zum Schluss zu kommen! Sie sind schon eine halbe Minute über der Zeit! – Bitte!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Bis eine Schulbegleitung wieder flächendeckend ermöglicht werden kann, die Kinder zu Hause lassen, das mag für die CDU eine Option sein, für uns Freien Demokraten ist es das leider nicht. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Herr Präsident, werter Abgeordnete! Es geht um die Petition zum Thema Schulbegleitung, eine Petition, die seit November 2021 vorliegt und von circa 1 200 Menschen unterzeichnet wurde. Dem Petenten und seinen Unterstützer:innen geht es in ihrem Anliegen um die Ablehnung der Umstrukturierung an Schule, wonach im Rahmen des § 35 SGB VIII auch ungelernete Kräfte bei der Unterstützung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit drohender seelischer Behinderung in Schule für kleines Geld eingesetzt werden.

Wörtlich heißt es unter anderem in der Petition: Die Begleitung von Schülerinnen gemäß § 35 SGB VIII ist ein besonderes Feld der Jugendhilfe, da hier individuelle pädagogische Begleitung im Spannungsfeld zwischen Schüler:innen, Klasse, Schulteam und Eltern geleistet wird. Dabei werden nicht nur angepasste Lern- und Handlungsstrukturen erarbeitet, sondern auch Bewältigungsstrategien in

Krisensituationen. Besonders hier ist hohe fachliche und persönliche Kompetenz der Schulbegleitung besonders wichtig. Dafür braucht es motivierte ausgebildete und tariflich bezahlte Fachkräfte.

Aufgrund des dramatischen Fachkräftemangels sieht sich die senatorische Behörde gezwungen, von ihrer bisherigen Haltung, ausschließlich qualifizierte Kräfte in diesem Bereich einzustellen, abzuweichen und damit das bisherige Fachkräftegebot nach § 72 SGB an diesem Punkt auszusetzen. Wir haben – das ist unbestritten und lässt sich nicht wegdiskutieren – einen Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich, übrigens nicht nur in Bremen, sondern bundesweit, und auch nicht nur da. Qualifizierte Kräfte, die hier eingesetzt werden, fehlen an anderer Stelle. Es gibt am Ende einfach schlicht nicht genug.

Laut Stellungnahme der Behörde lag der Anteil der qualifizierten Kräfte vom Schulbeginn im Schuljahr 2021/2022 bei 70 Prozent, will meinen: Es gilt, durch diese Maßnahme eine Lücke von knapp einem Drittel zu reduzieren. Das ist gut. Darum, und ausdrücklich nur darum haben wir die Petition als LINKE abgelehnt. Wir müssen, ob wir es wollen oder nicht, neben langfristigen Strategien, wie man Menschen motiviert, in diesem Bereich zu lernen, zu arbeiten, aktuell kurzfristige Lösungen finden, damit nicht große Teile in diesem Fall hilfsbedürftiger Kinder unter- oder gar unversorgt bleiben, damit nicht Menschen in die Armutsfalle geraten, weil sie keinen Job machen können.

(Beifall DIE LINKE)

Dass die Situation ist, wie sie ist, hat viele Ursachen, zum Beispiel mangelndes Geld. Hier wäre sicherlich ein aufgelegtes Sondervermögen im Bund hilfreich – es müssen ja nicht gleich 100 Milliarden Euro sein –, denn wer Fachkräfte haben will, wer qualifizierte Arbeitskraft kaufen möchte, der muss auch dementsprechend attraktiv ausbilden, weiterbilden und bezahlen, der muss Bedingungen schaffen, unter denen im Konkreten pädagogische Arbeit leistbar ist und nicht nur Aufbewahrung. Dafür haben wir unter anderem vor ein paar Wochen im Bereich Erziehungsdienst den Arbeitskampf geführt und mehr oder weniger erfolgreich beendet.

Die Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, waren so, dass uns vonseiten der Verhandlungspartner ganz viel Empathie entgegengebracht wird, aber davon wird man bekanntlich nicht satt, wie im Übrigen auch eine Assistenzkraft nicht, die

von einem Gehalt – wir reden über Vollzeit! – bei diesen sozial Engagierten und Befähigten von 1 400 Euro netto leben muss. Bei aller vorhandener Empathie: Das reicht hinten und vorn nicht, und das motiviert auch nicht.

Es ist unbestritten, dass bei der Arbeit mit Menschen ein hohes Maß an Empathie vonnöten ist und dass hohes Engagement unter Umständen nicht aus universitärer Bildung erwächst. Der Spruch „aber aus dem Bauch geht auch“ ist eben auch falsch. Ohne Ausbildung, ohne ständige Weiterbildung, sprich ohne theoretisches Wissen, mit dem ich meine tägliche Praxis überprüfe und gegebenenfalls neu ausrichte, ist eine gute Arbeit mit den Kindern, die in diesem Fall ein hohes Maß an Aufmerksamkeit, Zuwendung und auch Empathie benötigen, nicht leistbar.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

Sie wird ihnen, den Kindern, am Ende nicht gerecht, und nebenbei schafft es bei den sozial erfahrenen, aber nicht ausgebildeten Kräften durch die Tatsache ständiger Überforderung das Gefühl der Unzulänglichkeit, auch wenn hier die meiner Meinung nach falsche Trennung von Bildungsauftrag beziehungsweise Nichtauftrennung des Bildungsauftrags gemacht wird.

Ein erfolgreicher Bildungsprozess ist mehr als die reine Vermittlung von Wissen. Da muss auch die Rahmung stimmen, da braucht es einen ständigen lebendigen Austausch aller im demokratischen Prozess. Dass dem nicht so ist, führt am Ende zu Frustration bei allen. Darum unterstützen wir die Forderung, die der Petent und die Unterstützerin aufstellen, trotz unserer Ablehnung im Petitionsausschuss ausdrücklich, nämlich die Beibehaltung des gesetzlichen Fachkräftegebots in der Jugendhilfe,

(Glocke)

Förderung der Ausbildung von Fachkräften, Möglichkeit zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung und am Ende keine Abwertung sozialer Arbeit. – Besten Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thomas Pörschke.

Abgeordneter Thomas Pörschke (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht meine Art, zu rügen, aber ich fange trotzdem mit einer Rüge an: Das Wort Empathie habe ich in den Prozess eingeführt, und zwar in der Anhörung des Petitionsausschusses im Januar, die digital stattgefunden hat und wo ich erklärt habe, dass Empathie eine der Schlüsselqualifikationen wäre im Umgang mit Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung. Als solcher stehe ich vor Ihnen und weiß daher sehr wohl, wovon ich spreche.

Ich habe damit keineswegs in Abrede gestellt, wie wichtig entsprechende berufliche Qualifikation ist, fortgesetzte Weiterbildung et cetera. Sehen Sie mir bitte nach, dass ich deshalb kein Verständnis dafür habe, mit welcher Tonlage die beiden ersten Rednerinnen den Begriff hier eingeführt haben. Normalerweise argumentieren sie auch nicht so schnippisch, aber vielleicht macht man das am Ende eines langen Debattentages, um noch einmal so ein bisschen Schwung hineinzubringen. Also der Begriff Empathie stammte von mir in der Diskussion. Er taucht nicht auf im Bericht der Senatorin, er taucht aber auf im Abschlussbericht des Petitionsausschusses, wohlgermerkt, da wurde ich zitiert.

Mir ist aber ein ganz anderer Punkt heute Abend viel wichtiger: Wir müssen aufpassen, wie wir mit Begriffen umgehen. Es ist jetzt mehrfach gesagt worden, dort sollen jetzt ungelernete Kräfte eingesetzt werden. Das mag aus Sicht von Pädagogen so sein, die eine sehr hohe Meinung von ihrem Berufsstand und ihrem Berufsbild haben – auch der Petent gehört zweifelsohne mit dazu –, aber es gibt eine Vielzahl weiterer qualifizierter Berufe im musischen Bereich, im therapeutischen Bereich, im Bereich der Sozialwissenschaften.

(Zuruf Abgeordneter Olaf Zimmer [DIE LINKE])

Herr Zimmer, ich weiß, dass Sie primär die Geldfrage diskutieren, ich rede zum Thema ungelernete und vermeintlich ungelernete, weil ich großen Wert lege auf – –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Aber er hat ja nicht ganz unrecht!)

Er hat nie ganz unrecht, aber ganz recht hat er dann auch nicht,

(Zurufe)

und deshalb möchte ich jetzt gern weitermachen bei dem Thema des Ungelernten, weil auch der Petent dieses Wort verwandt hat, und ich vermute, dass diese Anfangssätze mit dazu beigetragen haben, dass es ihm gelungen ist, bei einer E-Petition weit über 1 100 Mitunterzeichnerinnen zu finden. Das hat der Ausschuss sehr ernst genommen.

Bei der Anhörung im Ausschuss hat Herr Diener für die Behörde gleich ausgeführt, dass keineswegs das in § 72 SGB VIII festgelegte Fachkräftegebot ausgehöhlt werde, denn es verlangt geeignete Personen mit entsprechender beruflicher Qualifizierung oder – so der Gesetzestext – besonderer Erfahrung, und selbstverständlich erwarten wir, dass diese besondere Erfahrung zum Tragen kommt.

Herr Diener hat aber auch ausgeführt, dass rund 80 Prozent der derzeit Beschäftigten den von Ihnen allen zu Recht eingeforderten pädagogischen Hintergrund haben. Wir reden also über eine Minderheitensituation bei anderen Kräften, und wir tun dies auch vor dem Hintergrund des heute mehrfach in der Debatte beschworenen und eindringlich beschriebenen Fachkräftemangels. Sie haben es doch heute Morgen auch getan zum Thema Inklusion, Sie haben es getan beim Thema Kita, und da waren wir uns alle einig, dass wir, salopp gesagt, über den Tellerrand hinauszugucken müssen, um nicht in einer belastenden Krisensituation wichtige Arbeitskräfte zu verlieren. Nichts anderes will der Petitionsausschuss in seiner Mehrheit. Er folgt insoweit der Argumentation von Frau Senatorin Stahmann, dass weitere Kräfte miteinbezogen werden sollen, die es gleichermaßen zu qualifizieren gilt.

Auch wenn ich dem Petenten für sein Engagement Respekt zolle, will ich noch einen weiteren Grund nennen, warum ich die Petition nicht unterschrieben hätte, wenn man mich persönlich gefragt hätte. Wohlgermerkt, er hat so Sätze formuliert wie: Die Sicherstellung der fachlichen Kenntnis und des nötigen – ich zitiere – „Verantwortungsbewusstseins gelingt nur über eine einschlägige pädagogische Ausbildung“. Therapeuten würden dem vehement widersprechen und sich das Verantwortungsbewusstsein keinesfalls nehmen lassen. Insofern danke ich Ihnen für die Debatte und bitte zugleich um Verständnis dafür, warum die Mehrheit des Ausschusses dem Votum der Sozialsenatorin gefolgt ist, und ich möchte Sie gern einladen, an der nächsten Sitzung des Petitionsausschusses teilzunehmen.

Alle Argumente, die heute Abend vorgetragen worden sind, hätten bereits im Januar in öffentlicher digitaler Sitzung vorgebracht werden können. Leider hat es die CDU versäumt, heute hat sie es getan. – Danke für die Debatte!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

(Zurufe CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Klären Sie das doch nachher draußen, wir wollen, glaube ich, alle in den Feierabend gehen! Meine Vorredner:innen haben das Wesentliche bereits gesagt, und mit Blick auf die Uhr möchte ich Sie nicht mit Wiederholungen langweilen. Daher mache ich es kurz.

(Zuruf – Heiterkeit)

Der war gut!

(Zuruf: Der war gut!)

Es kommt später! Spoileralarm, das kommt später!

Bei der Schulbetreuung gilt der richtige Satz: Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Deswegen richten sich die Anforderungen an das Qualifikationsniveau einer Schulbegleitung natürlich weiterhin unmittelbar aus der individuellen Bedarfsermittlung des Casemanagements, denn jedes Kind – insbesondere jene mit Unterstützungsbedarf – ist verschieden, und diese Verschiedenheit erlaubt es uns ja auch, hier zukünftig nicht pädagogische Kräfte, sondern sozial erfahrene Personen einzusetzen.

Ich habe es eben umrissen: Es geht hier nicht um die Begleitung von schwerstverhaltensauffälligen Kindern oder Kindern mit multiplen Einschränkungen, die es für erfahrenes ausgebildetes pädagogisches Personal unmöglich machen, diese Kinder zu begleiten, sondern es geht um verhaltensauffällige Kinder, die in Zukunft auch von nicht pädagogisch ausgebildetem Personal begleitet werden können.

Kolleginnen und Kollegen, die ursprüngliche Petition behauptet – und der Kollege Pörschke hat es eben auch schon gesagt –, dass die Sicherstellung der fachlichen Kenntnis und des nötigen Verantwortungsbewusstseins für eine Schulbetreuung

nur über eine einschlägige pädagogische Ausbildung beziehungsweise ein pädagogisches Studium mit einem hohen theoretischen und auch praktischen Anteil gelinge, und da möchte ich eben, so wie der Kollege Pörschke, widersprechen. Ja, das stimmt sicherlich auch für eine Vielzahl von Begleitgründen, aber eben nicht für alle. Wie gesagt, es geht um eine individuelle Maßnahmenermittlung, und für Maßnahmen wie beispielsweise die Begleitung eines an Diabetes erkrankten Kindes und zur Überwachung der Einhaltung der Medikamenteneinnahme bedarf es sozial erfahrener Personen, ja, aber nicht zwingend einer pädagogischen Fachkraft.

Um dem angesprochenen Fachkräftemangel erfolgreich entgegenzuwirken, ist die Umstrukturierung ein erster guter Schritt. Nichtsdestotrotz würden wir als SPD-Fraktion uns freuen, wenn weitere Maßnahmen ergriffen werden würden, um die Schulbegleitung langfristig personell abzusichern.

Der Stellungnahme der senatorischen Behörde konnten Sie entnehmen, dass andere Kommunen die nun bei uns vollzogene Änderung in der Schulbegleitung bereits vollzogen haben, beispielsweise die Stadtgemeinde Bremerhaven. Daher ist es für die CDU-Fraktion auch gut, dass wir das heute in der Stadtbürgerschaft behandeln. Ansonsten müssten die Bremerhavener Kolleg:innen ihrer Fraktion ja ein beinahe schizophrenes Abstimmungsverhalten an den Tag legen, und das wollen wir ihnen ja nicht zumuten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, und bleiben Sie gesund!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 20/252 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die Petitionen S 20/160 und S 20/163 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die Petitionen S 20/165, S 20/169, S 20/170, S 20/176, und S 20/181 und abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(CDU, FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die Petition S 20/173 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über die restlichen Petitionen und abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des städtischen Petitionsausschuss Nr. 28 vom 10. Juni 2022 (Drucksache [20/710 S](#))

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 20/100 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich und wünsche Ihnen einen schönen Abend!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:20 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus
der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom
14. Juni 2022**

**Anfrage 10: Ukraine-Flagge an Fahrzeugen der
BSAG**

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom
Bruch, Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 31. Mai 2022**

Wir fragen den Senat:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage wird die Beflaggung an Fahrzeugen der BSAG während der Freimarktzeit durchgeführt?
2. Aus welchen Gründen wurden die Fahrzeuge der BSAG im Gegensatz zu anderen Kommunen, zum Beispiel Bremerhaven, seit dem Angriffskrieg Russlands noch nicht mit der Ukraine-Flagge beflaggt?
3. Inwiefern haben diesbezüglich bereits Gespräche innerhalb des Senats und/oder zwischen dem Senat und der BSAG stattgefunden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Bremen hat keine eigene Flaggenverordnung. Daher wird in Bremen der Erlass über die Beflaggung von Dienstgebäuden des Bundes analog angewandt. Auch bei analoger Anwendung des Flaggenerlasses des Bundes fällt die BSAG als privatrechtliches organisiertes Unternehmen in kommunaler Hand nicht in den Anwendungsbereich, sodass die BSAG frei entscheiden kann, wann und wie sie Fahrzeuge beflaggt. Die Fahrzeuge der BSAG werden grundsätzlich nur zu Festen beflaggt, wie dem Freimarkt oder einem Pokalsieg von Werder Bremen. Die Beflaggung dient ausschließlich als Schmuck zu positiven Geschehnissen wie Volksfesten in dieser Stadt.

Zu Frage 2: Die BSAG bezieht derzeit grundsätzlich keine Stellung zu politischen Themen.

Zu Frage 3: Es haben keine Gespräche stattgefunden.